



## Auf der Warte des Brüssler Volkshauses.

Von  
Jean Jaurès.  
(Paris.)

Die schönen Festlichkeiten, durch welche die belgische Arbeiterpartei ihr herrliches Volkshaus, die Maison du Peuple, eingeweiht hat, haben in uns Allen einen frohen und kraftvollen Eindruck hinterlassen. Wir hatten den Eindruck einer in vollem Wachsthum stehenden Partei, welche festen Schrittes und erhobenen Hauptes marschirt. Die neue Maison du Peuple, welche ihre Entstehung dem Kredit der mächtigen belgischen Genossenschaften verdankt, fasst in ihrer zugleich symbolischen und lebendigen Bauart die wesentlichen Ideen der Partei zusammen. Vandervelde hat in seiner Begrüssung der fremden Genossen den mannigfachen und doch einheitlichen Sinn dieses ganzen Werkes sehr fein angedeutet. Unten die grossen Verkaufsmagazine und der grosse Erfrischungssaal, aus welchem der Alkohol verbannt ist. In der ersten Etage der Saal für die Arbeiten der Kommissionen, der Gewerkschaften, der Genossenschaften; in der zweiten Etage der grosse und schöne Saal in seiner kräftigen Architektur für grosse Versammlungen, Feste und Konzerte, und ganz oben der Balkon, die metallene Terrasse, von wo der Proletarier über Brüssel und über die weit sich ausbreitenden Ebenen blickt und in Gedanken Besitz ergreift von dem Lande, welches er erobern soll.

Als wir am Fuss des Gebäudes angelangt waren und oben die belgischen Proletarier die rothen Banner des Zuges mit Jubel begrüßen sahen, schien es mir, als sei das sozialistische Proletariat der wahre Baumeister Solness, der einen hohen Wunderthurm erbaut, oben aber nicht vom Schwindel ergriffen wird, sondern nur seine Unwissenheit und sein Elend in den Abgrund wirft. Und als am folgenden Tage im Festsale ein Chor von jungen Arbeitern Wagnersche Weisen sang, als das Volk in seinem eigensten Hause bekundet hatte, dass auch die Schönheit ihm gehöre, und dass es auch in Zukunft ihrem Dienst in noch höherm Maasse sich weihen würde, da sahen wir in diesem Augenblick ein Stück Zukunft vor uns: es schien uns, als sei ein Theil der neuen Gesellschaft verwirklicht

durch eine kühne Vorwegnahme, worin Geschichte und Nationen ihre Kraft versuchen.

Vor Allem aber haben die französischen Sozialisten von diesen Festen den festen Entschluss mitgebracht, ihren Schritt zu beschleunigen, um die belgischen Genossen einzuholen. Die Sache ist in gutem Gange. Die Kraft des belgischen Sozialismus basirt auf seiner politischen Einigkeit und seiner mächtigen genossenschaftlichen, gänzlich vom Sozialismus durchdrungenen Organisation. Wohlan, auch in Frankreich nähert sich die sozialistische Einigung täglich mehr der sozialistischen Einheit. Obgleich das Einigungskomitee häufig zusammenkommt und lange Sitzungen abhält, ist es kaum hinreichend für die Verschiedenheit, für die Dringlichkeit der Fragen, mit welchen es sich von allen Seiten zu beschäftigen hat. Das Leben fluthet in ihm, und es wird so ganz naturgemäss ein Einheitsorgan werden.

Gleichzeitig zeigt sich überall, in allen Bezirken, in allen Gemeinden ein grosser Zug zur genossenschaftlichen Bewegung. Neue Genossenschaften werden geschaffen, und in den schon existirenden Genossenschaften wird der sozialistische Geist reiner zum Ausdruck gebracht werden.

Ich bin für meinen Theil der Ansicht, dass dies die höchste, die fruchtbarste Aufgabe ist, der sich die sozialistischen Kämpfer jetzt widmen können. Der Arbeiterklasse einen Theil ökonomischer Macht zu geben, sie an die praktische Verwaltung grosser Unternehmungen zu gewöhnen, so Verwalter der künftigen Gesellschaft zu erziehen und schon heute das Proletariat in den Kollektivismus praktisch einzuführen, es ihm zu einem Sittenbedürfniss und einer Herzengewohnheit zu machen, einen Theil der Ueberschüsse aus der Genossenschaft für Dinge des allgemeinen Arbeiterinteresses zu opfern, das heisst, aus dem Kommunismus eine greifbare Kraft und ein vertrautes Ideal machen. Die Praxis hat hier die Synthese zwischen Bernstein und Kautsky vollzogen, oder vielmehr die sozialistische Partei beweist wieder einmal und durch immer grössere und bedeutendere Werke, dass sie in der Gegenwart zu wirken versteht und wünscht, dabei aber unverwandt ihre Blicke auf das revolutionäre Ideal einer kommunistischen Eigenthumsordnung richtet.

Damit ist auch das anscheinend Paradoxe, das in der Vorstellung der sozialen Revolution liegt, gelöst. Bis jetzt haben, selbst in den Perioden der Barbarei, wo die rein physische Kraft zu herrschen schien, alle grossen Revolutionen eine Form des Eigenthums durch eine andre ersetzt. Und nie ist eine Eigenthumsform gefallen, ohne dass eine neue Eigenthumsform schon bereit war, ohne dass sich das soziale Leben der Menschheit in neue Eigenthumsform hat ergiessen können. Fustel de Coulanges hat bewiesen, dass das feudale Eigenthum im Keime bereits in der letzten römischen Eigenthumsform enthalten war. Als am Ende des XVIII. Jahrhunderts die französische Revolution ausbrach, war das bürgerliche und kapitalistische Eigenthum bereits konstituirte. Es brauchte sich nur noch zu erweitern, um die Grundlage der neuen Welt zu werden. Andererseits wird die soziale Revolution des Proletariats nicht mehr dem Besitzer einer neuen Eigenthumsform zur Macht verhelfen, sondern den Besitzlosen. Zum ersten Male wird die Besitzlosigkeit ihre Revolution machen: darin liegt

der unvergleichliche Adel der proletarischen Revolution, darin liegt, wie Lassalle gesagt hat, ihr wahrhaft menschlicher Zug. Denn sie wird die Menschen, wenn sie sie zu den Genüssen der freien Arbeit ruft, nur fragen: Seid Ihr Menschen? Ja, darin liegt Adel und moralische Grösse; aber auch bis jetzt ungekannte Schwierigkeit.

Die Welt, welche die gewohnte Grundlage des Eigenthums verliert, wird sich vor dem Sprung ins Leere fürchten. Glücklicherweise gibt es heute zwei Kräfte, welche für das revolutionäre Proletariat das Aequivalent bilden für das, was früher für die anderen revolutionären Klassen das Eigenthum war. Erstens werden die Proletarier durch die Herrschaft der Grossindustrie vereinigt und zum Klassenbewusstsein gebracht. Sie haben das Bewusstsein ihrer Zahl, ihrer Kraft, ihrer virtuellen Macht. Und sie fangen zu denken an. Die Kraft der Zahl, die Kraft des Gedankens, das sind gute Waffen der Revolution. Zweitens ist die Nation an sich fester konstituiert, als sie es jemals gewesen. Von dem bescheidensten Dörfchen bis zur Hauptstadt sichern zahlreich verzweigte Netze die unaufhörliche Zirkulation des Lebens. Dass diese Nation, deren technische Einheit sich täglich mehr entwickelt, schliesslich auch zur Eigenthumseinheit gelangt, das wird sich ganz von selbst finden. Und das ist die zweite revolutionäre Kraft in unseren Diensten.

Und wie wird der Uebergang vom kapitalistischen System zur sozialistischen Ordnung erleichtert werden, wenn heute schon das Proletariat durch föderative Genossenschaften, welche ihre grossen Betriebsstätten, ihre Maison du Peuple haben, überall Centren, Anlagen des kollektiven Eigenthums schafft!

So hat auch das Proletariat unter einer quasi-kommunistischen Form den „guten Ruf des Eigenthums“ für sich, und alle Halben, alle Lauen, alle Diejenigen, welche ihr Schicksal nur bewährten Mächten anvertrauen wollen, werden allmählich sich der proletarischen Bewegung anschliessen.

Schaffen wir also in der kapitalistischen Unordnung kommunistische Krystallisations-Centren! Ein leiser Stoss wird dann genügen, um alles Eigenthum in Kommunismus zusammenschliessen zu lassen. Das wird unsre Revolution sein!

## Bernstein—Kautsky.

Von

Franz Oppenheimer.

(Berlin.)

Es scheint mir besser, statt dem Dutzend vorhandener Inhaltsangaben der Bernsteinschen Streitschrift eine dreizehnte hinzuzufügen, sie lieber als bekannt vorauszusetzen. Wer sie nicht kennt, kennt mindestens Bernsteins Botschaft an den Stuttgarter Parteitag und die von ihm selbst als durchaus korrekt anerkannte Analyse des Vorwärts. Ausserdem schreibe ich für Niemanden, dessen Interesse am wissenschaftlichen Sozialismus nicht so weit geht, um diese bedeutende Erscheinung selbst zu verarbeiten; — und ich gewinne Zeit und Raum, die Kernpunkte der schon heute vorliegenden Meinungsdivergenzen sofort anzugreifen.

Wenn zwei ehrliche Denker sich über Thatsachen nicht einigen können, wie jetzt Bernstein und Kautsky, so liegt — Böswilligkeit und Mangel an Logik sind durch die Definition ausgeschlossen und kommen bei den beiden Gegnern natürlich garnicht in Frage — fast regelmässig die Schuld an jenem Denkfehler, den man in der Logik als *quaternio terminorum* bezeichnet. Man kann ja nur in Worten diskutieren; und wenn dasselbe Wort für den einen Gegner eine, und für den andern eine andere Bedeutung hat, so ist eine Einigung natürlich ausgeschlossen. Darum ist die erste Vorbedingung wissenschaftlichen Denkens und Schliessens die präzise Begriffsbestimmung.

Daran haperts in den sog. Geisteswissenschaften an sehr vielen Stellen, und nicht am wenigsten in der Nationalökonomie. Ich habe z. B. in meinem Grossgrundeigenthum das A und Q der Gegner des Sozialismus, die Malthussche Bevölkerungstheorie, als einen simplen Fehlschluss auf Grund einer *quaternio terminorum* nachweisen können. Aber diese Kautschuknatur der einfachsten Grundbegriffe ist nicht nur eine berechtigte Eigenthümlichkeit der professoralen Nationalökonomie, sondern findet sich auch, das muss man sich eingestehen, in zahlreichen, ausgewachsenen Exemplaren bei den Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus.

So z. B. debattirte ich kürzlich mit Jemandem über die Entstehung der „kapitalistischen Wirthschaft“. Ich suchte ihm klar zu machen, dass nicht, wie Marx auf Grund der damaligen ungenügenden wirthschaftsgeschichtlichen Kenntnisse annehmen musste, die „einfache Waarenproduktion“ durch „innere ökonomische Entwicklung“ in die „kapitalistische Waarenproduktion“ übergegangen sei, sondern unter dem Einfluss einer rein auf der politischen Eroberungsgewalt beruhenden agrarischen Besitzrevolution. Ich erhielt den bekannten Satz zur Antwort: „Die Gewalt ist eine ökonomische Potenz“. Ich musste erwidern, dass dieser Satz denn doch eine andere Bedeutung habe: er besagt, dass die Gewalt ökonomische Wirkungen habe, aber nicht, dass sie selbst eine ökonomische Funktion sei. Ich präzisirte dann meine Ausführungen dahin, dass nicht die wirthschaftliche Konkurrenz die „einfache“ in die „kapitalistische“ Waarenproduktion übergeführt habe, sondern die nackte Vergewaltigung der Bauern durch den Landadel. Darauf erhielt ich zur Antwort, es habe der Landadel eben mit den Bauern um den Grundbesitz „konkurriert“. Und ich musste wirklich erst ausdrücklich darauf hinweisen, dass denn doch ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden „Konkurrenzen“ statt habe. Dort der kapitalistische Grossunternehmer, der den wirthschaftlich schwächern Handwerker expropriirt, weil er billiger produziert und ihn auf dem Markt unterbieten kann — und hier der Gepanzerte, der den politisch schwächern Bauern brutal vergewaltigt. Dann zog sich mein Gegner hinter das Argument zurück, der Gepanzerte habe doch auch nur aus „ökonomischen“ Motiven gehandelt, und ergab sich erst, als ich ihm erklärte, das thue der Taschendieb und Wechselräuber auch, aber darum handle es sich bei der vorliegenden Streitfrage garnicht, sondern um das Mittel der Expropriirung. Sei das, wie Marx auf Grund der ihm bekannten Thatsache annehmen musste, die „Konkurrenz“ gewesen, so müsse die Gesellschaft der Zukunft eine solche sein, in der es keine Konkurrenz gebe; sei es aber die politische Gewalt gewesen, so müsse man diese ausschalten, sowohl in ihrer reinen Gestalt als Klassenprivilegium, als auch in den von ihr geschaffenen wirthschaftlichen Mächtepositionen, namentlich als agrarischen Grossbesitz; und

könne die „Konkurrenz“ Konkurrenz sein lassen. Im ersten Falle müsse man Kommunist sein, im zweiten sei man nicht-kommunistischer Sozialist.

Wer die Bernsteinsche Schrift kennt, weiss, weswegen ich diese scheinbar nicht hierher gehörige Diskussion so breit mittheile.

Handelte es sich hier darum, eine quaternio terminorum nach der andern aufzulösen, so ist im Streite Kautsky-Bernstein, so weit er bisher vorliegt, nichts anderes zu thun. Kautsky operirt fortwährend mit doppeldeutigen Begriffen.

Der wichtigste Streitpunkt ist der über die „Tendenz“ der kapitalistischen Entwicklung. Marx hatte bekanntlich gelehrt, dass die Akkumulation und Zentralisation des Kapitals auf der einen und die Expropriation und Proletarisirung der Massen auf der andern Seite unaufhörlich zunehmen muss, bis alle wesentlichen Produktionszweige so weit zentralisirt wären, dass das Proletariat sie mit sanfter Gewalt übernehmen könne, womit die lange wohl vorbereitete kollektivistische Wirthschaftsgesellschaft vollendet sei.

Dem gegenüber schrieb Bernstein an den Parteitag:

„Die Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich nicht in der Weise vollzogen, wie sie das Manifest schildert. Es ist nicht nur nutzlos, es ist auch die grösste Thorheit, sich dies zu verheimlichen. Die Zahl der Besitzenden ist nicht kleiner, sondern grösser geworden. Die enorme Vermehrung des gesellschaftlichen Reichthums wird nicht von einer zusammenschrumpfenden Zahl von Kapitalmagnaten, sondern von einer wachsenden Zahl von Kapitalisten aller Grade begleitet. Die Mittelschichten ändern ihren Charakter, aber sie verschwinden nicht aus der gesellschaftlichen Stufenleiter.

Die Konzentrirung der Produktion vollzieht sich in der Industrie auch heute noch nicht durchgängig mit gleicher Kraft und Geschwindigkeit. In einer grossen Anzahl Produktionszweige rechtfertigt sie zwar alle Vorhersagungen der sozialistischen Kritik, in anderen Zweigen bleibt sie jedoch noch heute hinter ihnen zurück. Noch langsamer geht der Prozess der Konzentration in der Landwirthschaft vor sich. Die Gewerbestatistik weist eine ausserordentlich abgestufte Gliederung der Betriebe auf; keine Grössenklasse macht Anstalt, aus ihr zu verschwinden. Die bedeutsamen Veränderungen in der inneren Struktur der Betriebe und ihren gegenseitigen Beziehungen kann über diese Thatsache nicht hinwegtäuschen.“

Bernstein sucht diese These, die thatsächlich heute kaum noch bestritten wird, durch Daten aus der Einkommensteuerstatistik, aus der Statistik der Aktienbesitzer zu stützen. Kautsky beweist das Gegentheil aus der Betriebsstatistik. Er zeigt, dass die Zahl der Arbeiter in der Industrie um 39,5% wuchs, während die Bevölkerung nur um 13% anstieg (1882—1895), und dass gerade die Grossbetriebe die weitaus stärkste prozentuale Zunahme hatten.

Aus seinen Daten folgert Bernstein die relative Abnahme, Kautsky aber die relative Zunahme der Klasse, die Kautsky Proletarier nennt. Beide haben Recht, und dies „Räthsel der Natur“ klärt sich dahin auf, dass das Wort Proletarier zwei ganz verschiedene Dinge bedeutet.

Es bedeutet in der Sphäre der Gütererzeugung: Lohnarbeiter, und in der Sphäre der Gütervertheilung: gedrückter Besitzloser. Bernstein hält die beiden Sphären scharf auseinander und braucht das melodramatische Schlagwort, wo er es überhaupt anwendet, stets nur in erstem Sinne. So z. B. auf Seite 53, wo er klipp und klar zugiebt, dass die „Proletarier“, d. h. die

abhängigen Lohnarbeiter, zunehmen, und nur darauf Werth legt, dass bei alledem die Besitzenden ebenfalls zunehmen.

Bei Kautsky aber laufen die beiden Wirtschaftsgebiete und die ihnen zukommende Terminologie fortwährend durcheinander. Dass man scharf unterscheiden muss das Gebiet der Produktion, wo Unternehmer und Arbeiter — und das Gebiet der Distribution, wo Besitzende und Nichtbesitzende einander gegenüberstehen, wird nicht beachtet, und darum werden die Worte: Kapitalisten, Unternehmer, Besitzende ebenso durch einander-geworfen, wie die Worte: Arbeiter, Proletarier, Besitzloser, Nicht-Unternehmer.

Diese Verwirrung ist nicht gerade Kautskys Schuld, sondern vielmehr die der marxistischen Theorie überhaupt, deren fixe Idee es ja sozusagen ist, dass alle ausschlaggebende Wichtigkeit einzig der Produktion zukommt, während die Distribution nur eine „Funktion“ derselben sei. Der durchgehende Parallelismus in der Bewegung der beiden Gebiete ist Dogma geworden; und jetzt, wo Bernstein auf Grund eines kolossalen Zahlenmaterials jenen Parallelismus leugnet — und das ist der wirtschaftstheoretische Angelpunkt seiner ganzen Ausführungen — jetzt wird ihm das bestrittene Dogma immer wieder als Beweis entgegengehalten. Das ist zur Abwechslung einmal der logische Schnitzer der *petitio principii*.

Kautsky widerlegt also etwas, was Bernstein nie behauptet hat, und beweist etwas, was Bernstein nie bestreiten wollte, und zwar nur auf Grund jener *quaternio terminorum*. Wenn die sozialistische Kritik noch weiterhin wissenschaftlich ernst genommen werden will, so hat sie keine dringendere Aufgabe, als die Terminologie zu säubern, d. h. jene vieldeutigen Begriffe, mit denen sie fortwährend operirt, auszujäten und durch klare Eindeutigkeiten zu ersetzen. Klare Begriffsbestimmung ist überall drei Viertel der Erkenntnis. Die Identifizierung von Lohnarbeitern und Besitzlosen war zu Marx' Zeit begrifflich, da sie damals thatsächlich identisch waren, sie ist heute, wie Figura zeigt, die Quelle der grössten Verwirrung geworden, und man sollte den Ausdruck Proletarier lieber ganz aus wissenschaftlichen Erörterungen streichen.

Auf derselben dogmatisch einseitigen Alleinbetrachtung der Produktionssphäre beruht das zweite Kautskysche Missverständniss, das Jongliren mit dem doppeldeutigen Begriff Kapital. Konzentration des Kapitals bedeutet in der Sphäre der Produktion das relative Ueberhandnehmen mächtiger Grossbetriebe, aber in der Distributionssphäre das relative Ueberhandnehmen des privaten Kapitalbesitzes, die „Akkumulation“ in immer weniger Händen. Es fällt Bernstein nicht im Traume ein, das Erste zu leugnen, aber er leugnet das Zweite. Er sagt ganz klar<sup>1)</sup>: „Der Fehler Kautskys liegt in der Identifizierung von Kapital mit Kapitalisten oder Besitzenden“. Kautsky hat sich nicht überzeugen lassen, dass er hier zwei ganz verschiedene Dinge, eine Thatsache der Produktionssphäre, und eine andre Thatsache der Distributionssphäre durcheinander geworfen hat; denn er leitet<sup>2)</sup> in seiner Kritik wieder aus der „Konzentration der Betriebe“ eine „Konzentration des Kapitals“ ab, und zwar in einer Weise, die deutlich zeigt, dass er sich der Doppelbedeutung des Ausdrucks garnicht bewusst ist: *quaternio terminorum*.

<sup>1)</sup> Die Voraussetzungen des Sozialismus, pag. 53.

<sup>2)</sup> Vorwärts vom 16. März 1899, 2. Beilage, 2. Spalte, Mitte, und 3. Spalte, Mitte.

Man soll nun nicht etwa glauben, dass es sich hier um eine reine Doktorfrage handelt. Sehr im Gegentheil. Die Entscheidung über den strittigen Punkt ist hochwichtig für „Endziel“ und „Bewegung“, für Theorie und Praxis.

Die beiden Gegner sind im Wesentlichen — nur in der Frage der Zeitdauer mögen sie sich unterscheiden — einig, soweit es sich um das Gebiet der Produktion handelt. Bernstein giebt Kautsky zu, dass die Konzentration des Kapitals in immer grösseren Betrieben erfolgt, und dass die Zahl der von diesen Betrieben abhängigen unselbständigen Arbeiter zunimmt. Aber Bernstein bestreitet, dass mit diesen Verschiebungen in der Produktionssphäre an sich und ohne Weiteres jene Form der Distribution verbunden sei, die den Besitz in immer weniger Privathänden anhäuft und die Proletarisierung der Arbeiter steigert. Er behauptet im Gegentheil, dass die Betriebskonzentration des Kapitals auf der einen, und die Verunselbständigung der Produzenten<sup>3)</sup> auf der andern Seite nicht nur einhergehen kann, sondern faktisch einhergeht mit einer allgemeineren Vertheilung des Kapitaleigenthums und einer Hebung der Lage eines wachsenden Theils der Arbeiterschaft.

Dass diese beiden einander entgegengesetzten Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung nebeneinander hergehen können, lässt sich nicht nur theoretisch ableiten, sondern historisch belegen. Es ist nicht einmal nöthig, hier auf die eigenthümlichen und bisher ganz falsch aufgefassten Verhältnisse der Gewerksbevölkerung des hohen Mittelalters hinzuweisen, von der es lange bekannt ist, dass sie selbst in „kapitalistischen“ Grossbetrieben keinen Mehrwehrt zu steuern hatte: aber jede Kolonie mit überflüssigem Land beweist dasselbe ganz einwandfrei. Wenn man jedoch hier die Ursache in vorübergehenden Umständen suchen konnte, so fällt jede Möglichkeit einer Versöhnung mit der Zusammenbruchstheorie fort, sobald man Bernstein zugeben muss, dass auch in alten, voll besetzten Ländern ohne freien Boden die Distribution sich — natürlich nicht von selbst — zu Gunsten der Arbeiter verschiebt — und das hat Kautsky nicht bestritten und konnte es nicht bestritten! Er zieht sich nur hinter die Unzulänglichkeit der statistischen Daten zurück, soweit sie die Vertheilung des Reichthums betreffen: dass man diese aus ihrer Negation, der Zahl der Armen genügend erschliessen kann, sagt er nicht. Aber, wenn die Zahl der Paupers in England und Wales 1855/9 noch 4,7% der Bevölkerung betrug, so war sie 1885/89 auf 2,8% gefallen; und ebenso wichtig sprechen die Daten des Konsums verfeinerter und höherwerthiger Nahrungsmittel, die Daten der Sparkassen u. s. w. für den Aufschwung der Arbeiterklasse, für ihre steigende Antheilnahme am nationalen Produkt.

<sup>3)</sup> Auch hier ist eine logische Erschleichung sehr beliebt. Man unterstellt, dass von Rechts wegen nun auch jeder abhängig gewordene „Produzent“, d. h. jeder „Proletarier“ auch „proletarisches Klassenbewusstsein“ haben müsse oder doch allmählich dazu kommen werde. Es giebt nichts falscheres! Ueber die Zugehörigkeit zum Proletariat als politischer Kampfpartei entscheidet nicht die Selbständigkeit, sondern die Rangstellung in der Stufenleiter der *Vertheilung*. Das Scherzwort, dass man bis 3000 Mk. Sozialdemokrat, bis 10 000 Mk. freisinnig, bis 20 000 Mk. nationalliberal und darüber konservativ sei, ist fast wörtlich wahr. Darum ist die „Proletarisierung“ in diesem Sinne für die Kampfaussichten der Partei nur von geringem Werth. Der Bankdirektor, der Ingenieur, der auf Tonnenpacht wirtschaftende Restaurateur, der bessergestellte Zwischenmeister der Hausindustrie, der Agent der grossen Fabriken, der Güterdirektor der Latifundien: alle diese „Proletarier“ sind und bleiben politische Feinde des Proletariats, und ihre Zahl kann wachsen, ohne dass die Aussichten der Partei dadurch besser werden.

Wenn dem so ist — und dem ist so —, wenn, um das Spiel mit Worten recht deutlich zu bezeichnen, die Tendenz der kapitalistischen Produktion zwar immer mehr „Proletarier“, d. h. Lohnarbeiter und sonstige Angestellte schafft, diese aber immer weniger „Proletarier“, d. h. Elende sind, dann ist garnicht abzusehen, woher der Zusammenbruch kommen sollte. Denn dann wachsen ja die Kräfte der Konsumtion mit denen der Produktion — und woher soll dann jene unversöhnbare Diskrepanz zwischen beiden kommen, die schliesslich die gesammte Wirthschaft in Krisenexplosionen sprengen soll, weil die Produktemasse nicht mehr unterzubringen ist?!

Wenn dem so ist — und dem ist so —, dann ist es klar, dass die steigende Kaufkraft der Masse fortwährend neue Gewerbszweige ins Leben rufen wird, die grossentheils auf niedriger Stufenleiter entstehen, um dann erst langsam der Betriebskonzentration zu verfallen, ja dann ist sogar klar, dass mit der steigenden Kaufkraft der Masse eine grosse Anzahl solcher Betriebe ins Leben treten muss, die der Betriebskonzentration garnicht verfallen, weil sie Luxusartikel herstellen. Dass Beides fortwährend vor unseren Augen geschieht, sagt Jedem, der Zahlen lesen kann, die Betriebsstatistik. Bernstein weist selbst in seiner Antwort<sup>4)</sup> mit Recht darauf hin, dass die Zahl der Arbeiter um nur 39,5%, die Zahl der kapitalistischen Geschäfte aber um 79,5% zugenommen habe.

Je mehr die Kaufkraft der Masse wächst, umsomehr müssen neue Betriebe entstehen, die für diese Kaufkraft Befriedigungsmittel erzeugen. Und, wenn dem so ist, woher soll jene allseitige und gleichartige Betriebskonzentration kommen, jene wachsende Simplifizierung der Gesamtproduktion, die es zuletzt dem Volke ermöglicht, sie zu „übernehmen“?!

Es werden der Kapitalisten, auch im Sinne der Produktion, nicht weniger sondern mehr! Kautsky legt grossen Werth darauf, dass sie nicht relativ mehr werden, sondern nur absolut. Selbst, wenn man ihm das zugeben will, so es ist doch klar, dass die Expropriation der Expropriateure nicht leichter, sondern schwieriger wird, je mehr zu beseitigen sind, und ebenso klar ist, dass die spätere Leitung der Produktion durch das arbeitende Volk immer schwieriger wird, je mehr Betriebe zu übernehmen sind. Marx' Hoffnung beruhte auf der Annahme, dass die Kapitalisten absolut rapid abnehmen würden, und das konnte er nur glauben, wenn er annahm, dass der Proletarier allezeit besitzlos bleiben werde, also keine neuen Betriebe durch seine gesteigerte Kaufkraft ins Leben rufen könne. Kann man nicht mehr leugnen, dass die Voraussetzungen falsch waren, so fällt auch der Schluss: „Wenn der Herzog fällt, muss der Mantel nach“, sagt Bernstein selbst.

\* \* \*

Der alte, strenge Marxismus nahm an, dass die „innere ökonomische Entwicklung“ die Tendenz habe, nicht nur die Betriebe zu zentralisiren, sondern auch das Kapitaleigenthum. Das Mittel, durch das diese Entwicklung durchsetzen sollte, war die „freie Konkurrenz“, und daher war es klar, dass nur eine Wirtschaftsordnung die Erlösung bringen könne, in der die freie Konkurrenz verschwunden war, die kollektivistische.<sup>5)</sup>

<sup>4)</sup> Vorwärts vom 26. März 1899.

<sup>5)</sup> Auch hier ist eine Begriffsbestimmung der vielen, durcheinander schwimmenden termini dringend nothwendig. Ich schlage Folgendes vor:



Ergiebt sich aber aus der unbefangenen Betrachtung der Thatsachen, dass die ökonomische Entwicklung zwar die Tendenz hat, den Betrieb zu zentralisiren, nicht aber das Kapitaleigenthum, sondern dass im Gegentheil die Vertheilung günstiger wird, so kann man die Konkurrenz an sich nicht mehr als die Schuldige anklagen. Man muss für die andre Entwicklung auch eine andre Ursache finden.

Rein formal betrachtet, gäbe es folgende Möglichkeiten. Es könnte zwar die Konkurrenz an sich die Tendenz haben, den Arbeiter niederzuhalten, würde aber durch andere (günstige) ökonomische oder politische Tendenzen überkompensirt; — oder zweitens: es könnte die Konkurrenz die Tendenz haben, den Arbeiter zu heben, würde aber durch andere (ungünstige) ökonomische oder politische Tendenzen zum Theil kompensirt. In beiden Fällen würde die Lebenshaltung des Proletariats steigen. Welcher Fall ist Wirklichkeit?

Nun, so weit wir auch Umschau halten, wir finden nirgends auch nur eine Spur von irgend einer fremden Kraft, die dem Arbeiter günstig wäre.<sup>4)</sup> Im Gegentheil, die organisirte Klassenherrschaft stellt sich überall mit dem ganzen Schwergewicht ihrer ökonomischen und politischen Machtmittel gegen ihn; sie zermalmt seine ökonomischen Vereinigungen durch ihr Gold, ihre Polizei, ihr Heer, ihre Kirche, wo sie nur kann. Wenn also trotzdem die Lebenshaltung der Arbeiterschaft emporgeht, dann kann das keine andere Ursache haben, als die verschrieene freie Konkurrenz!

Wenn aber die Lebenshaltung der Arbeiter nicht in dem Maasse steigt, wie das Wachsthum der Produktionskräfte das gestattet, so kann darum die Schuld nicht an der Konkurrenz liegen, sondern an nichts Anderem, als an ungünstigen „anderen politischen und ökonomischen Machtfaktoren“, die ihre Wirkung zum Theil kompensiren. Und wenn das der Fall ist, dann hat die praktische Bestrebung nicht darauf abzuzielen, die „Konkurrenz“ zu beseitigen, sondern im Gegentheil, sie — aber natürlich

Unter *Sozialismus* ist zu verstehen eine Wirtschaftsordnung mit ganz bestimmter Distribution, in welcher die „arbeitslosen Einkommen“ aus Rente, Profit und Zins verschwunden sind, und jeder Arbeiter den vollen Gegenwerth seines Produktes erhält.

Unter *Kommunismus* ist zu verstehen eine sozialistische Wirtschaftsgesellschaft mit Gemeineigenthum an allen Produktions- und Konsumtionsgütern (Urchristenthum, Babouvismus etc.)

Unter *Kollektivismus* ist zu verstehen eine sozialistische Wirtschaftsgesellschaft mit streng zentralistischer Leitung auf Grund des Gemeineigenthums an den Produktionsgütern allein (Sozialdemokratie, Marxismus).

Für die „genossenschaftliche“ Produktionsform der sozialistischen Gesellschaft, wie sie Bernstein vertritt, und wie ich sie entwickelt habe, schlage ich in Anlehnung an Schaffle den terminus: *Assozialismus* vor.

Auf diese Weise glaube ich den bisherigen Sprachgebrauch am wenigsten vergewaltigt zu haben.

<sup>4)</sup> Es ist bekannt, dass die Bourgeoisie, wo sie zur Regierung kam, so schon in Frankreich 1791 (am 14. Juni) die Arbeiterkoalition für ein „Verbrechen an der Freiheit und der Erklärung der Menschenrechte“, für ein Attentat also auf die freie Konkurrenz erklärt hat. Das ist natürlich einfach Fälschung der liberalen Theorie. Die wirtschaftliche Koalition gehört ebenso wie die politische zu den unveräußerlichen Freiheitsrechten und zu den erlaubten Waffen im Kampf ums das ökonomische Dasein. Da viele Volkswirthe der — wohl nicht unangreifbaren — Ansicht sind, dass die Gewerkvereinsbewegung die Hebung der Klassenlage der Arbeiter ganz vorwiegend verursacht habe, will ich hier ausdrücklich darauf hingewiesen haben, dass die Koalition nicht etwa eine der freien Konkurrenz „fremde“ Kraft ist, sondern nichts als eine Erscheinungsform der Konkurrenz.

nicht im Sinne des Manchesterthums — erst einmal wirklich „frei“ zu machen, indem sie jene der Wirthschaft fremden Einflüsse forträumt!

Im Augenblick, wo diese Konsequenz — die mir zwingend scheint — allgemein gezogen wird, wird die Sozialdemokratie — soziale Demokratie. Bernstein zieht die Konsequenz und weigert sich nun auch keinen Augenblick, den fernern, nothwendigen Schritt zu thun. „Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.“<sup>7)</sup>

Damit ist die sozialistische Theorie wieder eingemündet in den grossen Hauptstrom, von dem sie sich vor ca. 40 Jahren abgezweigt hat, in den Liberalismus. Es ist die Aufgabe der Arbeiterpartei, den liberalen Sieg über den Feudalismus zu vollenden, alle „Gesetze abzuschaffen, die auf Besitz, Abstammung und Bekenntniss gegründete Ausnahmen von der allgemeinen Rechtsgleichheit schaffen.“<sup>8)</sup> Die Sozialdemokratie soll Demokratie werden, um den Sozialismus herbeizuführen.

Alle Einwände Kautskys gegen dieses Programm beruhen wieder auf quaternio terminorum. Er spielt mit einem Doppelbegriff vom Sozialismus und ebenso vom Liberalismus.

Der Sozialismus ist das Streben auf eine Gesellschaftsordnung, in der die Arbeit keinerlei Mehrwerth in Gestalt von Rente, Profit und Zins mehr zu steuern haben wird — oder diese Gesellschaftsordnung selbst. Der Kollektivismus ist ein engerer Begriff. Er bedeutet das Streben nach dem Sozialismus auf einem bestimmten Wege oder die verwirklichte sozialistische Ordnung in einer bestimmten Gestalt, nämlich der von einem Zentralpunkt aus organisirten Produktion und Vertheilung. Man kann nicht Kollektivist sein, ohne Sozialist zu sein: man kann aber sehr wohl Sozialist sein, ohne Kollektivist zu sein. So Proudhon, so jetzt Bernstein, so meine eigene Wenigkeit.

Kautsky braucht das Wort Sozialismus aber meistens so, als hiesse es Kollektivismus. Nur daraus folgt, dass er von Bernstein eine „Begründung“ seines Sozialismus verlangt. Denn wenn er begriffen hätte, dass für Bernstein die Beseitigung der letzten Fesseln der wirthschaftlichen Bethätigung, d. h. der volle Sieg der Demokratie, auch ohne Weiteres die Vollendung des „Sozialismus“ bedeutet, so konnte er keine „Begründung“ verlangen. Giebt es in der Welt etwas natürlicher Begründetes, als dass Jemand seine Fesseln zerbricht, sobald sie ihm hinderlich werden und sobald er die Macht dazu hat?!

Aber Kautsky wird an dieser einfachen Erkenntniss durch seine quaternio terminorum verhindert. Er kann den Sozialismus garnicht anders begreifen, als unter dem Bilde einer „andren Gesellschaftsordnung“. Er sagt: „Aber wozu muss dann der soziale Fortschritt gerade zum Sozialismus führen, wenn dieser keine ökonomische Nothwendigkeit ist? . . . Wozu dann zu einer andren Gesellschaftsordnung übergehen? Wird die bestehende nicht schöner mit jedem Tag?“<sup>9)</sup>

Aus dieser Art der Fragestellung geht auf das Deutlichste hervor, dass Kautsky Bernstein garnicht verstanden hat. Und auch hier wieder beruht die

7) a. a. O. pag. 124.

8) a. a. O. pag. 123.

9) Vorwärts vom 17. März 1899.

Verwirrung, die er anrichtet, auf der unglaublichen Saloppheit seiner Ausdrucksweise. Er spricht von einer „ändern Gesellschaftsordnung“ und meint damit eine fundamental und radikal der „heute bestehenden“, im Wesentlichen als starr und unveränderlich vorgestellten, entgegengesetzte, dasjenige, was er Sozialismus nennt. Es giebt aber zwischen den beiden Extremen sehr viele mögliche „Gesellschaftsordnungen“, wenn man diesen Sammelsuriumbegriff denn brauchen soll. Und man kann sehr wohl die „heutige“ in sehr wichtigen Punkten für äusserst reformbedürftig halten, ohne darum verpflichtet zu sein, gerade Kautskys „andere“ zu erstreben.

Bernstein behauptet — und beweist — dass unsre heutige Ordnung nicht starr und unveränderlich ist, sondern sich in einem dem Ideale der sozialistischen Vertheilung eher günstigen als ungünstigen Richtung entwickelt. Er behauptet ferner — und das können nur blinde Hessen leugnen — dass sogar in Deutschland-Preussen die reaktionären Mächte, die jenen Gesundungsprozess aufhalten, immer schwächer werden, wenn sie sich auch immer bramabassiger aufspielen. (Darüber ein anderes Mal. In England wars genau so.) Und darum fragt er selbst die Partei: „Wozu zu einer „ändern“ (d. h. im Sinne Kautskys fundamental von der heutigen verschiedenen) Gesellschaftsordnung übergehen?“ Es ist ganz ohne Sinn, dass Kautsky ihm die Frage einfach zurückgiebt.

Bernsteins „andere Gesellschaftsordnung“, sein Sozialismus, ist nicht eine fundamental der heutigen entgegengesetzte, sondern die in einzelnen wichtigen Beziehungen veränderte bzw. entwickelte heutige Ordnung. Er versteht darunter eine vom letzten Rest der Klassenherrschaft und Klassenausbeutung gereinigte Wirthschaft und stellt die Frage zur Diskussion: „Worin eine andre Gesellschaftsordnung?“ Ob diese „andere“ Gesellschaftsordnung auch in dem hergebrachten, schärfern Sinne „anders“ sein wird, dass die Konkurrenz ausgeschaltet ist, das ist ihm mindestens gleichgiltig. Mindestens! Denn ohne es ausdrücklich zu sagen, scheint er doch die Verwandlung der Gesellschaft in einen einzigen grossen kollektivistischen Wirthschaftsorganismus für unmöglich zu halten. Er erstrebt eine „genossenschaftliche Wirthschaftsordnung“, — und, da er ausspricht, dass „selbst das Prinzip der wirthschaftlichen Selbstverantwortung weder theoretisch negirt noch unter irgend denkbaren Umständen ausser Wirksamkeit gesetzt werden kann“<sup>10)</sup>, so ist damit der kollektivistische Zukunftsstaat augenscheinlich ganz aufgegeben.<sup>11)</sup>

Nun ist aber der Kollektivismus der einzige Gedanke, durch den sich der Sozialismus der Sozialdemokratie von dem Liberalismus unterscheidet. Wird er aufgegeben, so ist der Sozialismus, wie schon oben gesagt, wieder zum

<sup>10)</sup> a. a. O. pag. 130.

<sup>11)</sup> Diese Arbeit war abgeschlossen, bevor Kautskys zweite Artikelserie im Vorwärts vom 8., 11. und 12. April erschien. Ich kam hier darum nicht mehr auf Einzelheiten eingehen, muss aber eingestehen, dass mir Kautsky hier mit etwas mehr Geschick und Glück zu polemisieren scheint, als zuvor. Der Bernsteinsche Sozialliberalismus ist thatsächlich ein etwas nebuloses Gebilde, so weit er ihn in seiner Schrift gekennzeichnet hat. Er hat eine negative Abgrenzung erhalten, und es wäre sicher wünschenswerth, wenn Bernstein in seiner Antwort ihm auch einige positive Charakterzüge verleihen wollte, d. h. namentlich seinen neuen, verbesserten Liberalismus schärfer, als geschehen, von dem alten, so lange als maustodt betrachteten Bourgeois- und Encyclopädisten-Liberalismus scheiden wollte. Es bestehen doch gewisse entscheidende Unterschiede resp. Fortschritte der neuen Theorie über die alte hinaus.

Liberalismus zurückgekehrt: „Thatsächlich giebt es keinen liberalen Gedanken, der nicht auch zum Ideengehalt des Sozialismus gehörte.“<sup>12)</sup>

In klarer Folgerichtigkeit bekennt sich also Bernstein zum Liberalismus. Und auch da wieder macht sich Kautsky in seiner Kritik des ominösen logischen Schnitzers schuldig. Bernstein lässt durchaus keinen Zweifel daran, dass er unter Liberalismus ein „sehr weit reichendes Gesellschaftsprinzip“ versteht, „dessen Vollendung der Sozialismus sein soll“, das er dem Bourgeoisliberalismus scharf entgegenstellt.<sup>13)</sup> Kautsky aber kann sich von dem Begriff des Parteiliberalismus nicht frei machen. Er will nicht einsehen, dass unsere „Liberalen“ längst aufgehört haben, liberal zu sein, dass die Sozialdemokratie schon längst die einzige „liberale“ Partei Deutschlands ist. Weil freche Reaktionsäre und rückständige Ideologen sich liberal schimpfen, macht er den Liberalismus für Reaktion und Verbohrtheit verantwortlich. Bernstein unterscheidet schärfer.

Freilich glaubt Kautsky, seinen Gegner endgiltig schlagen zu können, wenn er die materialistische Geschichtserklärung zu Hilfe ruft. Er schreibt:<sup>14)</sup>

„Das Wesen der Freiheit, wie sie der Liberalismus meint, tritt klar zu Tage, wenn wir uns aus dem luftigen Gebiete des Sollens und der Abstraktionen auf die Erde niederlassen und nach den ökonomischen Verhältnissen forschen, deren theoretischer Ausdruck der Liberalismus ist. Da finden wir, dass dieser den Bedürfnissen der entwickelten Waarenproduktion entspricht, die da verlangen, dass die einzelnen Waarenproduzenten (mit ihren Arbeitern) als freie Privateigentümer ihrer Produktionsmittel unabhängig von einander produzieren und als freie Besitzer ihrer Produkte diese in freier Konkurrenz auf dem Waarenmarkte gegeneinander austauschen resp. verkaufen. Das ist die ökonomische Freiheit des Individuums, die der Liberalismus verlangt. Ich will nicht darüber streiten, ob man sie am besten als Freiheit „von jedem ökonomischen Zwange in der Bewegung und der Berufswahl“ bezeichnen kann, aber haben wir darin das „allgemeine Gesellschaftsprinzip“ des Sozialismus zu erblicken?“

Auf diese triumphierend gestellte Frage wird Bernstein ohne Weiteres mit einem einfachen Ja antworten. Er erblickt thatsächlich das „allgemeine Gesellschaftsprinzip des Sozialismus in der Freiheit von jedem Zwange in der Berufswahl und Bewegung“. Aber was seinen „Liberalismus“ von demjenigen der Bourgeoisökonomie unterscheidet, das ist die Ueberzeugung, dass der Zustand ökonomischer Freiheit noch lange nicht erreicht ist, sondern noch erkämpft werden muss. Der Bourgeoisliberalismus ist die materielle Frucht einer Geschichtsperiode, in der die formale Gleichberechtigung besteht neben noch fortbestehenden politischen und wirtschaftlichen Machtpositionen aus der Feudalordnung. Das verzerrt sie und macht sie krank, und das will der Bourgeoisliberalismus nicht begreifen. Der Bernsteinsche „Liberalismus“ aber ist der Kampf gegen diese Machtpositionen und die Ueberzeugung, dass nach ihrer Beseitigung die formale Gleichberechtigung in eine faktische Gleichheit übergehen muss. Diesen weltweiten Gegensatz hat Kautsky wieder nicht verstanden, weil er durch die Doppelbedeutung eines Wortes gehärtet wurde. Er spielt das uns Allen wohlbekannte Zerrbild des Liberalismus gegen das echte Urbild aus!

<sup>12)</sup> a. a. O. pag. 130.

<sup>13)</sup> So pag. 132 und in Anlehnung an Lassalle pag. 133.

<sup>14)</sup> Vorwärts vom 17. März 1899.

Versuchen wir zu resumiren!

Eine unbefangene Betrachtung der wirthschaftlichen Entwicklung zeigt, dass die von Marx analysirte Tendenz der kapitalistischen Waarenproduktion zwar auf dem Gebiete der Produktion ihre, wenn auch nicht absolute, Geltung hat, nicht aber dem Gebiete der Distribution. Daraus folgt, dass ein „Zusammenbruch der kapitalistischen Wirthschaft“ keine innere ökonomische Nothwendigkeit ist. Der Kollektivismus muss aufgegeben werden. Der Kollektivismus war aber der einzige Gedanke, der den modernen Sozialismus von dem echten, alten Liberalismus schied, folglich muss die Arbeiterpartei liberal werden, das heisst, alle Kraft daran setzen, die politischen und wirthschaftlichen Machtpositionen aus dem Wege zu räumen, die die politische und wirthschaftliche Bewegungsfreiheit noch fesseln. Wenn das gelungen sein wird, so ist das Ergebniss des Liberalismus, seine Vollendung, der Sozialismus, das heisst die von Zins, Grundrente und Profit wirthschaftlich und von der Klassenherrschaft politisch freie Gesellschaft.

Die neue Erkenntniss verlangt also eine neue Taktik.

Oder vielmehr, sie würde sie verlangen, wenn die alte Taktik mit der alten Erkenntniss übereingestimmt hätte. Aber das war nur sehr bedingt der Fall. Die Sozialdemokratie hat mindestens auf dem politischen Gebiete schon seit Jahrzehnten so gehandelt, als ob die Bernsteinsche Auffassung ihre Richtschnur wäre. Das sagt Bernstein selbst, wenn er verlangt, die Partei solle den Muth haben, zu scheinen, was sie schon lange ist, und das sagt auch Kautsky:

„Den einleitenden Satz kann man auch umdrehen und sagen: Zur Eroberung der politischen Rechte gehört politische Macht; dann aber ist der beste Weg der Erweiterung der Rechte der Arbeiterschaft der der Erweiterung dieser Macht. Das hat das deutsche Proletariat längst erkannt, und ohne jegliche Deklamationen hat es danach gehandelt; unermüdlich ist es bemüht, durch Propaganda, Organisation, Ausnutzung der bestehenden Rechte seine Macht zu erweitern. Keine Möglichkeit, eine Position im Reichstag, Landtag, Gemeinde, in Krankenkassen und Gewerbeberichten zu erobern, lässt es ungenützt; jeden Akt der Gesetzgebung sucht es zu seinen Gunsten zu beeinflussen. In diesem Sinne war die deutsche Sozialdemokratie seit jeher eine Reformpartei. Was Bernstein in seiner Broschüre über die Aussichten und Aufgaben auf diesen Gebieten sagt, ist oft sehr treffend, stets anregend, aber grundsätzlich Neues bringt er da nicht. Meinte Bernstein blos diesen Weg zur Erweiterung der Macht und der Rechte des Proletariats, so könnte man ihm in taktischer Beziehung im Wesentlichen wohl zustimmen, bei allen Abweichungen in der Theorie. Aber dann wars höchst überflüssig, von einer offenen Frage der Taktik zu sprechen, die die deutsche Arbeiterschaft zu lösen hat und ohne die alles Andere schliesslich „Deklamation“ bleibt. So konnte Bernstein nur sprechen, wenn er meinte, einen neuen, besonderen Erfolg versprechenden Weg zur Gewinnung neuer Rechte gefunden zu haben.“

Wenn Bernstein hier auf dem politischen Felde keine wesentlichen Wünsche bezüglich der Taktik zu formuliren hat, so liegt das nicht etwa an ihm, sondern daran, dass hier von jeher und zwar natürlich mit voller Zustimmung der grossen Theoretiker, eine breite Kluft zwischen Theorie und Praxis bestanden hat. Der streng durchgedachte ursprüngliche Marxismus führt logischer Weise zum Quietismus, ja zum Fatalismus. Wenn die Wirthschaft in der Negation der

Negation erst umschlagen soll, nachdem sie ihre Reife erreicht hat, so können die Proletarier eigentlich nichts Anderes thun, als geduldig warten. Denn sie sind nicht in der Lage, die Reifung des Kapitalismus zu beschleunigen, höchstens, wenn sie das Uebermenschliche fertig brächten, um der Zukunft Willen die Gegenwart freiwillig noch trauriger zu gestalten, das heisst wie die alten Anachoreten um des Himmelreichs Willen hienieden das sündige Fleisch zu kasteien. Aber das ist allenfalls ein „Programm“ für eine fanatisirte religiöse Sekte, aber nimmermehr für eine politische Kampfpartei. Und so haben die grünen Triebe des Lebens eben über die graue Theorie gesiegt, und die Arbeiterpartei hat frisch und entschlossen, kraftvoll und glücklich nach Kräften für die Gegenwart gewirkt, selbst auf die Gefahr hin, die Zukunftseligkeit hinauszurücken. Sie war in Wirklichkeit schon, wie Bernstein sagt, „eine demokratisch-sozialistische Reformpartei!“<sup>15)</sup> Und das giebt Kautsky zu, ohne auseinanderzusetzen, wie die bisherige Taktik, die zugestandenermaassen mit seines Gegners theoretischer Auffassung so gut übereinstimmt, denn nun mit seiner eigenen vereinbar sei.

Bernstein kann also durchaus nicht die Absicht haben, die bisherige Taktik der Partei wesentlich zu ändern, da sie ihm längst „vorgeahnt“ hat, und hat auch die Absicht nicht. Er wünscht nicht einmal, sie ergänzt zu sehen. Was er wünscht, ist eine der stattgehabten Aenderung entsprechende Veränderung der Tonart, die die politische Musik macht, und das „Wohllwollen“ der Partei gegenüber zweckentsprechender genossenschaftlicher Organisation.

Was das erste anlangt, so wünscht er sehr mit Recht, dass die rrrevolutionäre Phrasologie<sup>16)</sup> der rrrevolutionären Ueberzeugung in das Parteiarchiv nachfolge, um womöglich das demokratische Bürgerthum zu gewinnen. Er legt aber meinem Eindruck nach viel weniger Werth auf diese Aeusserrlichkeit, als Kautsky annimmt, der dem Vorschlag mehr als zwei grosse Vorwärtsspalten widmet<sup>17)</sup> und ihn mit einem riesigen Arsenal namentlich historischer Beweisführungen ablehnt. Kautsky unterschätzt vielleicht den Einfluss, den eine Aenderung der Tonart haben würde: die bürgerlichen Parteien kressen ausschliesslich mit der „Fresslegende“ und halten durch ihr patriotisches und religiöses „Tabu“, das sie auf die Sozialdemokratie legen, doch noch eine sehr grosse Zahl von kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen zurück. Könnte man ihnen diese Waffe nehmen, so käme die Partei wahrscheinlich etwas schneller voran. Wenn Kautsky fragt, wo denn die demokratischen Schaaren steckten, die durch das Aufgeben der „Fresslegende“ zu gewinnen seien, so kann man ihn auf den linken Flügel des Freisinns, dessen ideologische Gefolgschaft immer noch ins Gewicht fällt, obgleich die Führer längst Klassenvertreter sind, — und auf die bedeutende Menge der Parteiloson verweisen, die zu sehr Sozialisten sind, um freisinnig, und zu sehr Individualisten, um sozialdemokratisch zu stimmen.

Aber das ist meines Erachtens eine sehr untergeordnete Frage. Der Freisinn überlässt der Sozialdemokratie auch so freundnachbarlich seine Bataillone, und

<sup>15)</sup> a. a. O. pag. 165.

<sup>16)</sup> Auch mit dem Worte Revolution wird in unerträglichem Maasse jonglirt. Es ist auch einer von den vieldeutigen Kautschukbegriffen, die in der Agitation unentbehrlich sein mögen, aber in der Wissenschaft nur verwirren.

<sup>17)</sup> Vorwärts vom 18. März 1898.

die „Parteilosen“ kommen auch so, trotz Tabu u. s. w. Und so, glaube ich, fasst es auch Bernstein auf. Kautsky behandelt diese Nebenpunkte auch wohl nur so breit, um sich nicht auf das schlüpfrige Gebiet der Genossenschaftsfrage begeben zu müssen.

Auch hier verlangt Bernstein keine Aenderung der Parteitaktik. Er sagt ganz korrekt, die wirthschaftliche Organisation sei nicht Sache der politischen Partei. Und er sagt ebenso richtig, das Genossenschaftswesen sei vorhanden, und die Partei könne sein Wachstum vielleicht noch verzögern, aber unter keinen Umständen mehr verhindern.

Es ist mir gestattet, gerade an diesem Punkte meine besondere Genugthuung über Bernsteins Anschauungen auszusprechen. Er stellt sich fast uneingeschränkt auf den Standpunkt, den ich zuerst vor drei Jahren eingenommen habe, und erweist mir die Ehre, an drei Stellen<sup>18)</sup> meiner speziellen Vorschläge mit Wärme zu gedenken. Es ist das ein Erfolg, den ich sehr hoch veranschlage, für die Sache natürlich vor Allem, aber auch für meine nicht immer sehr zart angefasste Person!

Kautskys Bemerkungen zu diesem Punkte sind ausserordentlich schwach. Was er in seinem zweiten Artikel<sup>19)</sup> darüber sagt, ist eigentlich nur die furchtbare Entdeckung, dass „Schulze-Delitzsch, ja Eugen Richter, solchen Sozialismus getrieben haben“. Dann freilich!

Dass der zweite unserer Dioskuren, Ferdinand Lassalle, ebenfalls von der „Genossenschaft“ das Heil erwartete, kommt dagegen nicht in Betracht! Und ebenso wenig kommt in Betracht, dass das letzte Jahr fünf zwei neue grundlegende Arbeiten zur theoretischen Erkenntniss der Genossenschaft gezeitigt und der genossenschaftlichen Praxis ganz neue und wahrscheinlich wirksame Wege gewiesen hat. Kautsky hat selbst in seiner Agrarfrage den landwirthschaftlichen Arbeiter-Produktivgenossenschaften ein günstiges Prognostikon gestellt. Er wird deshalb nicht dagegen protestieren können, wenn ich, ohne dass er es ausdrücklich ausgesprochen hat, auch Bernsteins Wohlwollen für den praktischen Planvoraussetzte, den ich als wirthschaftliches Programm der Arbeiterklasse neben dem politischen Programme der Arbeiterpartei empfehle: Kapitalbildung in Konsumvereinen, damit Gründung landwirthschaftlicher Produktivgenossenschaften in den ostelbischen Wahlkreisen, das heisst Schöpfung wirthschaftlicher Stützpunkte für die Eroberung der politischen Macht! Wenn die Partei eine solche des industriellen Proletariats bleibt, dann gewinnt sie fortan zwar noch immer stark an Stimmen, aber nur noch wenig an Sitzen und Macht. Die Wurzel aller politischen Macht ist der Landbesitz, ist es namentlich in Preussen, dessen Wahlkreise niemals werden neu eingetheilt werden, so lange die Städte wachsen und das Land sich entvölkert. Darum muss die Sozialdemokratie auf dem Wege über den Konsumverein Preussens grösster Grundbesitzer werden!<sup>20)</sup>

<sup>18)</sup> a. a. O. pag. 99, 114, 159.

<sup>19)</sup> Vorwärts vom 17. März 1899.

<sup>20)</sup> Die Unentwegten in der Partei bleiben tapfer auf dem Standpunkte, dass zuerst die „politische Macht erobert werden muss“, ehe man an die wirthschaftliche Organisation gehen dürfe. Wenn uns die wohlweisen Männlein und Weiblein nur zeigen wollen, auf welchem Wege jener Alexanderzug angetreten werden soll. Die Partei müsste doch mindestens im Reiche, von Preussen ganz zu schweigen, die Majorität des Parlaments sicher haben; wer sich einbildet, dass dieses Ziel auf dem bisherigen Wege

Doch das ist, wie gesagt, vorläufig nur meine persönliche Ansicht, und ich habe kein Recht, mehr als die wohlwollende Erwartung Bernsteins vorauszusetzen. Aber, ganz von diesen speziellen Plänen abzusehen, so ergibt sich die Nothwendigkeit wirtschaftlicher Organisation der Arbeiterschaft in Genossenschaft und Gewerkschaft aus einem andern Momente, nämlich dem Momente der Zeit.

Es ist unnöthig, an dieser Stelle wieder darauf hinzuweisen, wie sehr sich der Glaube an den Zeitpunkt des grossen Kladderadatsch verschoben hat. Unsere lieben politischen Falbs haben früher thatsächlich den kapitalistischen Weltuntergang auf den „nächsten Donnerstag“ angesagt. Dieser Glaube existirt nicht mehr! Selbst bei den Treuesten der Treuen ist der Glaube an das tausendjährige Reich sachte vom Diesseits auf das Jenseits übergetreten. Ich glaube kaum, dass es noch einen bekannten Sozialdemokraten giebt, der den Krach noch zu erleben hofft.

Das ist, wenn man nun überhaupt noch daran glaubt, theoretisch sehr gleichgiltig. Darin hat Kautsky sicherlich Recht. „Wenn Bernstein blos meint,“ sagt er<sup>21)</sup>, „dieser Prozess (der Kapitalkonzentration) gehe sehr langsam vor sich, so beweist das garnichts gegen die Marx-Engelssche Theorie vom nothwendigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft. Ueber so vage Begriffe wie „langsam“, „schnell“ lässt sich überhaupt schwer diskutieren. Mir erscheint die Entwicklung, wie sie die Berufs- und Betriebsstatistik zeigt, als eine sehr rasche“.

Dagegen ist gewiss nichts zu sagen vom Standpunkte der Theorie! Aber sehr viel vom Standpunkte der Praxis, der Taktik. Wenn Marx den Arbeitern gesagt hätte, dass der grosse Kladderadatsch nach Gott weiss wie langer Zeit zu erwarten sei, so würde ihre Partei heute kaum die zweite Million überschritten haben. Und wenn wir heute als ehrliche Männer den Arbeitern sagen sollen, dass der grosse Krach nicht zu ihren und wahrscheinlich auch nicht zu ihrer Kinder Lebzeiten, sondern vielleicht zur Zeit ihrer Enkel oder wahrscheinlich noch viel später kommen wird, dann wird der Höhepunkt unseres Einflusses wohl erreicht sein. Und kann Kautsky ehrlicherweise auch nur einen Schimmer von Wahrscheinlichkeit aufzeigen, dass die Erlösung nahe steht? Was heisst denn für ihn eine „rasche Entwicklung“?

Wir haben nicht mit Denkern zu thun, die sich an wissenschaftlichen Rechnungen begeistern, sondern mit Massen, die Erfolge sehen wollen. Und wenn wir ihnen keine gewisse Hoffnung auf ihre Zukunft, auf eine Zeit, die höchstens 20—30 Jahre vor uns liegt, mehr machen dürfen, so müssen wir ihnen etwas für ihre Gegenwart bieten, sonst verlieren wir sie. Und zwar dürfen wir ihnen nicht nur tapfere Parlamentsreden und schneidige Zeitungsartikel liefern, sondern wirtschaftliche Vortheile.

---

der politischen Agitation auch nur unter dem allgemeinen Wahlrecht erreichbar ist, den qualifizirt sein Optimismus sehr gut zum Lotteriekollekteur, aber sehr schlecht zum Parteiführer. Ausserdem würde natürlich bei drohender Gefahr das Reichstagswahlrecht sofort nach sächsischem Muster beseitigt werden: und was dann? — Es giebt keinen andern Weg zum Siege als die Eroberung der ländlichen Wahlkreise; und diese sind nur durch wirtschaftliche Organisation zu haben. Das Programm muss daher lauten: Eroberung der politischen Macht durch wirtschaftliche Assoziation!

<sup>21)</sup> Vorwärts vom 16. März 1899.



Mag man also über den Zusammenbruch denken, wie man will, mag man an Marx' schliesslichen Sieg über Bernsteins Ketzerrei glauben oder nicht, von dem Augenblicke an, wo der Kladderadatsch weit in die Ferne rückte, war die wirthschaftliche Organisation eine Nothwendigkeit geworden.

So viel praktischen Blick sollte auch ein reiner Theoretiker wie Kautsky haben, und sich einmal ernstlich mit der Theorie der Genossenschaft befassen, die ganz anders aussieht, als die Neue Zeit das darstellt. Die Theorie war schon lange in Zwiespalt mit der politischen Bewegung, jetzt tritt die neu erstehende wirthschaftliche Bewegung ebenfalls zu ihr in Widerstreit, und die grossen Theoretiker sind todt, die noch immer den Schein einer Uebereinstimmung aufrecht erhalten konnten. Glaubt Kautsky mit seiner grauen Theorie das jungfrische Leben bannen zu können? Da wäre Bernstein marxistischer wie er, denn er schreibt:

„Die sozialistische Bewegung hängt von keiner Theorie ab. Die Theorie kann sie erklären und ihr bestimmte Wege zeigen, aber ihre Kraft und ihre Rechte schöpft sie schliesslich doch nur aus den thatsächlichen Verhältnissen und den aus ihnen sich ergebenden Bedürfnissen und Möglichkeiten.“

Das ist materialistische Geschichtsauffassung! Der Theoretiker aber, der einer mächtigen spontanen sozialen Entwicklung, wie es die Genossenschaft nun endlich auch bei uns ist, sein Veto entgegensetzen will, gleicht dem Engländer, der in seinem Bädcker einen alten Thurm verzeichnet fand, der mittlerweile eingestürzt war. Er sagte entrüstet: Die Gegend ist falsch!

Ich glaube gezeigt zu haben, dass das theoretische Recht durchaus auf Seiten Bernsteins ist. Kautskys Einwände sind fast sämtlich logische Versehen. Dass er darin vielseitig ist und sich mit der beliebten quaternio terminorum nicht begnügt, beweist der Schluss seines zweiten Artikels. Da sagt er:

„Der Sozialismus ist noch nicht erreicht, so lange die Waarenproduktion, die freie Konkurrenz und das Privateigenthum an den Produktionsmitteln bestehen bleibt, so lange die Arbeiter und die Besitzer der Produktionsmittel zwei verschiedene Klassen bilden. Produktion für den Selbstgebrauch der Gesellschaft, gesellschaftliches Eigenthum an den Produktionsmitteln, planmässige Regelung der Produktion von Gesellschaftswegen — dies Ziel und ebenso das bewusste Streben danach und der Kampf gegen die bestehende Gesellschaftsordnung, das ist der Sozialismus im Sinne der Sozialdemokratie. In diesem Sinne ist er aber nicht die Vollendung des Liberalismus, sondern der vollendete Gegensatz dazu.“

Das ist eine in den Geisteswissenschaften sehr beliebte, auch in der sozialdemokratischen Theorie nicht ganz ungewöhnliche Methode, eine angegriffene These dadurch zu „beweisen“, dass man sie mit Nachdruck resp. gesperrtem Druck wiederholt. Bernstein bemüht sich Bogen lang, zu beweisen, dass der Sozialismus doch erreichbar ist, auch wenn „freie Konkurrenz, Waarenproduktion und Privateigenthum“ bestehen bleiben. Kautsky wiederholt seine angegriffene Behauptung mit allem Nachdruck und glaubt sie damit bewiesen zu haben.

Es ist ja möglich, dass der „Sozialismus im Sinne der Sozialdemokratie“, wie Kautsky ihn fasst, vorläufig in der Partei Sieger bleiben wird. Nur soll man sich klar machen, dass das kein wissenschaftlicher Sieg sein wird: man entscheidet theoretische Streitfragen nicht mit Majoritätsbeschlüssen!

Mir will scheinen, als gehörten sie überhaupt nicht vor das Parteiforum. Die Theorie ist nichts weiter, als die Fahne der Partei. Richtung und Kraft

erwachsen aber der Arbeiterbewegung nicht aus einer Theorie, sondern aus den materiellen Verhältnissen. So lehrt wenigstens die materialistische Geschichtsauffassung!

Das wird am besten dadurch bewiesen, dass die beiden Gegner trotz der entscheidendsten theoretischen Differenzen im Punkte der Taktik fast vollkommen einig sind. Es ist also gar keine Veranlassung zu einem Ketzergericht vorhanden, wie es einzelne besonders marx-bigotte Schriftsteller schon verlangen. Soll es aber doch stattfinden, so wollen wir von vornherein gegen das Resumé des öffentlichen Anklägers Kautsky Protest einlegen. Er sagt:

„Wenn wir Bernstein folgen, werfen wir weit mehr über Bord, als einige blutrünstige Redensarten. Wir werfen dann über Bord nicht nur unsere bisherige Theorie, sondern auch unsere bisherige Praxis, unser Programm und unsere Taktik, unser Endziel und unsere Bewegung, um dafür einen Sozialismus ohne Begründung und ohne bestimmte Abgrenzung vom Liberalismus und die Aussicht auf das Wohlwollen des radikalen deutschen Bürgerthums einzutauschen.“

Mit Verlaub, das ist beinahe Alles nicht richtig. Wir werfen über Bord einen Theil der bisherigen Theorie, der sich als unhaltbar erwiesen hat, und unser Endziel, das uns ohnehin schon im Nebel der Zukunft verschwunden war. Aber wir behalten unser Programm — denn selbst die Vergesellschaftung der Arbeitsmittel ist in der „genossenschaftlichen Ordnung“ gegeben —, unsere Taktik und unsere Bewegung, d. h. Alles, was eine politische Partei interessirt, und wofür sie die Instanz ist. Die Theorie — und auch das Endziel ist ein Theil der Theorie — geht die Partei als solche nichts an. Sie gehört vor das Forum der Wissenschaft.

Vor diesem Forum wird Bernstein Recht behalten, und auch vor dem Forum der Geschichte. Mag die heutige Generation ihn verwerfen, die nächste wird ihm folgen. Die Bewegung ist im Gange, die die Sozialdemokratie auf neuen Wegen zu neuen Erfolgen und zum „Endziel“, der sozialistischen Gesellschaft, führen wird. Sie wird aufhören, Partei der Industrieproletarier zu sein und wird dafür Vertreterin aller Ausgebeuteten gegen die organisirte Klassenherrschaft werden, was sie zwar heute schon sein möchte, aber nicht ist, und unter Kautskys Führung auch nie werden kann, da sein Agrarprogramm eigentlich nur ein Verzicht auf die Landbevölkerung ist. Jene Bewegung aber kann keine Kreuzigung verführter Propheten mehr aufhalten.

## Reaktionäre Tendenzen in der Kriminalpolitik.

Von

Wolfgang Heine.

(Berlin.)

Für kriminalistische Fragen, namentlich auf dem Gebiete des Prozessrechtes findet man heute das öffentliche Interesse sehr viel geringer, als es zur guten Zeit des Liberalismus war. Während noch in der ersten Hälfte der siebziger Jahre diese Probleme in der Presse lebhaft diskutiert wurden und die Oeffentlichkeit aufregten, wie sich bei den Reichstagsdebatten über das Strafgesetzbuch und später über die Strafprozessordnung zeigte, steht jetzt die Oeffentlichkeit allen diesen Dingen geradezu gleichgiltig gegenüber. Das ist eine unvermeidliche Nebenwirkung einer an sich

nothwendigen und guten Entwicklung. Das zunehmende Interesse für die sozialen Fragen hat andere Interessen zurückgedrängt. Nachdem man erkannt hat, dass die formale Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetze noch nicht ausreichen, der breiten Volksmasse Recht zu verschaffen, so lange nicht ihre soziale Kräftigung und Befreiung dazu gekommen sind, hat man sich gewöhnt, die Probleme der formellen Freiheit und Gleichheit überhaupt mit einer gewissen Geringschätzung zu betrachten, und man vergisst oft zu fragen, ob die Ungerechtigkeiten, die unser Gefühl verletzen, und deren letzten Grund wir freilich in den Klassen- und Interessenkämpfen gewahren, nicht doch zum Theil hätten verhindert oder gemildert werden können, wenn die Prinzipien der abstrakten Gleichheit und individuellen Freiheit besser verwirklicht worden wären. Das gilt, wie auf jedem politischen Gebiete, besonders auch auf dem der Justizgesetzgebung.

Aber nicht nur Gleichgiltigkeit gewahren wir den kriminalpolitischen Problemen gegenüber, sondern wo sich noch ein Interesse bethätigt, sehen wir im Allgemeinen einen Rückschlag und bewussten Gegensatz gegen die Auffassung des alten Liberalismus. Darin tritt zum Theil der Drang der herrschenden Klassen zu Tage, wieder die Zustände einer längst verschwundenen Vergangenheit herbeizuführen, weil ihnen die Gegenwart unbehaglich und die drohende Zukunft ängstlich ist. Das ist aber nur die eine Seite der Sache; im Uebrigen liegen dieser Abwendung von den Gedanken des alten Liberalismus gewisse moderne geistige Strömungen zu Grunde, die sich auch bei Denen wirksam zeigen, die nicht gerade Anhänger des Bestehenden sind, wenn sie auch bei ihnen zu anderen Konsequenzen führen. Die materialistische Weltauffassung hat uns die Relativität der Ideale dargethan, die soziologische Auffassung des Lebens lässt uns das Individuum als Einzelfall der Art betrachten, bestimmt durch die Kräfte und Möglichkeiten der Gesellschaft. So unzweifelhaft diese beiden Anschauungsweisen Schritte zur richtigeren Erkenntniss des Lebens darstellen und namentlich auch geeignet sind, die Ideale theoretisch fester in den Baugrund des realen Lebens einzufügen, als es der alte Glaube an ihre absolute Geltung vermochte, so ist doch nicht zu verkennen, dass zunächst die praktische Wirkung dieser Lehren in einer Abschwächung der alten Gedanken des Liberalismus, der Ideen der Humanität und der individuellen Freiheit bestehen musste. Man pflückt neue Wahrheiten nicht ungestraft. Sie liefern stets den Feinden dessen, was am Alten gross und ewig war, Waffen und lassen auch die edlen Vorkämpfer jeder neuen fortschrittlichen Idee zeitweilig ihr Interesse von den alten Wahrheiten abwenden. Das geht so bei jeder neuen Entdeckung und muss mit in den Kauf genommen werden; es kann natürlich kein Grund sein, die Fortentwicklung misstrauisch zu betrachten.

Speziell als materialistisch geberdet sich die heute übliche Verächtung der Humanität, wenn man sie im Sinne von Milde, Wohlwollen auch gegen die Feinde, Verfeinerung der Sitten, Betonung der geistigen Impulse vor den physischen versteht. Ich brauche wohl kaum an die reaktionäre rabies zu erinnern, die sich unter dem materialistischen Pfaffenthum der Durchschnittsmediziner und -Naturforscher breit macht. Auf kriminalistischem Gebiete ist der Gipfel falsch verstandenen Materialismus die Auffassung,

dass im Verbrecherthum eine physische Entartung, eine Krankheitsdisposition zu Tage trete, die nicht zu heilen sei, deren Wirkungen lediglich abgewendet werden könnten, indem man den Verbrecher unschädlich machte. In Italien, wo diese Schule zu Hause ist, hat sie den Triumph erlebt, die ausgiebigste Verwendung der hartherzigsten, langwierigsten, dem Verbrecher jede Hoffnung abschneidenden Freiheitsstrafen im Strafgesetzbuch durchgesetzt zu haben, ein schauerliches Denkmal des gefühllosen Doktrinarismus. Aber auch minder akademisch-konsequent denkende Kriminalisten spotten heute über jeden Versuch, den Verbrecher zu bessern. Sie wollen ihn, wenn nicht unschädlich machen, so doch ausschliesslich abschrecken und fordern deshalb möglichst häufige Anwendung der Todesstrafe, Verlängerung der Freiheitsstrafen und ihre Verschärfung durch allerhand körperliche Qualen, und wollen wie Mittelstätt das Gefängniss mittels Prügel, Hunger und harter Arbeit zu einer Stätte des Schreckens machen, wenn sie auch nicht Alle so weit gehen wie er, sogar über die Reinlichkeit in den Zuchthäusern zu eifern. Der Umstand, dass diese Bestrebungen von Manchen mit der Bibel und allerhand altmodischen Reminiscenzen gerechtfertigt werden, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese ausschliessliche Hochschätzung materieller Mittel im Grunde ganz modern ist, die Kehrseite der grossartigen praktischen Bedeutung, die die Einblicke der Naturwissenschaft in das materielle Leben genommen haben.

In derselben Weise dient die Auffassung, die in der modernen Soziologie wirkt, heut vielfach als Sturmbock gegen die individuelle Freiheit. Der Einzelne soll der Gesellschaft gegenüber keine Ueberzeugung und kein Recht besitzen. Namentlich für das Organ der Gesellschaft, den modernen Staat, wird eine erdrückende Uebergewalt dem Individuum gegenüber in Anspruch genommen. In diesen Ideengang passt die Einräumung immer schrankenloserer und ganz unkontrollirbarer Machtbefugnisse an die herrschende Bureaukratie und die damit verbundene Zurückdrängung des Laienelements auf der Rechtsprechung. Sicher spielen auch hier die Interessen der herrschenden Klassen mit: in ihrer Hand liegen die Machtmittel des Staates, und jeder Angriff gegen sie gilt ihnen als Untergrabung der Gesellschaft. Kein Wunder, dass man es heute als einen besondern Fortschritt betrachtet, die politischen und Pressdelikte sowohl in der Art ihrer Aburtheilung als in der Art des Strafvollzuges den gemeinen Verbrechen möglichst gleich zu stellen. Es sind ja die allergefährlichsten Verletzungen der „Gesellschaft“, und dass dabei Ideale vertreten wurden, darin sieht der herrschende Materialismus nichts besonders Anerkennenswerthes.

Es ist wohl überflüssig, hier die handgreiflichen Irrthümer aufzuzählen, die einem solchen Missbrauche der materialistischen und soziologischen Auffassung zu Grunde liegen. Mir kam es blos darauf an, auf den Zusammenhang zwischen dieser gegen die grossen Gedanken des alten Liberalismus gekehrten reaktionären Bewegung mit denselben modernen Ideen hinzuweisen, aus denen wir entgegengesetzt revolutionäre Schlüsse ziehen.

Dabei weiss ich natürlich ganz gut, dass kaum die Theoretiker des Strafrechts und Strafprozesses, die sich unter den Gegnern finden, sich bewusst durch die prinzipiellen Erwägungen materialistischer und soziologischer Art leiten lassen; die grosse Masse folgt jedenfalls unbewusst

ihrem reaktionären Triebe. Aber auch ihr Denken und Empfinden steht unter dem Einflusse der geistigen Umwelt, in der sie lebt.

Die Sozialdemokratie hat sich von allen Parteien am meisten Interesse für kriminalpolitische Fragen bewahrt. Kein Wunder, hat sie doch am meisten Berührung mit den Klassen und Berufen, die als Vivisektionskarnickel verfehlter Gesetzgebungen dienen müssen, mit den breiten, der Bildung entbehrenden, in unsicherer Lage lebenden Volksmassen und mit den Männern des freien Wortes in Rede und Schrift. Aber ziemlich beschränkt sind auch in unsrer Parteilitteratur die Gesichtspunkte, die in der allgemeinen Diskussion stehen. Auf dem Gebiete des formellen Strafverfahrens beschränken wir uns im Allgemeinen auf die stets wiederholte Forderung, dass die Berufung gegen Strafurtheile eingeführt werden müsse, wo sie noch nicht bestehe, und auf das Verlangen der Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Auf dem Gebiete des materiellen Strafrechts begnügen wir uns oft mit der Doktrin, dass zusammen mit der heutigen Gesellschaft auch die Verbrechen verschwinden würden, einem Satze, der als Zukunftsprophezeiung sich aller Kontrolle entzieht und jedenfalls keine Richtschnur für die Gegenwart enthält. Wenn wir daneben verlangen, dass man die Verbrechen bekämpfen müsse durch Unterbindung ihrer Ursachen, so ist der Satz zwar sicher richtig, aber so allgemein, dass er über die grosse Menge kriminalpolitischer Einzelprobleme nicht hinweghebt. Für diese selbst ist auch in unseren Reihen das Interesse nicht allzu leicht zu erwecken, weil sie nun einmal von einer gewissen Menge juristisch technischen Beiwerks nicht frei gehalten werden können, das Nichtfachleuten keinen angenehmen Diskussionsstoff bietet. So ist es wohl zu erklären, dass wir auch die mannigfaltigen Anregungen, die die Kriminalpolitik gerade aus der sozialen Forschung empfangen hat, unseren Theils noch nicht in grösserm Maasse zu kritischen Erörterungen oder gar zu positiven gesetzgeberischen Vorschlägen ausgenutzt haben. Im Ganzen sind wir in diesen Fragen zur Zeit konservativ, d. h. wir suchen das, was vom alten Liberalismus geschaffen worden ist, möglichst zu erhalten. Gegenüber dem fortwährenden Anstürme der herrschenden Klassen und Parteien gegen die wenigen Errungenschaften des Liberalismus befinden wir uns in der Defensive.

Die giebt uns freilich auch genug Arbeit und nöthigt zu ununterbrochener Wachsamkeit. Es fehlt der Reaktion weder an Keckheit noch an Schlaueit, und sie liebt es, wenn auf irgend einem Gebiete gewisse Uebelstände hervortreten, bei den Versuchen zu deren Bekämpfung zugleich ihr Schäfchen zu scheeren.

Die Neigung, soziale Krankheiten mit den Gewaltmitteln möglichst scharfer Strafgesetze zu bekämpfen, zeigt sich besonders jetzt wieder bei dem geschmackvoller Weise nach dem berüchtigten Zuhälter Heinze genannten Gesetze und bei der sogenannten lex Salisch. Die lex Heinze ist bekanntlich eine Folge des vor sieben Jahren in Berlin abgehandelten Mordprozesses gegen eine berüchtigte Dirnen- und Zuhältergesellschaft. Auf die sensationelle Verhandlung dieses Prozesses folgten alsbald eine kaiserliche Kundgebung gegen die Unsittlichkeit und dann eine Reihe von Entwürfen, theils der Regierung, theils der klerikalen und konservativen

Politiker, die sich gelobt hatten, die Unsittlichkeitspest mit Stumpf und Stiel auszurotten. Wie es bei uns zu sein pflegt, ging der Entwurf in seinen verschiedenen Fassungen weit über die ursprüngliche Veranlassung und die Aufgabe, die sie allenfalls der Gesetzgebung hätte stellen können, hinaus, und allerhand reaktionäre Herzenswünsche sollten mit Hilfe des allgemeinen Entsetzens über die im Heinzeprozess enthüllten Zustände gleich mit unter Dach und Fach gebracht werden. Es ist anerkennenswerth, dass der Reichstag soviel kaltes Blut besessen hat, sich darauf nicht einzulassen. Die Regierung war in der That, namentlich bei dem ersten Entwurfe, nicht blöde in ihren Forderungen. Sie verlangte nicht weniger, als dass bei allen Vergehen, „die auf eine besondere Rohheit oder Sittenlosigkeit schliessen liessen“, alle möglichen quälenderen Verschärfungen bei Vollzug der Freiheitsstrafe, z. B. Lattenarrest, zulässig sein sollten. Selbst als die Kommission eine etwas genauere Präzisierung der Strafthaten, auf die sich das beziehen könnte, vornahm, wurde der Kreis immer noch so weit gezogen, dass z. B. die Streikvergehen aus § 240 des Strafgesetzbuchs darunter gefallen wären.

Die Regierung und die anderen Freunde der lex Heinze haben nun wohl eingesehen, dass sie damit nicht durchdringen können, und haben auf einen so erzreaktionären Vorschlag verzichtet, aber das Gesetz enthält auch so noch genug des Bedenklichen. Zweifellos ist das Treiben des Zuhälterthums eine der schauderhaftesten Erscheinungen, die das moderne Grosstadtleben hervorgebracht hat; eine Schule des gewerbmässigen Verbrecherthums von garnicht zu unterschätzender sozialer Gefahr. Nun hat aber bereits seit einer Reihe von Jahren in unsrer Gerichtspraxis eine Auslegung des Kuppelei-Paragraphen Anwendung gefunden, die es gestattet, jeden Zuhälter wegen Unterstützung der Unzucht mit Gefängniss bis zu fünf Jahren zu bestrafen. Wozu es da einer Verschärfung durch Einführung einer erhöhten Minimalstrafe bedarf, ist schlechterdings nicht einzusehen. Ebenso unnöthig ist die Zulassung der polizeilichen Nachhaft oder sogenannten Korrektionshaft, die die Regierung fordert. Mindestens sind diese Bestimmungen gleichgiltig und würden nicht den Lärm lohnen, der mit diesem Gesetze gemacht wird. Aber die eigentlichen reaktionären Absichten liegen ja auf ganz anderm Gebiete, in den Bestimmungen, welche die Bestrafung sogenannter unsittlicher Schaustellungen und der Nuditäten in Kunst und Litteratur bezwecken. Wir sind wahrlich in dem § 184 des Strafgesetzbuchs, der die Verbreitung unzuchtiger Schriften bestraft, schon mit einem Kautschukgesetze gesegnet, das bei der heutigen Auslegung an sich eine Gefahr für die Wahrheit in Wissenschaft und Kunst darstellt; Canovas Drei Grazien, Goethes Tagebuch, Heinses Ardinghello, Novellen von Maupassant, rein wissenschaftliche Aufsätze und Abbildungen über das Geschlechtsleben sind ihm schon zum Opfer gefallen, und die Prinzipien, die die Judikatur aufgestellt hat, gehen so weit, dass man sich wundern muss, wenn nicht weit mehr Unfug damit geschieht. Offenbar ist es die Furcht vor dem allgemeinen Gelächter, was Bocaccio, Wieland und Goethes römische Elegien heut noch schützt. Aber wie lange?

Trotzdem genügt das den klerikalischen Herren und der Regierung noch immer nicht. Abgesehen von anderen Verschärfungen des Gesetzes wollen

sie schon die öffentliche Ausstellung solcher Schriften, Abbildungen und Darstellungen bestrafen, welche, „ohne unzüchtig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen“. Für diese Unzüchtigkeiten zweiten Grades irgend eine juristisch greifbare Definition zu finden, war natürlich unmöglich, die „Verletzung des Schamgefühls“ kann ich als solche nicht anerkennen. Man will einfach dem Gesetze jegliches Rückgrat nehmen und der Denunziationswuth einer unkeuschen Prüderie die letzten Schranken wegräumen. Wo heut der Richter nicht verurtheilen würde, weil nichts Unzüchtiges vorliegt, da soll irgend eine alte Betschwester männlichen oder weiblichen Geschlechts beschwören können, ihr Schamgefühl wäre verletzt, um die grossartigsten und reinsten Kunstwerke der Verurtheilung zu überantworten. Dieser lächerliche und ganz undeutsche Widerwille gegen das Fleisch, der mit dem Erstarken des Klerikalismus bei uns Mode geworden ist, hängt freilich weder mit materialistischen noch mit soziologischen Prinzipien zusammen, in ihm steckt nichts wie reaktionäre Bosheit. Den Widersinn dieser Vorschläge zu erweisen, kann nicht Aufgabe einer wissenschaftlichen Revue sein; die Lustigen Blätter haben das mit durchschlagendster Wirkung besorgt, als sie im Bilde einen Schutzmann vorführten, der den Schwan aus Correggios Leda arretirte.

Aber wie spasshaft, dass sich die Väter dieser Narrheit als Verehrer unseres grossen deutschen Mittelalters geberden. Freilich, mit der Berufung auf Walters von der Vogelweide herrliches:

Under der linden  
An der heide  
Da unser zweier bette was

wird man diesen Leuten nicht kommen dürfen. Sie sind dem kecken Revolutionär mit zerrissenen Schuhen spinnefeind, seit er gesagt hat:

nü seht ir, waz der pfaffen werk und was ir lère si . . . .  
ir pfaffen ezzent hünr und trinkent win  
unde lânt die tiutschen vasten.

Ich brauche aber mit solchen Leuten überhaupt nicht zu debattiren; um mit dem grössten Dichter der katholischen Zeit Deutschlands zu reden, würde ich lieber Mönch in Dobrilugk.

Ernsthafter ist die in der lex Heinze behandelte Frage der Bestrafung von Arbeitgebern und Dienstherren sowie deren Vertretern, die unter Missbrauch ihrer autoritativen Stellung ihre Arbeiterinnen zu unzüchtigen Handlungen verleiten. Ist auch die Stellung eines Prinzipals nicht völlig der eines Lehrers oder Vormundes oder eines Beamten an einer öffentlichen Anstalt gleich zu achten, so zeigt doch ein Missbrauch ihres Ansehens zu solchem Zwecke einen so grossen Mangel an sittlichem Gefühl, dass eine Strafandrohung wohl am Platze erscheint. Dies umsomehr, als die letzten Jahre eine ganze Anzahl von Fällen zur Sprache gebracht haben, in denen Unternehmer mit der Ehre ihrer weiblichen Angestellten in wahrhaft nichtswürdiger Weise verfahren sind. Klerikale und Sozialdemokraten stimmten hierin überein, wogegen die Regierung mit Leibeskräften sich gegen diesen Vorschlag wehrte, unterstützt von den Vertretern der eigentlich kapitalistischen Parteien. Es ist ja nicht zu leugnen, dass eine solche Strafbestimmung zu falschen Denunziationen und zu Erpressungen ausgenutzt werden kann, dies gilt aber von einer ganzen Reihe andrer

bestehender Strafgesetze, z. B. in weit höhern Grade, als es hier je zu befürchten wäre, von der beliebten Majestätsbeleidigung, ohne dass bisher die Regierung auf den Gedanken verfallen wäre, dieses Strafgesetz deshalb aufzuheben. Es müsste Sache einer verständigen Rechtsprechung sein, sich nicht zu schändlichen Zwecken missbrauchen zu lassen. Ueber andere mehr nebensächliche Bestimmungen des Gesetzes gehe ich hier hinweg.

Regen sich die Klerikalen besonders über die Unsittlichkeitspest auf, so entrüsten sich die Konservativen über die Meineidspest. Soweit sie der Ansicht sind, Meineide besser als bisher verhüten zu können, wenn sie die Zeugen nach der Vernehmung den Eid leisten lassen, was bis jetzt vorher geschieht, ist das eine technische Frage ohne allgemeineres Interesse. Wichtiger sind andere Vorschläge des unter dem Namen des Abgeordneten von Salisch bekannten Gesetzentwurfs. Die Zunahme der Bestrafungen wegen Meineids hält sich völlig in den Grenzen, die nach der Zunahme der eidlichen Zeugenvernehmungen und der Parteieide von vornherein vorausgesetzt werden muss, deshalb will man die Abnahme von Eiden nach Möglichkeit beschränken. Darüber liesse sich nun sehr wohl reden, auch wenn man den wesentlich von religiösen Erwägungen ausgehenden Standpunkt der Antragsteller nicht theilt. Die Wege aber, die dazu eingeschlagen werden, sind verfehlt, und vor allen Dingen wird auch hier wieder mit einem ganz guten Gedanken ein Versuch verquickt, den Richtern eine ungeheure Machtbefugniß einzuräumen und die Grundlage des aus der liberalen Zeit stammenden Prozessverfahrens zu untergraben. Man beabsichtigt nämlich, zwei Arten von Aussagen zu schaffen, ausser den eidlichen in der bisherigen Weise noch uneidliche, die aber dadurch Bedeutung erhalten sollen, dass man auch die Abgabe falscher uneidlicher Aussagen mit Strafe bedroht. Es soll dem Gericht gestattet sein, durch einstimmigen Beschluss die Vereidigung eines Zeugen abzulehnen. Es liegt auf der Hand, in welcher Weise dies das Urtheil von persönlichen Vorurtheilen der Richter abhängig machen müsste. Dass der Richter dem Falle mit einer gewissen vorgefassten Meinung entgegentritt, ist nur natürlich; das Verfahren muss deshalb so eingerichtet sein, dass er genöthigt wird, nach objektiv erhobenen Beweisen aus diesen ein neues selbständiges Urtheil zu schöpfen. Das kann er erst, wenn ihm die Zeugenaussagen äusserlich gleichwerthig gegenüber stehen, und er nun beginnt, ihre innerliche Wahrscheinlichkeit zu prüfen. Wird es seinem Belieben überlassen, Zeugen, deren Aussage seinen Erwartungen widerspricht, als unglaubwürdig nicht zu beedigen, oder Punkte, die er für unerheblich hält, von der Feststellung durch beeedigte Zeugen auszuschliessen, so kommt er nie zu einer völlig objektiven Grundlage für sein Urtheil, denn er wird die Aussagen, die unbeeedigt geblieben sind, weil es ihm so beliebt hat, dieser Nichtbeedigung wegen ausscheiden und sein Urtheil lediglich auf die Aussage der vereeidigten Zeugen aufbauen. Der ganze Schwerpunkt einer Verhandlung würde bei dieser Bestimmung nicht in die Berathung über die Schuldfrage, sondern in die vorhergehende Berathung über die Vereidigung der Zeugen verlegt werden. Am gefährlichsten würde das aber da wirken, wo das über die Beedigung beschliessende Gericht nicht dasselbe ist, das den Spruch fällt, im schwurgerichtlichen Verfahren.



Wenn die Regierung besondern Werth darauf legte, auch hier dem Gerichte diese Befugnisse einzuräumen, so bezeichnet das lediglich ein neues Glied in der Kette der Bekämpfung und Herabsetzung der Geschworenengerichtsbarkeit. Welchen Werth hätte die Berathung der Jury, wenn vorher die juristischen Mitglieder des Gerichts durch ihre Beschlussfassung über die Vereidigung kundgegeben hätten, welche Zeugenaussagen die Geschworenen für erheblich oder glaubwürdig zu halten hätten? Zudem kann man sich der Befürchtung nicht verschliessen, dass diese Einrichtung einer grossen und einer kleinen Zeugenpflicht durchaus nicht dazu beitragen würde, die Aussagen wahrheitsgemässer zu gestalten, dass dagegen unter dieser Zwiespältigkeit das Ansehen der Zeugenaussagen überhaupt erheblich leiden würde. Bis jetzt ist die Nichtvereidigung eine ganz seltene Ausnahme. Jeder Zeuge weiss, dass ihn die Strafe des Meineids erwartet, wenn er etwas Falsches bekundet. Nach Einführung der Neuerung würde bei den viel geringeren Strafen der uneidlichen falschen Aussagen Mancher die Neigung bekommen, es wenigstens einmal mit einer falschen Aussage zu probiren, in der Hoffnung, nachher nicht vereidigt zu werden. Die Reichstagskommission hat alle diese Bestimmungen genehmigt mit der Ausnahme, dass sie dem Gericht nicht das Recht bewilligt hat, vor den Geschworenengerichten die Zeugen unbeeidigt zu lassen. Dadurch ist zwar eine Gefahr beseitigt, aber die Prinziplosigkeit dieser Art von Gesetzmacherei tritt um so krasser zu Tage.

Eine gesetzgeberische Lösung, die statt einer Vereinfachung eine Komplizierung erstrebt und die richterliche Allmacht bis zur Möglichkeit der Willkür erhöht, kann nicht richtig sein. Das Problem ist ganz anders anzufassen.

Die religiöse Form des Eides, die auch dem Nichtgläubigen von Amtswegen aufgezwungen wird, bedeutet heut geradezu eine Abschwächung seiner Bedeutung. Sie appellirt an die Furcht vor den Höllenstrafen, die jetzt auch bei den Angehörigen kirchlicher Richtungen mehr und mehr schwindet. Diese Form muss fallen, was die Sozialdemokratie schon wiederholt verlangt hat.

Demnächst muss die drakonische Bestrafung der falschen Aussage gemildert werden. Sie hatte zwei Gründe: die religiöse Tradition strafte den Meineid vor Allem als Verbrechen gegen Gott, und das Gottähnlichkeitsbewusstsein der staatsleitenden Bureaukratie betrachtete die unwahre Aussage vor einer Behörde als persönliche Nichtachtung. Beide Auffassungen können für uns nicht maassgebend sein: die soziale Auffassung kommt gerade bei diesem Verbrechen zu ganz anderen Folgerungen.

Unzweifelhaft hat die Gesellschaft ein Recht auf Wahrheit gegen ihre Mitglieder und muss sie die Verletzung der Wahrheitspflicht unter Strafe stellen, aber die heutigen Strafandrohungen überschätzen die Bedeutung dieser Pflicht. Sie wiegt am Ende nicht so schwer, als die Pflichten gegen Leben und Gesundheit, Ehre und freie Ueberzeugung der Mitbürger, die bei uns täglich straflos übertreten werden dürfen. Unzählige seelisch oder materiell verständliche Entschuldigungsgründe stehen oft denen zur Seite, die ihre Wahrheitspflicht verletzen, Momente, denen die heutige maasslos harte Strafandrohung nicht genügend Rechnung trägt. Besonders schlecht steht aber solche Härte einer Gesellschaft an, in der

die sittliche Pflicht, frei und ohne Nebengedanken, dabei nach ruhiger leidenschaftsloser Prüfung das zu sagen, was man für wahr halten muss, im Allgemeinen so sehr wenig hoch im Kurse steht. Ist es ein zu hartes Urtheil, wenn ich die Meinung äussere, dass ein grosser Theil unserer Gesetze gerade dazu dienen soll, die Aussprache der Ueberzeugung schwer zu bestrafen, und ist es nicht eine Thatsache, dass die Wortführer einer maassgebenden Partei fordern, die Aeusserungen ehrlicher Ueberzeugung mit Verbannung und Verlust der politischen Rechte zu ahnden, ohne dass sie überall entrüsteten Widerspruch fänden? Eine Gesellschaft, die sich nicht scheut, ihre Mitglieder zu zwingen, ihre heiligsten Ueberzeugungen zu verleugnen, die darf es wahrlich nicht als eines der schwersten, ehrenrührigsten Verbrechen behandeln, wenn Jemand blos über Thatsachen Unwahres berichtet. Für gewisse durch besondere Niedertracht der Motive oder Schwere der Wirkungen ausgezeichnete Fälle mag man immerhin die schweren Strafandrohungen bestehen lassen, als Regel nicht.

Hat man auf diese Art eine neue Grundlage für die Behandlung der Wahrheitspflicht des Einzelnen gegen die Gesellschaft gewonnen, so möge man jeden Dualismus beseitigen und jede falsche Bekundung bestrafen. Als Korrelat müsste freilich das Recht der Verweigerung der Aussage weit über das bisherige Maass ausgedehnt werden, das gerade den wichtigsten sittlichen Pflichten keine Rechnung trägt. Schon dies würde die falschen Aussagen ganz erheblich vermindern. Die Kriminalstatistik, die ergibt, dass die eigentlichen Meineidsgegenden die sind, wo die Bildung am tiefsten steht, zeigt uns, wo die endliche Lösung der Frage zu suchen ist.

## Aerzte und Krankenkassen in Deutschland.

Von  
Curt Freudenberg.  
(Berlin.)

Die materielle Lage des deutschen Aerztestandes ist seit längerer Zeit eine recht traurige. Das beweisen die Berichte der ärztlichen Unterstützungskassen, die übereinstimmend feststellen, dass die verfügbaren Mittel sich gegenüber der grossen Zahl von Unterstützungsgesuchen als unzulänglich erweisen. Das bewies ferner vor einiger Zeit aufs Schlagendste eine Veröffentlichung aus den Steuereinschätzungslisten, nach welchen in Berlin bei dem weitaus grössten Theil der Aerzte das steuerpflichtige Einkommen aus der Berufsthätigkeit die Summe von 3000 Mk. nicht erreicht. Unter diesen Umständen ist man wohl berechtigt, von einer Proletarisirung des Standes zu sprechen, namentlich wenn man berücksichtigt, dass von dem steuerpflichtigen Einkommen eigentlich noch eine Quote für die Amortisation der Kosten des Studiums abgeht, und dass aus dem unvermeidlichen „standesgemässen“ Leben gewisse Mehrkosten erwachsen.

Trotzdem ist dem grossen Publikum bis vor kurzer Zeit die soziale Misère des Aerztestandes unbekannt geblieben. Im Gegentheil: in weiten Kreisen hielt man noch immer den Spruch: dat Galenus opes für zutreffend, auch als der grossen Mehrheit der Jünger Galens dieser Satz schon längst als ein „Märchen aus uralten Zeiten“ erschien. Infolgedessen nahm auch der Zudrang zum medizinischen Studium nicht ab, sondern stieg sogar unter dem Einfluss sozialer

und politischer Faktoren noch immer weiter. Es kann hier nicht eine erschöpfende Darstellung aller der Umstände gegeben werden, welche auf diese Entwicklung von Einfluss waren. Nur das Folgende sei hervorgehoben. Je schwieriger und unsicherer durch die wirthschaftliche Entwicklung die Erlangung einer unabhängigen Existenz in Handel und Gewerbe wurde, je mehr sich namentlich die Anforderungen an Betriebskapital u. s. w. steigerten, desto stärker wurde aus den Kreisen der mittlern und kleinen Bourgeoisie der Zufluss zu den akademischen Berufen; denn sie erforderten ausser den Ausbildungs- und ersten Einrichtungskosten kein besonderes Anlagekapital, sodass das materielle Risiko ein begrenztes war. Die Medizin hatte ihren wohlgemessenen Antheil an diesem Zufluss, da sie von behördlichen Einflüssen verhältnissmässig frei ist, und da ausserdem die ständigen Mittheilungen der Tagespresse über neue medizinische Erfolge — besonders solche der Chirurgie und Bakteriologie — den Beruf besonders ausichtsreich und verlockend erscheinen liessen. Auch der Antisemitismus trug zur „Ueberfüllung“ des Aerztestandes bei; je mehr Berufe den Juden verschlossen wurden, um so mehr wandten sie sich denjenigen zu, in welchen das Vorurtheil weniger von Bedeutung war, und zu diesen gehörte in erster Linie die Medizin.

So wuchs denn die Zahl der Aerzte in Deutschland von 13728 im Jahre 1876 auf 15100 im Jahre 1883 und 25757 im Jahre 1898. Also eine Vermehrung, die im Vergleich zur Bevölkerungszunahme enorm zu nennen ist. Trotzdem kann man eigentlich nicht sagen, dass wir zu viel Aerzte haben, dass eine thatsächliche Ueberproduktion besteht. Noch immer entfallen auf den Arzt in Deutschland mehr als 2000 Einwohner. Das ist eine Zahl, die dem einzelnen Arzte ein mehr als ausreichendes Arbeitsfeld bieten könnte, insbesondere dann, wenn in grösserm Umfange Gesundheitsaufseher, ärztliche Gewerbeinspektoren, Schulärzte Verwendung finden würden, kurz, wenn mehr als bisher für die öffentliche Gesundheitspflege geschähe. Nicht Ueberproduktion, sondern Unterkonsumtion trägt die Schuld daran, dass ein grosser Theil der Aerzte ungenügend beschäftigt ist, und bedingt somit die Nothlage des Standes. Mit einem Schlage würden die Klagen der Aerzte über mangelnde Beschäftigung aufhören, wenn die 9. Forderung im zweiten Theile unseres Programmes: Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung, einschliesslich der Geburtshilfe, Gesetzeskraft erlangt.

Es muss gleich hier auf einen Faktor hingewiesen werden, der namentlich die Nothlage der jüngeren Aerzte verschuldet: die ungleichmässige Vertheilung der Praxis auf die einzelnen Aerzte. Die vermehrte Inanspruchnahme der älteren Aerzte ist durchaus nicht allein, vielleicht nicht einmal überwiegend, die Folge des grössern Vertrauens, welches die Kranken der reifern Erfahrung des alten Praktikers entgegenbringen, sondern sie wird mindestens theilweise mit bedingt durch Verhältnisse, welche das Krankenversicherungsgesetz geschaffen hat. Dieses Gesetz stellt es nämlich in seinen §§ 6a und 26 a der Gemeindekrankenversicherung, bezw. den Ortskrankenstellen frei, die ärztliche Behandlung der erkrankten Mitglieder „bestimmten Aerzten“ anzuvertrauen, und so alle anderen Aerzte von der Kassenpraxis auszuschliessen. Von diesem Recht haben nun die Kassen den weitgehendsten Gebrauch gemacht, namentlich überall dort, wo überhaupt eine grössere Zahl von Aerzten in Frage kam: in den mittlern und grossen Städten. Was nach dem Wortlaut des Gesetzes als zulässige Ausnahme erscheinen musste, ward zur Regel: die Kassenpraxis wurde fast überall das Privileg verhältnissmässig weniger „bestimmter“

Aerzte. Allerdings konnten auch die glücklichen Besitzer des Privilegs nicht recht froh werden. Eine grosse ärztliche „Reservearmee“ lauerte auf jede freierwerdende Kassenarztstelle, sodass die Inhaber der Stellen mit dem gebotenen Gehalt zufrieden sein mussten und kaum wagen konnten, in eine Bewegung zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten. Die Bezahlung der kassenärztlichen Leistungen war daher im Grossen und Ganzen eine recht niedrige; da aber infolge der beschränkten Zahl der Kassenärzte jedem Einzelnen eine verhältnissmässig grosse Arbeitslast aufgebürdet wurde, so erreichte die dafür gewährte Pauschalsumme — meist ein Fixum — immerhin einen Betrag, der bei der heutigen wirthschaftlichen Lage des Aerztestandes ins Gewicht fiel. Ausserdem aber kann der Besitz einer Kassenarztstelle ausserordentlich förderlich sein für die Erlangung von Privatpraxis. Die als Kassenmitglieder dem Arzte überwiesenen Kranken führen ihm, wenn sie mit der Behandlung zufrieden sind, ihre ausserhalb der Kassen stehenden Familien zu und empfehlen ihn auch in anderen Kreisen. So erwächst also den Aerzten, die nicht das Glück haben, bei dem Wettrennen um Kassenarztstellen als Sieger durchs Ziel zu gehen, ein doppelter Nachtheil. Sie bleiben nicht allein von der Kassenpraxis ausgeschlossen, die in Deutschland gegenwärtig nahezu  $\frac{1}{6}$ , in den grossen Städten sogar einen noch grösseren Bruchtheil der Bevölkerung umfasst, sondern es wird ihnen auch ungeheuer erschwert, Privatpraxis zu erlangen. Denn früher wurden die Hilfeleistungen des jungen, noch unbekanntes Arztes noch am ehesten von Angehörigen des Proletariats in Anspruch genommen, die mit dem Wohnungswechsel vielfach aus leicht verständlichen Gründen — Zeitmangel, Besorgniss vor höheren Kosten u. s. w. — auch den Arzt wechselten und sich dabei häufig einfach an den am nächsten wohnenden wandten.

Dass unter diesen Umständen ein eifriges Hasten und Jagen nach jeder erledigten Kassenarztstelle stattfindet, ist klar. Es kann dabei als Regel gelten, dass, wer an einem solchen Wettrennen theilnimmt, sich aller Vortheile bedient, die ihm durch seine persönlichen Beziehungen — freundschaftliche oder verwandtschaftliche — zum Kassenvorstand oder zu einflussreichen Kassenmitgliedern geboten werden. Dabei findet man auch weiter nichts Besonderes. Sittliche Entrüstung stellt sich erst dann über diese Dinge ein, wenn ein sozialdemokratischer Kassenvorstand sozialdemokratischen Aerzten wegen ihrer politischen Stellung den Vorzug giebt. Dass auch eine solche Handlungsweise unberechtigt und zu verurtheilen ist, muss ohne Weiteres zugegeben werden. Darüber aber wird man doch nicht im Zweifel sein können, dass in diesem Falle keinesfalls die Sozialdemokratie das Karnickel gewesen ist, welches angefangen hat. Lange, bevor auf diesem Gebiete Sozialdemokraten nur daran denken konnten, ihren wirthschaftlichen Einfluss zu politischen Zwecken zu gebrauchen, sind von gegnerischer Seite — von der Regierung angefangen, über die konservativen Grossgrundbesitzer und die Industriebarone bis herunter zu den „freisinnigen“ Stadtverwaltungen — derartige Bevorzugungen politischer Freunde vorgenommen worden.

Aber es kamen auch noch ganz andere Dinge vor. Da der gerade Weg bei dem grossen Andrang im Ganzen ziemlich aussichtslos erschien, zog eine glücklicher Weise recht kleine Zahl von Bewerbern Wege vor, die krumm waren, aber den Vorzug hatten, zum Ziele zu führen. Die Ansicht fand wenigstens in Aerztekreisen weiteste Verbreitung, dass auf die Besetzung von Kassenarztstellen auch solche Mittel bisweilen Einfluss hatten, deren moralische Beur-

theilung nicht mehr zweifelhaft ist. Thatsachen, die diese Ansicht stützten, konnte man allerdings nur selten beibringen, aber das war eigentlich auch nicht wunderbar. Vorgänge solcher Art spielen sich ja meistens ohne Zeugen ab.

Die Erkenntniss dieser schweren wirthschaftlichen und sittlichen Gefahren zeitigte dann im Schosse des Aerztestandes selbst eine Abwehrbewegung, welche durchaus logisch die Besserung der materiellen Verhältnisse in den Vordergrund stellte. Ihr Losungswort lautete: Freie Arztwahl, ihr Ziel war, für die Kassenpraxis wieder dieselben Verhältnisse zu schaffen, wie sie vor dem Krankenkassengesetz bestanden hatten und für die Privatpraxis noch bestanden. Jedes Kassenmitglied sollte in Krankheitsfällen seinen Arzt unter allen denen frei wählen können, die sich zu vereinbarten Bedingungen der Kasse zur Verfügung stellten. Als Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, bot sich gewissermassen von selbst die Agitation unter den Kassenmitgliedern, welche ebenfalls mit dem Kassenarztsystem recht unzufrieden waren. Auch ihre Missstimmung war eine selbstverständliche Folge des Systems, welches die angestellten Aerzte zu abhängigen Beamten des Kassenvorstandes machte und sie daher zwang, stets in allererster Linie Rücksicht auf das Wohl der Kasse zu nehmen. Denn nach Ansicht sehr vieler Kassenvorstände besteht das Wohl der Kassen allein darin, dass es gelingt, ein möglichst grosses Kassenvermögen bei möglichst niedrigen Beiträgen möglichst schnell anzusammeln, und so war Rücksicht auf das Wohl der Kasse gleichbedeutend mit grösster Sparsamkeit. Diese Sparsamkeit kann aber wiederum, zu weit getrieben, dem Interesse des Kranken zuwiderlaufen, und dieser Fall trat nach Ansicht der Kassenkranken häufig genug ein. Ob so häufig, wie angenommen wird, bleibe ganz dahingestellt; jedenfalls war das Misstrauen einmal da und störte aufs Schwerste die Beziehungen zwischen Arzt und Kranken. Dazu kam ferner noch, dass den Kassenärzten nicht selten eine Arbeitslast aufgebürdet war, deren ordnungsmässige Erledigung thatsächlich zu den Unmöglichkeiten gehörte. Wo dies nicht der Fall war, da verführte wiederum die elende Bezahlung viele Kassenärzte dazu, ihre Bemühungen auf das zulässige Mindestmaass zu beschränken und Alles darüber Hinausliegende thunlichst zu vermeiden. Natürlich entging es auch den Kassenkranken nicht, dass ihre Behandlung vielfach als unangenehme Last empfunden wurde, und so wuchs ihr Misstrauen und ihre Abneigung gegen die Kassenärzte. So klang es sehr verständlich, dass nur die gänzliche Beseitigung des Kassenarztsystems und die Gleichstellung der Kassenpraxis mit der Privatpraxis durchgreifende Besserung schaffen könne. Und die Agitation für freie Arztwahl hatte daher überraschend schnelle Erfolge. Die Bewegung begann in Berlin im Jahre 1891, den ersten praktischen Versuch machte im Jahre 1892 eine Ortskrankenkasse mit 15 000 Mitgliedern, und im Jahre 1894 hatten in Berlin insgesamt etwa 140 000 Kassenmitglieder — mehr als ein Drittel der versicherungspflichtigen Bevölkerung — freie Arztwahl. Dann allerdings begann unter dem Einfluss der Gegner ein Rückschlag, dessen Folgen auch jetzt noch nicht ganz überwunden sind.

Diese Gegner erhoben in allererster Linie den Einwand, dass die freie Arztwahl die Krankenkassen finanziell ruiniren müsse. Dadurch, dass der einzelne Arzt vom Kassenvorstand vollkommen unabhängig, dagegen von dem Wohlwollen der Kranken abhängig wird, sollte für den Arzt die Verlockung entstehen, sich dieses Wohlwollen durch zu weit gehende Konnivenz gegen die Wünsche des Kranken zu erringen. Dies würde die Krankenkassen insofern

schädigen, als einmal Arzneivergeudung und zu freigebige Verschreibung von sogenannten Stärkungsmitteln (Milch u. s. w.) stattfinden würde, zweitens die Simulation befördert werden würde u. s. w.

Die Behauptung, dass die freie Arztwahl mit erheblichen Mehrkosten verknüpft sein würde, ist nun jüngst von einem Vorstandsmitgliede einer hiesigen Kasse, J. B. Astor<sup>1)</sup>, an der Hand des vorhandenen statistischen Materials eingehend auf ihre Richtigkeit geprüft worden. Astor kommt dabei zu dem Schlusse, dass die freie Arztwahl, „welche eine dem allgemeinen Fortschritte der Zeit entsprechende, menschenfreundlichere ärztliche Behandlung der Arbeiter erreichte, sich auch finanziell aufs Glänzendste bewährt hat“. Aber selbst wenn man zugeben wollte, dass eine kleine Etatserhöhung infolge der freien Arztwahl eintreten könne, so ist jedenfalls die Behauptung nach nunmehr siebenjährigem Bestehen des Systems nicht aufrecht zu erhalten, dass das System die Kassen ruiniert. Und gegen eine kleine Beitragserhöhung haben die versicherten Arbeiter meist keinen besondern Widerspruch erhoben, wenn ihnen dafür ein so erheblicher Vortheil geboten werden konnte, wie ihn die freie Arztwahl darstellt. Der Widerstand, der in Berlin im Jahre 1895 das bis dahin Errungene wieder theilweise vernichtete, kam überwiegend von ganz anderer Seite. Die sich damals zu gemeinsamer Miniarbeit zusammenfanden, bildeten eine recht bunt zusammengewürfelte Gesellschaft. Alle schützten sie das finanzielle Interesse der Kassen vor, und dabei hatte jede Gruppe ihren besondern Beweggrund. Da waren zunächst die bisherigen Kassenärzte, welche durch die freie Arztwahlbewegung aus ihren bisherigen Stellungen verdrängt, bezw. in denselben bedroht waren, und daher dieser Reform gerade keine allzu freundlichen Gefühle entgegenbrachten. Da waren ferner die Vertreter der Arbeitgeber in den Kassenverwaltungen, die von den Kassenärzten nicht behandelt wurden und daher an einer Verbesserung des Kassenarztsystems nicht weiter interessirt waren; wohl aber hatten sie ein Interesse an möglichst niedrigen Beiträgen, da sie selbst ein Drittel von diesen aus eigenen Mitteln zahlen müssen. Die Arbeitgeber fanden Bundesgenossen in den durch ihre Geschäftskennntniss einflussreichen Kassenrendanten, welche bis dahin gewissermaassen die Hoheitsrechte der Kasse über die Aerzte ausgeübt hatten, und daher an dem Fortbestande des Abhängigkeitsverhältnisses ein idelles und wohl häufig auch materielles Interesse hatten. Unterstützt, ja geradezu angefeuert wurde der Widerstand der Kassenverwaltungen weiter durch die „untere Verwaltungsbehörde“, den „freisinnigen“ Berliner Magistrat, für dessen Stellung — neben persönlichen Rücksichten — wohl der Wunsch entscheidend war, die sonstigen Ausgaben der Krankenkassen zu beschränken und ihnen so eine Verlängerung der Unterstützungsdauer über die „gesetzliche Mindestleistung“ — 13 Wochen — hinaus zu ermöglichen; denn jede solche Verlängerung bedeutete für die Stadt eine Ersparniss an Armenunterstützung.

Für diese vier Gruppen war also die Rücksicht auf die Kassenmitglieder nicht maassgebend. Zu ihnen gesellte sich aber endlich, auch in Berlin, ein Kontingent der versicherten Arbeiter, das, ebenfalls unter Hinweis auf die Kosten, der Einführung der freien Arztwahl Widerstand entgensetzte. Ihre Haltung erschien nun den Aerzten am wenigsten verständlich, und man war daher leicht geneigt, dahinter unlautere Motive: Bestechung u. s. w. zu wittern. Dass der-

<sup>1)</sup> Joh. Bapt. Astor: Zur Geschichte und Statistik der freien Arztwahl in Berlin. Berlin 1899; Siemenroth & Troschel.

artige Dinge in vereinzeltten Fällen mitgespielt haben, ist möglich, ja wahrscheinlich. Dass sie aber allein oder auch nur für den grössern Theil der Widerstrebenden bestimmend gewesen sind, ist schon deshalb mehr als unwahrscheinlich, weil bei näherer Betrachtung der Widerstand viel verständlicher wird. Die Arbeiter, welche sich aus finanziellen Gründen gegen die freie Arztwahl sträubten, waren meist solche, die schon längere Zeit als Delegirte oder Vorstandsmitglieder thätig waren und sich dabei allmählich Anschauungen zu eigen gemacht hatten, die man als „fiskalische“ zu bezeichnen pflegt. Für sie hatte die Kasse aufgehört, Mittel zum Zweck zu ein; sie war Selbstzweck geworden, und die Interessen der Kassenmitglieder mussten hinter die der „Kasse“ im eigentlichen Sinne des Wortes zurücktreten.

Auf die Haltung der Aerzte blieb die Stellungnahme dieses Theils der Arbeiterschaft so lange ohne Einfluss, als überall, wo es überhaupt gelang die Agitation in Fluss zu bringen, die Mehrheit der Kassenmitglieder für die freie Arztwahl Partei ergriff. Das änderte sich jedoch wie mit einem Schlage, als kurz hintereinander in mehreren Städten des rheinischen Industriebezirks ernste wirtschaftliche Differenzen zwischen Kassenverwaltungen und Aerzten vorkamen; denn diese Differenzen — die zu den Aerztstreiks in Iserlohn, Barmen und Remscheid führten — waren überwiegend die Folge jenes „Fiskalismus“ — sit venia verbo — der Arbeiter-Delegirten und Vorstandsmitglieder. Was bei den Berliner Arbeitern sich sporadisch und in ziemlich harmloser Form gezeigt hatte, das trat hier als ausgebildete Massenerkrankung auf. Und diese Entwicklung knüpfte sich an den Namen des Dr. Landmann in Elberfeld, dem es gelungen war, jene fiskalischen Kassenverwaltungsanschauungen in ein System zu bringen und ihnen eine wissenschaftliche oder wissenschaftlich klingende Begründung zu geben.<sup>2)</sup>

Landmann ging bei seinen Reformvorschlägen davon aus, dass das Vertrauen zum Arzte schon deshalb für die Heilung des Kranken bedeutungslos sei, weil die vorbeugende und heilende Thätigkeit des Arztes heutzutage in 99 von 100 Fällen an den wirtschaftlichen Verhältnissen scheitern muss. Wenn gleich daher in der Einleitung betont wird, dass die Krankenkassen das zwiefache Interesse haben, „ärztliche Hilfe erstens möglichst billig und zweitens in möglichst guter Qualität zu erhalten“, so bewegen sich doch die Reformvorschläge so gut wie ausschliesslich in der Richtung, möglichste Verbilligung der ärztlichen und überhaupt der gesammten Kassenleistungen zu erzielen. Zu diesem Zwecke soll nur eine sehr beschränkte Zahl — 1 auf 3000—4000 Kassenmitglieder — „beamteter Kassenärzte“ angestellt werden, die in ihrer Existenz ganz von der Kassenverwaltung abhängen sollen und Privatpraxis nicht treiben dürfen.

Oben wurde bereits darauf hingewiesen, wie schon heute das gerade die Kassenmitglieder am meisten gegen die Kassenärzte einnimmt, dass sie in ihnen nur den abhängigen Beamten der Kassenverwaltung, nicht ihren ärztlichen Vertrauensmann sehen. In den Landmannschen Vorschlägen aber wird jeder Unbefangene nur einen Versuch sehen, dieses Abhängigkeitsverhältniss noch fester zu gestalten. Und der Hinweis auf die „allen Anfechtungen der Konkurrenz entrückten, nur sich und ihrem Gewissen verantwortlichen, wirtschaftlich und wissenschaftlich unabhängigen beamteten Kassenärzte“ wird daher ungefähr ebenso viel Eindruck machen, wie Herrn Bosses Behauptung, dass die lex Arons die Stellung der Privatdozenten sichern soll.

<sup>2)</sup> Vergl. Landmann: Die Lösung der Kassenfrage. Elberfeld 1898; Buchdruckerei Grimpe.

Es erscheint daher fast unbegreiflich, wie ein solches System unter den Kassenmitgliedern einen so grossen Kreis von Anhängern gewinnen konnte, dass in mehreren grossen, von Arbeitern geleiteten Krankenkassen — in Iserlohn, Barmen, Remscheid — ernstlich die Durchführung desselben in Frage kam. Freilich, die Aerzte waren schnell mit einer Erklärung bei der Hand: Landmann ist Sozialdemokrat und bekennt diesen Standpunkt auch in seiner Broschüre. Daraus wurde ohne Weiteres geschlossen: das System Landmann ist das der Sozialdemokratie, von ihr adoptirt, um die Kassenärzte der Partei dienstbar zu machen. Indem die Arbeiter das System annehmen, beweisen sie wieder ihre Opferwilligkeit; sie ordnen ihre eigenen Interessen dem Partei-Interesse unter.

Der Fixigkeit, mit der diese Schlussfolgerungen gezogen wurden, entsprach nicht ganz ihre Richtigkeit. Es lässt sich auch nicht die Spur eines Beweises dafür erbringen, dass die Sozialdemokratie etwas mit dem System der „beamteten Kassenärzte“ zu thun hat; auch Landmann selbst erkennt dies an. Die Partei als solche hat zur Kassenarztfrage überhaupt nicht Stellung genommen. Namhafte Vertreter der Partei aber haben sich gerade zu Gunsten der freien Arztwahl ausgesprochen, wie denn auch in Berlin sozialdemokratische Arbeiter — zum Theil Genossen, die in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation eine Rolle spielen — die Agitation leiteten. Richtig ist wohl, dass Landmann seinen lokalen Einfluss zum Theil seiner Zugehörigkeit zur Partei und seiner Thätigkeit für dieselbe verdankt. Das aber erscheint unwahrscheinlich, dass dieser Einfluss allein ausreichend war. Vielmehr darf man wohl annehmen, dass die schärfere Zuspitzung der sozialen Gegensätze, welche die wirthschaftliche Entwicklung der Rheinlande hervorgerufen hat, hierbei ebenfalls eine Rolle spielte. Sie war es wohl, die auch zwischen Aerzten und Kassenmitgliedern zu einer starken Entfremdung führte, und so die Letzteren bestimmte, einmal ein anderes System zu versuchen, ein System, das die Aerzte von den Erwählten der Arbeiter, dem Kassenvorstande, abhängig macht.

Die praktischen Versuche mit dem System Landmann, die im Rheinlande angestellt wurden, machten nun aber auf die Aerzte in ganz Deutschland einen tiefen Eindruck. Man liess plötzlich allgemein den ursprünglichen Plan als aussichtslos oder mindestens zu umständlich und langwierig fallen, und forderte fortan die „gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl“, d. h. man verlangte, dass in der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, die als nahe bevorstehend gilt, den Kassen die Einführung der freien Arztwahl zur Pflicht gemacht werde.

Da ergab sich nun aber gleich eine Schwierigkeit. Es war durchaus nicht leicht, legislatorisch über die Höhe des ärztlichen Honorars eine brauchbare Bestimmung zu schaffen. Solange man an dem Grundsatz der freiwilligen Vereinbarung zwischen Kassen und Aerzten festhielt, machte die Erledigung der Honorarfrage bei Einführung der freien Arztwahl keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Meist wurde die Zahlung einer Pauschalsumme in Höhe von 3 Mark pro Kopf und Jahr des versicherten Kassenmitgliedes festgesetzt, und die daraus sich ergebende Summe vertheilten dann die Aerzte untereinander nach Maassgabe der Leistungen. Das war gewiss keine glänzende Bezahlung, denn in Berlin ergab sich dabei — und man kann wohl dies Ergebniss verallgemeinern, — dass für die Einzelleistung nur etwa  $\frac{1}{3}$  von den Mindestsätzen der Taxe herauskam. Die Mindestsätze der Taxe sollten aber nach den Vorschriften derselben in der Kassenpraxis Anwendung finden, soweit nicht besondere Ver-



einbarungen bestehen. Solche Vereinbarungen wurden jedoch getroffen, solange Kassen — auch schon vor dem Krankenversicherungsgesetz — bestehen, und es wurden dabei meist so niedrige Honorare festgesetzt, dass die Aerzte bei Einführung der freien Arztwahl in der Regel noch eine Erhöhung erzielten.

Nun war klar: wenn die Einführung der freien Arztwahl für die Kassen obligatorisch gemacht wurde, dann musste gleichzeitig die Honorarfrage gesetzlich geregelt werden. Sonst waren ja die Kassen gezwungen, jede — die Minimalsätze der Taxe nicht überschreitende — Honorarforderung der Aerzte zu genehmigen, da sie nach dem Gesetz unter allen Umständen freie Arztwahl einführen mussten.

Die Schwierigkeiten, die sich hieraus ergaben, glaubten nun einige Aerzte dadurch aus der Welt schaffen zu können, dass sie einfach verlangten: die Bezahlung nach der Minimaltaxe solle ebenfalls „gesetzlich festgelegt“ werden. Die Forderung wurde also gleich von vornherein so hoch geschraubt, als es überhaupt anging. Als Begründung wurde dann einfach gesagt: es sollen so die Aerzte für den Nachtheil entschädigt werden, den ihnen das Krankenversicherungsgesetz zugefügt hat.

Die Berechtigung dieses Entschädigungsanspruchs ist jedoch keineswegs so ganz zweifellos. Zunächst muss darauf hingewiesen werden, dass wohl rund der Hälfte der deutschen Aerzte ein Anspruch irgend welcher Art überhaupt nicht zugestanden werden kann, einfach deshalb nicht, weil sie erst nach dem Erlass des Krankenkassengesetzes sich dem Studium der Medizin zugewandt haben, also durch das Gesetz nicht geschädigt sein können. Aber auch bei dem verbleibenden Rest muss mindestens die Höhe des Anspruches stark bestritten werden. Die Aerzte geben übereinstimmend an, dass sie ihre Honorarforderungen nach den Vermögensverhältnissen des Kranken bemessen. Das trifft im Allgemeinen zu, wenn man nur die absolute Höhe der Honorarforderung berücksichtigt, stimmt aber nicht mehr, wenn man die relative Höhe, das Verhältniss der Honorarforderung zum Einkommen des Kranken, der Betrachtung zu Grunde legt. Dann zeigt sich, dass die gleitende Skala der ärztlichen Honorarforderungen nach unten zu eine sehr starke Progression aufweist. Die Mindestsätze, welche in der Privatpraxis gefordert werden, entsprechen nun durchschnittlich den Mindestsätzen der Taxe, — also der Höhe, auf welche man auch die Kassenhonorare bringen will — und Billigkeitsgründe können daher eigentlich für das Maass dieser beanspruchten Erhöhung nicht geltend gemacht werden. Dazu kommt, dass man zwar angeht, auch für die Kassenpraxis die Verhältnisse der Privatpraxis wieder herstellen zu wollen, aber die Ausfälle unberücksichtigt lässt, die in der Privatpraxis niemals fehlen; diese Ausfälle werden nun von den Aerzten selbst auf 10—15, ja 20—25% geschätzt, und es wäre also mindestens ein Abzug in entsprechender Höhe angebracht. Es kommt ferner in Betracht, dass ohne Krankenkassengesetz ein nicht unbedeutlicher Theil der jetzt Versicherten gewiss nicht für die Privatpraxis der Aerzte in Frage kommen würde, sondern dass diese dann infolge ihres geringen Einkommens der Armenkrankenpflege, bezw. der unentgeltlichen Behandlung in Polikliniken anheimfallen würden. Auch diesen Faktor berücksichtigen die Aerzte bei ihrer Berechnung ebensowenig, wie endlich den weiteren, dass zweifellos die Nachfrage nach ärztlicher Thätigkeit infolge des Krankenkassengesetzes gestiegen ist. Es sei zum Beweise dieser Behauptung nur auf einen Punkt hingewiesen. Es

werden in der Kassenpraxis eine ganze Anzahl Konsultationen, die in der minder bemittelten Privatpraxis vermieden werden, einfach dadurch nöthig, dass die Krankenkasse, zur Kontrolle für jede Krankengeldzahlung, jede Flasche Medizin, jede Gewährung eines Heilmittels eine Bescheinigung des Arztes fordert. Würden diese theilweise rein mechanischen Arbeiten nicht eine wesentliche Rolle spielen, so wäre es garnicht denkbar, dass Kassenärzte in einer Sprechstunde eine so grosse Zahl von Kranken — bisweilen 20 und noch mehr — abfertigen, wie es häufig geschieht. Für diese mechanischen Arbeiten aber eine ebenso hohe Vergütung zu fordern, wie für die komplizirte ärztliche Leistung, entspricht nicht der Billigkeit.

Alles in Allem glaube ich mich dahin resumiren zu können, dass unzweifelhaft das Krankenkassengesetz einen grossen Theil der Aerzte geschädigt hat, indem es die Möglichkeit schuf, sie von der Kassenpraxis auszuschliessen, und damit ihnen auch die Privatpraxis erschwerte; dass dagegen die Klagen der Aerzte über absolute Verminderung der ärztlichen Einnahmen infolge des Gesetzes mindestens stark übertrieben sind. Ich gestehe sogar weiter: ich neige zu der Annahme, dass das Krankenkassengesetz eine Verminderung des Aerzte-Einkommens überhaupt nicht zur Folge gehabt hat. Und zwar bestimmt mich dazu folgende Erwägung: Sämmtliche deutsche Krankenkassen zahlten in den letzten Jahren durchschnittlich etwas über 3 Mk pro Kopf und Jahr an Arzthonorar. Dass ohne Krankenkassengesetz die heute versicherten Bevölkerungsschichten eine höhere Summe aufbringen würden, könnte dann angenommen werden, wenn der Rest der Bevölkerung durchschnittlich eine höhere Summe zahlen würde, und demgemäss das Gesamteinkommen der Aerzte ein entsprechend höheres wäre. Nun liegen genaue statistische Angaben über das Gesamteinkommen der deutschen Aerzte mir nicht vor. Man kann meines Erachtens aber annehmen, dass die Aerzte weniger über ihre Lage klagen würden, wenn wirklich ihr Gesamteinkommen höher wäre als 52 000 000 (= der abgerundeten Bevölkerungszahl) mal 3 Mk. (= Durchschnittshonorar der Krankenkassen), wenn also durchschnittlich auf den Arzt mehr als 6000 Mk. entfallen würden. Und dabei sind bei dieser Rechnung noch garnicht in Betracht gezogen die Gehälter der Professoren, Medizinalbeamten und Krankenhausärzte, gerichtliche Gebühren und dergleichen.

Sind vorstehende Ausführungen richtig, so ergibt sich daraus, dass die Aerzteschaft nicht berechtigt ist, aus den Wirkungen des Krankenversicherungsgesetzes Entschädigungsansprüche herzuleiten. Würde daher gemäss den ärztlichen Wünschen die Bezahlung nach der Minimaltaxe „gesetzlich festgelegt“ werden, so wäre das ebenso, ja vielleicht mit noch mehr Recht, eine „Liebesgabenpolitik“ zu nennen, wie das, was man bisher mit diesem Namen belegte. Gewiss haben auch die Aerzte das Recht, eine Besserung ihrer materiellen Lage anzustreben, und der Verfasser, als Angehöriger des Standes, der aus eigener Erfahrung die Verhältnisse kennt, wird ihnen dieses Streben am allerwenigsten verdenken. Aber die Noth des Aerztestandes ist in der Hauptsache eine Folge der allgemeinen Noth, nicht eine isolirte Erscheinung, die auf eine verkehrte Gesetzgebung zurückzuführen ist. Und darum ist es unberechtigt und falsch, den Besserungsbestrebungen die Richtung zu geben, für welche sich gegenwärtig der überwiegende Theil der Aerzte entschieden hat.

Aber wenn ein Gesetzesvorschlag noch so unberechtigt ist, so kann er darum doch Gesetz werden. Und so ist auch das noch zu erörtern, wie denn

in dieser Beziehung die Aussichten der ärztlichen Anträge sind. Da glauben nun viele Aerzte, dass sie nur kräftig zu „schreien“ brauchen, um Gehör für ihre Forderungen zu finden. Es schweben ihnen dabei natürlich die Erfolge vor, welche die Agrarier der gleichen Taktik verdanken. Leider lassen diese Herren dabei ganz die Frage ausser Acht, welche Macht hinter den Forderungen der Agrarier steht, und welches Gewicht denn die Aerzte in die Waagschaale zu werfen vermögen. Das Schreien der Agrarier hat bis zu einem gewissen Grade Erfolg, weil sie eben nicht blos, wie es die liberalen Zeitungen täglich ihren Lesern erzählen, ein kleines Häuflein Champagner trinkender Junker sind, sondern thatsächlich über eine grosse, gut organisirte Gefolgschaft, über einen recht beträchtlichen Theil der Wählerschaft verfügen; sie können von der Regierung etwas verlangen, weil sie ihr etwas bieten können. Was aber können die Aerzte für das, was sie verlangen, der Regierung und den Parteien bieten? Sie verlangen nicht weniger als eine Erhöhung der Krankenkassenhonorare — insgesamt gegenwärtig etwa 24 Millionen Mk. — um mindestens 40—48 Millionen Mk. jährlich; dem entsprechend müssten auch die Kassenbeiträge gesteigert werden, welche 8 Millionen Versicherte zu zwei Dritteln und einige Hunderttausend Arbeitgeber zu einem Drittel aufzubringen haben. Sie können dafür bieten — einige 20 000 Stimmen, bei der Reichstagswahl, welche, über alle 397 Kreise verstreut, nirgends auch nur im Geringsten ins Gewicht fallen. Wer angesichts dieses Missverhältnisses zwischen den Ansprüchen des Standes und seiner politischen Bedeutung an den Erfolg der Forderungen glaubt, der gehört wirklich zu den unverbesserlichen Optimisten.

Aber leider huldigt die grosse Mehrheit der Aerzte gegenwärtig diesem Optimismus, und es beirrt sie auch weiter nicht, dass keine einzige politische Partei, ja, soweit mir bekannt, keine einzige politische Zeitung, die Berechtigung der Forderungen anerkannt hat. Eindruck scheint nur die natürlich ebenfalls ablehnende Haltung der Sozialdemokratie gemacht zu haben; insofern als sich in der Fachpresse der ganze Grimm gegen sie entlädt. Weil man — auch meiner Meinung nach mit Recht — in der freien Arztwahl eine den Arbeitern nützliche Maassregel sieht, deshalb soll die sozialdemokratische Partei geradezu ihre Grundsätze verleugnen, indem sie der „gesetzlichen Festlegung“ nicht zustimmt. Dabei übersieht man ganz die begleitenden Umstände. Schon heute ist die Arbeiterschaft — vielleicht mit Ausnahme der in Betriebskassen Versicherten — in der Lage, kraft der  $\frac{2}{3}$  Mehrheit, die sie in den Kassenverwaltungen besitzt, die freie Arztwahl überall dort durchzuführen, wo sie es wünscht. Unter diesen Umständen kann der gesetzliche Zwang nur einen Nachtheil für die Arbeiter bedeuten, insofern dadurch den Versicherten nichts geboten wird, was sie nicht heute schon sich verschaffen können, wohl aber durch eine solche Gesetzesänderung der Preis der freien Arztwahl eine erhebliche Steigerung erfahren muss. Und so ist die ablehnende Haltung der Sozialdemokratie nur durchaus verständlich.

Die Aerzte aber thäten wahrhaftig besser daran, sich fernerhin nicht mehr derartigen legislatorischen Phantasieen hinzugeben, sondern auf den Boden der Wirklichkeit zurückzukehren und wieder, wie früher, die Agitation unter den Kassenmitgliedern aufzunehmen. Die Ausbreitung der freien Arztwahl auf dem Wege der Vereinbarung kann dadurch nur aufgehalten werden, dass gleichzeitig für die gesetzliche Festlegung Propaganda gemacht wird. Denn die

Vereinbarung setzt Vertrauen zwischen Aerzten und Arbeitern voraus, das Streben nach dem gesetzgeberischen Zwange kann dagegen nur Misstrauen erzeugen, und dieses Misstrauen werden die Gegner sich zu Nutze machen. Und so schädigen die Aerzte auch sich selbst durch ihre jetzige Agitation, ohne dass sie erwarten können, den augenblicklichen Schaden durch spätern Gewinn aufgewogen zu sehen.

## Die Organisirung der deutschen Bergleute.

Von  
August Winter.  
(Beuthen.)

Auf dem vorjährigen Parteitage in Stuttgart kam bekanntlich u. A. auch die Lage der deutschen Bergarbeiter und die Frage des Bergarbeiterschutzes in Deutschland zur Sprache. Wenn es damals auch nach dem Gange der Debatte den Anschein hatte, als sei eine eingehende Erörterung des Bergarbeiterschutzes garnicht nöthig, so wird doch jeder Kenner der Bergarbeiterverhältnisse zugeben müssen, dass die Stuttgarter Verhandlungen über die deutschen Bergarbeiter nicht der Bedeutung des Gegenstandes entsprachen; und dass wahrscheinlich in nicht allzulanger Zeit die deutsche Sozialdemokratie sich von Neuem mit den Bergleuten wird beschäftigen müssen. Die Stuttgarter Verhandlungen waren zweifellos nicht genügend vorbereitet, war doch erst in letzter Stunde die Frage des Bergarbeiterschutzes auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt worden.

Ein besonderer Mangel war es, dass die Organisationsfrage kaum gestreift wurde, gerade sie aber ist bei der Besprechung des Bergarbeiterschutzes von wesentlicher Bedeutung. Wir betonen es immer und überall, und immer und überall mit Recht, dass der Arbeiterschutz das Produkt der Arbeiter selbst sei, dass die Arbeiter vor Allem durch ihre Organisationen sich selbst den nöthigen Schutz geschaffen haben und wo er noch fehlt, schaffen müssen. Die Arbeiterorganisationen sind das beste Mittel zur Erreichung des Arbeiterschutzes. Die Arbeiter der Berufe, in denen die Organisation noch schwach ist, werden immer ganz besonders der Durchführung von Schutzmaassregeln bedürfen, und umgekehrt, die besonders dringende Nothwendigkeit von Schutzmaassregeln wird immer ein sicheres Kennzeichen für den Mangel an Organisirung der Arbeiter in den betreffenden Berufen sein. Das ist so wichtig, dass ein einfacher Hinweis auf zwei Berufe, die in Bezug auf die Lage der in ihnen beschäftigten Arbeiter und auf Stärke ihrer Organisationen möglichst verschieden sind, zum Beweise genügt. Man vergleiche doch nur etwa die Buchdrucker mit den — Bergarbeitern, (da eine Vergleichung jener mit den Landarbeitern wegen deren gesetzlicher Sonderstellung nicht angängig ist).

Die deutschen Bergleute bedürfen mehr als irgend eine andre Arbeiterkategorie (mit Ausnahme der Landarbeiter) des Arbeiterschutzes, stehen indess, was ihre Organisation anlangt, recht hilflos da. Anfänge zur Organisation giebt es zwar in fast allen Bergwerksrevieren Deutschlands, Organisationsanfänge verschiedener Art; aber Alles in Allem sind doch von den vielen Hunderttausenden deutscher Bergleute nicht einmal ebenso viele Zehntausende in Gewerkschafts- oder Gewerkvereinsverbänden organisirt. Und das, obgleich in allen Kohlenrevieren viel Geld und Mühe darauf verwandt wird, Wandel zu schaffen.

Woran liegt das? Die Erörterung dieser Frage ist der Zweck der folgenden Zeilen. Sie soll hier nicht vollständig und endgiltig beantwortet werden, nur einige bisher zu wenig beachtete Gesichtspunkte sollen hervorgehoben werden.

Die Ursachen der offenkundigen Schwäche der deutschen Bergarbeiterorganisationen liegen auf verschiedenen Seiten. Zum Theil sind es die besonderen Eigenschaften der Bergleute, zum Theil die der Bergwerksunternehmer, zum Theil ist es das Verhalten der deutschen Regierungen gegenüber den Organisationsversuchen, die hier in Betracht kommen. Die Bergarbeiter selbst haben noch nicht das richtige Verständniß für den Werth ihrer

Vereinigung, die Unternehmerschaft ist gerade in der Bergwerksindustrie der Arbeiterschaft bedeutend überlegen und vertritt ihren Standpunkt mit Energie und theilweise mit brutaler Härte, und die Regierungen stehen zum Ueberfluss auf der Seite der Unternehmer und thun ihr Bestes, um das Koalitionsrecht für die Bergarbeiter illusorisch zu machen.

Die deutschen Bergleute stehen im Allgemeinen auf einer niedrigen Bildungsstufe. Natürliche Intelligenz ist zwar unter ihnen genug vorhanden, auch unter den Polen Oberschlesiens, ja unter diesen verhältnissmässig vielleicht mehr als unter den deutsch sprechenden Bergleuten; allein mit dieser ist es nicht gethan. Sie ist bei den Bergleuten nur in seltenen Fällen zur Ausbildung gelangt, und im Allgemeinen darf man sagen: in Bezug auf geistige Fähigkeiten und Fertigkeiten stehen die Bergleute unter den Industriearbeitern etwa den Erdarbeitern oder den Landarbeitern am nächsten.

Die Bergleute stammen mit verschwindend geringen Ausnahmen vom Lande, die überwiegende Mehrzahl von ihnen aus Bergwerksgegenden selbst, der Rest aus Landgegenden in der Umgebung der Bergwerksdistrikte. Die Schulbildung der Bevölkerung dieser Gegenden ist fast durchgängig sehr gering. In früher Jugend beginnt der angehende Bergmann die Grubenarbeit, mitunter schon mit 14 Jahren, beim Austritt aus der Schule, meist im Alter von 16—20 Jahren. Hat er die Grubenarbeit begonnen, so ist in der Regel jede weitere geistige Ausbildung ausgeschlossen. Eine Lehrlingszeit, wie noch in den meisten Handwerken, braucht der junge Bergmann nicht durchzumachen, wenigstens keine unbezahlte. Zur Schlepper- oder Wagenstösserarbeit ist jeder gesunde Mensch verwendbar, und vom ersten Arbeitstage ab giebt es Lohn. Für den Sohn der meist in materieller Bedrängniss lebenden kinderreichen Bergarbeiterfamilie ist das sofortige Verdienen nach der Entlassung aus der Schule von grosser Wichtigkeit, daher wird der Sohn des Bergarbeiters meist auch Bergarbeiter, trotz oder vielmehr gerade wegen der Noth, die er im Elternhause sieht. Junge Leute aus anderen Berufen greifen nur in den seltensten Fällen zur Bergarbeit, die Bergleute werden trotz ihrer anscheinend manchmal höheren Löhne von den übrigen Berufen nicht beneidet.

Dazu kommt, dass die Bergwerksarbeit an sich, und besonders die heute noch herrschende Art ihrer Ausübung nicht nur nicht dazu beiträgt, die Intelligenz der Bergleute zu erhöhen, sondern sie sogar noch herabdrückt. Die Bergarbeit ist sehr schwer und oft ungesund, sie erschöpft die Bergleute mehr als eine andere Arbeit, besonders in Folge der meist noch herrschenden überlangen Schichtdauer. Zu harte Arbeit und zu lange Arbeitszeit haben noch nie günstig auf die geistigen Eigenschaften der Arbeiter eingewirkt. Bergleute werden meist nach einigen Jahren Bergarbeit stumpfsinnig und theilnahmslos für Alles, was nur einigermaassen ausserhalb ihres Gesichtskreises liegt. Abgesehen von der abstumpfenden und geisttötenden Schwere der Arbeit hängt, das zusammen mit dem unter den deutschen Bergarbeitern herrschenden Alkoholismus, der an sich wieder mit der Schwierigkeit, Härte und Dauer der Bergarbeit zusammenhängt. Die Schnapspest herrscht nicht nur unter den oberschlesischen Bergleuten, wie Mancher glaubt; nein, auch in Niederschlesien und Sachsen, auch in Westfalen, kurz in allen Bergwerksdistrikten trinken die Bergleute immer noch weit mehr Schnaps, als ihnen gut thut. Und was für Schnaps! So sehr es richtig ist, dass an der Schnapspest nicht die Bergleute selbst schuld sind, so falsch wäre es, deshalb auf dieses grosse und die Bergleute so enorm schädigende Uebel nicht hinweisen zu wollen. Wir sind sogar der vielleicht als ketzerisch geltenden Meinung, dass, wenn auch die beste Bekämpfung der Schnapspest nur auf dem Wege der materiellen Besserstellung und der Schichtverkürzung zu erreichen ist, doch auch manches in dieser Hinsicht geschehen sollte und könnte durch die bereits bestehenden Organisationen der Bergleute, die die Bergleute über die unglückseligen Folgen der Schnapspest aufklären müssten.

Die intellektuelle und moralische Hebung der deutschen Bergleute hat ihren Hauptfeind in der — Fruchtbarkeit der oberschlesischen Bergarbeiterfamilien. Oberschlesien, dessen Industriegebiet mit den es umgehenden Landkreisen, ist immer noch das hauptsächlichste Rekrutierungsgebiet für fast alle deutschen Bergwerksdistrikte. In Oberschlesien

sitzen ständig Agenten aus deutschen Bergwerksgegenden, und wenn auch der Export oberschlesischer polnischer Bergleute bereits seit Jahren und Jahrzehnten betrieben wird, ist Oberschlesien noch lange nicht erschöpft. Trotz der massenhaften Abwanderung junger Bergleute aus Oberschlesien herrscht hier gelegentlich noch Arbeiterüberfluss.

Die Fruchtbarkeit Oberschlesiens an Bergleuten hat deshalb so unglückselige Folgen für die deutschen Bergleute überhaupt, weil der Zuzug der Oberschlesier überall auf die Löhne drückt, und weil die Oberschlesier nur äusserst schwer zur Organisation herangezogen werden können. Wenn auch der oberschlesisch-polnische Arbeiter in den letzten Jahrzehnten kulturell etwas höher gestiegen ist, so steht er doch noch immer unter dem deutschen Arbeiter. Noch immer kommt er mit einem Lohne aus, der seinem deutschen Kameraden nicht genügen kann, und noch immer befinden sich unter den polnischen Oberschlesiern Tausende und Zehntausende, die noch kein Wort, weder deutsch noch polnisch, lesen und schreiben können. Der Zuzug der polnischen Bergleute aus Oberschlesien nach den deutschen Kohlenrevieren ist ein Bleigewicht für die deutschen Bergleute auf ihrem Wege zur Organisation. Ob die neuerdings wieder gemachten Versuche, diesen Uebelstand durch Organisation der oberschlesischen Bergleute in ihrer Heimath selbst zu beseitigen, gute Folgen haben werden, erscheint noch zweifelhaft.

Bei dieser Lage der Dinge ist es kein Wunder, wenn es mit der Organisation der deutschen Bergleute nicht recht vorwärts gehen will. Um den Werth der Organisation zu erkennen, dazu gehört ein Maass von Einsicht, das bei der Mehrheit der Bergarbeiter noch nicht vorhanden ist. Wenig gebildete und hart arbeitende Leute denken fast nur an ihr eignes Fortkommen, nur an sich selbst, nicht daran, dass sie sich durch Zusammengehen mit Ihresgleichen helfen können. Selbstverständlich halten wir deshalb das Agitiren für die Organisation nicht für zwecklos, sondern erst recht für nothwendig; uns kommt es hier nur darauf an, die geringen Erfolge dieser Agitation zu erklären.

Mit geringen intellektuellen verbinden sich meist auch geringe moralische Eigenschaften; so ist es auch bei den Bergarbeitern. Selbst wenn sie eingesehen haben, dass sie sich durch die Organisation am besten und schnellsten aus ihrer Lage befreien könnten, fehlt es ihnen an Muth und Solidaritätsgefühl, um das zu thun, wozu ihre Einsicht sie treibt. Statt auf sich selbst, verlassen sie sich auf ihre Kollegen; diese aber denken — ebenso. Weil Unternehmer und Behörden gegen die Organisationen feindselig auftreten, unterlassen die Bergleute den Beitritt zur Organisation oder scheiden aus ihr aus. In Oberschlesien ist es in dieser Beziehung am schlimmsten, weil hier ausser den weltlichen Mächten der Unternehmerschaft und der Behörden noch die geistliche in Betracht kommt, die natürlich nur für die Unternehmerschaft arbeitet. Gerade geistlicher Einfluss hat hier sogar ein gemeines Denunziationssystem gezeitigt; Arbeiter, die sich bei den Grubenverwaltungen ein gutes Blättchen einlegen wollen, verrathen die ihnen bekannten organisirten Kameraden. Es ist vorgekommen, dass Geistliche im Beichtstuhle zu diesen Lumpendiensten aufgefodert haben!

Einen nicht unerheblichen Schaden fügen sich die bestehenden Bergarbeiterorganisationen selbst durch ihre gegenseitige Bekämpfung zu. Da gerathen bald die christlichen organisirten Kameraden mit den angeblich sozialdemokratischen, bald die deutschen mit den polnischen zusammen. Fast immer werden diese Streitfälle sehr erbitterte, ohne dass sich der Unparteiische von der Nothwendigkeit der Kämpfe überzeugen kann. Wir enthalten uns hier eines Urtheils über die Frage, ob die Leitungen der Organisationen die Schuld oder einen Theil der Schuld an diesen Streitigkeiten tragen und ob es im Allgemeinen zum Theil an den Organisationsleitungen liegt, dass die Organisation der Bergleute so langsame Fortschritte macht. Wenn man bedenkt, dass in der deutschen gewerkschaftlichen und Gewerkvereins-Bewegung ein allgemein bekannter Mangel an tüchtigen Leitern und Beamten besteht, so wird man die Vermuthung begründlich finden, dass auch in der Leitung der Bergarbeiterorganisationen nicht Alles so ist, wie es sein sollte. Dieser etwaige Mangel wird indess mit dem Fortschreiten der Organisation der deutschen Arbeiter überhaupt verschwinden, auch bei den Bergarbeiterorganisationen.

In zweiter Linie ist für die geringen Fortschritte der Bergarbeiterorganisirung das Verhalten der Unternehmerschaft von wesentlicher Bedeutung. Die Kapitalkonzentration ist aus Gründen, die uns hier nichts angehen, gerade im Bergbau sehr weit gediehen, und dementsprechend auch die Unternehmerkoalition. An wirtschaftlicher Stärke und Zusammenhangsbewusstsein sind die Bergbauunternehmer den Bergarbeitern ungeheuer überlegen. Schwache Organisationen können ihnen garnichts anhaben, ob starke über sie siegen können, ist noch eine offene Frage. Die Bergbauunternehmerschaft ist aber auch stellenweise, z. B. in Oberschlesien, brutal gegen organisirte Bergleute. Gegen diese wendet sie ihre härtesten Maassregeln, sofortige Entlassung und schwarze Listen, an, während sie mit „wildem“, unorganisirten Streikenden weit milder verfährt. Sie weiss, der nicht streikende organisirte Arbeiter kann ihr viel gefährlicher werden als der streikende nicht organisirte. Die grosse Feindschaft gerade der Bergbauunternehmer gegen die Organisirung der Bergarbeiter ist auch wegen der ungeheuren Bedeutung des Bergbaues für alle übrigen Industriezweige verständlich. Ein einheitlich durchgeführter Bergarbeiterstreik kann die Industrie eines ganzen Landes lahm legen, und Erfolge streikender Bergleute müssen nicht nur von den Bergwerksindustriellen, sondern von der gesammten Industrie eines Landes überhaupt getragen werden. Die Abwälzung der Streikfolgen von den Produzenten auf die Konsumenten geht meist nicht so rasch vor sich, als die ersteren es wünschen. Die Bergarbeiter haben noch unendlich viel zu thun, wenn sie die Unternehmerorganisationen einholen wollen; je länger sie damit warten, desto schwerer wird es ihnen werden.

Nun wären freilich die Erfolge der Agitation für die Organisirung der Bergleute ganz andere als sie in Wirklichkeit sind, wenn es nicht ein drittes Hinderniss gäbe, das einen grossen Theil der Anstrengungen der Bergleute illusorisch macht. Wir meinen das eigenthümliche und mit den Gesetzesbestimmungen über das Koalitionsrecht nicht im Einklang stehende Verhalten der deutschen Regierungen und ihrer Organe. In allen Industriezweigen lässt man die Arbeiter die Abneigung der Behörden gegen die Arbeiterorganisationen fühlen, in keinem mehr als im Bergbau. Die Gründe für die Regierungen sind dieselben wie die, die von der Unternehmerschaft geltend gemacht werden; die Regierungen zeigen sich also hier als einseitige Wahrer der Unternehmerinteressen. Dieses Verhalten der Behörden steift der Unternehmerschaft den Rücken, macht sie noch dreister und brutaler, als sie an sich schon ist, und nimmt andererseits den Arbeitern noch den letzten Rest von Muth. In einzelnen Gegenden Deutschlands sind die Regierungen selbst Grubenunternehmer, aber in deren „Musteranstalten“ wird das Koalitionsrecht der Arbeiter noch weniger respektirt, als auf Privatwerken. Am schlimmsten ist es in dieser Hinsicht auf den fiskalischen Gruben Oberschlesiens, für deren Verwaltungen z. B. die sogenannten Verbändler einfach als Sozialdemokraten gelten, und „für Sozialdemokraten ist in unserer Belegschaft kein Platz“, heisst es in einem Maassregelungsukas einer ober-schlesischen fiskalischen Bergverwaltung.

Die Entwicklung der Organisirung der deutschen Industriearbeiter im Allgemeinen bietet zwar ein weit erfreulicheres Bild als die der Organisirung der Bergleute, trotzdem wird für manchen Industriezweig dasselbe passen, was hier von den Bergarbeitern gesagt wurde.

## Die Frau der Gegenwart und das sexuelle Problem.

Von

Wally Zepier.

(Berlin.)

Nirgends macht sich die unheilbare organische Erkrankung unserer Gesellschaft tiefer fühlbar, nirgends zeigt sich schroffer die gänzliche Aussichtslosigkeit, sie anders als durch eine Radikalkur zur Gesundheit zu führen, als in den modernen und speziell in den bürgerlichen geschlechtlich-sittlichen Zuständen. In der Litteratur der letzten Jahrzehnte wogt es durcheinander von den buntesten und unmöglichsten Verbesserungsvorschlägen, von denen jeder einzelne die

angebliche „wahre Natur des Menschen“ zu Grunde legt, und die dabei von diametral entgegengesetzten Voraussetzungen ausgehen. Der eine Reformers behauptet ebenso apodiktisch, dass die Enthaltung vom Geschlechtsverkehr absolut oder bis zu bestimmtem Alter bei gefestigtem Willen erreichbar und durchaus unschädlich sei, wie der andere die verheerendsten Folgen physischer und seelischer Art daraus herleiten will, und Jeder baut sich dann die Welt gleichsam auf seinem besondern sittlichen Prinzip auf, unbekümmert darum, ob das wirkliche Leben, das ihn umgiebt, diesem Prinzip zu Liebe auch nur um eines Haares Breite von seinen Wegen abweicht. Dem objektiven Beobachter ist nur das Eine klar: Wollen wir die Gestaltung der Zukunft in dieser Hinsicht auch nur in ihren Grundzügen erkennen, so dürfen wir nicht nach dem schliessen, was sein sollte, oder was der Einzelne etwa für sittlich oder moralisch hält, sondern einzig nach dem, was ist und was sich tatsächlich herauszuringen strebt. Gesetzt, die Richtung der Entwicklung wiese wirklich auf eine Form des Geschlechtslebens, die dem Empfinden eines grossen Theils der heutigen Generation noch fremd und unsympathisch ist, könnten wir deshalb etwa diese Entwicklung hemmen mit Hinweisen darauf, was eigentlich menschenwürdig und der höchsten Sittlichkeit entsprechend wäre? Eine Aenderung der Grundlagen des Geschlechtslebens wird in der Zukunft eintreten, nicht deshalb, weil wir sie wünschen, sondern deshalb, weil sie nothwendig geworden ist, weil die heutige Form der Liebesbeziehungen in einen immer krassern Widerspruch mit der ganzen wirthschaftlichen und geistigen Struktur des modernen Lebens geräth, weil es unmöglich ist, einer innerlich gewandelten Generation die alten Lebensbedingungen aufzuzwängen. Man braucht noch nicht einmal ein unbedingter Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung zu sein, um die Basis gerade für die Werthung geschlechtlicher Sittlichkeit in sehr materiellen Verhältnissen zu suchen. Eine Aenderung der ökonomischen Daseinsformen der Gesellschaft, wie sie der Sozialismus voraussetzt, muss nothwendig eine Umgestaltung auch in Hinsicht auf das Geschlechtsleben, und zwar nach einer ganz bestimmten Richtung hin, wachrufen. Für den, der eine solche Umgestaltung kommen sieht und von dem Boden sozialistischer Weltanschauung aus eingehender der Lösung der geschlechtlich-sittlichen Probleme in der Zukunft nachforscht, kann es sich deshalb auch nicht darum handeln, die dereinstige Verwirklichung eines nach heutigen Anschauungen möglichst reinen und hohen Liebesideals herauszubeweisen; vielmehr wird er suchen müssen zu erkennen, auf welchem Wege die Zukunft voraussichtlich die Lösung der Geschlechtsprobleme anbahnen wird, ob diese Lösung ein volles und harmonisches Sichaulesben für die Mehrzahl der Menschen bedeutet oder ob und inwieweit auch unter der Herrschaft freierer Sittlichkeitsbegriffe und ökonomischer Unabhängigkeit beider Geschlechter individuelles und soziales Leiden nothwendig aus dem Geschlechtsleben wird entspringen müssen.

In gewisser Hinsicht ist das ja allerdings ein müssiges Beginnen. Wir vermögen uns heut mit einiger Sicherheit kaum die ganz groben Züge des dereinstigen Gesellschaftsbau zu konstruiren, aber wir kennen nichts von allen den feineren Einzelheiten, die diesem Bau erst Gestalt und Charakter leihen; wir kennen weder die eigentliche Wesenheit des sich herausringenden Frauentypus, noch den Grad und die Tiefe der Wandlung, dem das ganze Geschlecht durch den Einfluss dieser neuen Frau unterworfen sein wird; müssen da nicht



Voraussagungen über das Verhältniss der Geschlechter in der Zukunft, das nothwendig von allen diesen Faktoren abhängt, schliesslich doch immer wieder in der Luft schweben? Aber geben wir das immerhin von vornherein zu: es können solche Untersuchungen ja noch eine gewisse Berechtigung behaupten, wenn wir sie auch nur als der Wahrheit mehr oder weniger angenäherte Spekulationen ansehen. Jedenfalls bleibt eine Diskussion über diese Fragen stets interessant genug. Ganz abgesehen davon, dass sie vielleicht zur Klärung dieses oder jenes Punktes sehr wohl beitragen kann, entspricht es nun einmal einem unauslöschlichen geistigen Triebe, sich die Zukunft der Menschheit ahnend und denkend aufzubauen und sie so wenigstens in der Phantasie mit zu durchleben.

Den Weg für diese Zukunft weist, wie gesagt, die Gegenwart. Wir müssen also zuvörderst zusehen, wie es heute ist, wie es mit den Problemen des Geschlechtslebens in unserer Gesellschaft aussieht, an welchen Wunden sie krankt und wie sie sie zu heilen strebt.

Die eigentlichen ökonomischen Ursachen der Zuspitzung des Problems wollen wir dabei garnicht berühren; sie sind von sozialistischer Seite oft und eingehend genug geschildert worden, und hier kommt es nur darauf an, ein allgemeines Bild des Liebeslebens unserer Zeit zu entrollen, wie, es jedem objektiven Kritiker erscheinen muss.

Da genügt denn schon der Hinweis auf eine einzige Erscheinung, auf die moderne Prostitution, um zu zeigen, dass unsere Gesellschaft in eine Sackgasse gerathen ist, aus der es keinen Ausweg für sie mehr giebt. Dennoch stellt das rasche und geradezu schreckenerregende Anwachsen der Prostitution in den Grossstädten und die absolute Unmöglichkeit, mit irgendwelchen Polizei- oder Gewaltmaassregeln ihren verheerenden moralischen und hygienischen Folgen Einhalt zu thun, nur das äusserlich drohendste Mene Tekel für unsere Gesellschaft dar; dem Beobachter der sozialen Zustände offenbaren sich als Gegenpole der Prostitution eine Reihe anderer Krankheitssymptome innerhalb der bürgerlichen Welt, die auf eine Entartung der geschlechtlichen Beziehungen auch dann noch hindeuteten, wenn man sich selbst über das Vorhandensein jener Unglücklichen mit der altbewährten Philosophie von der Nothwendigkeit des Elends gewisser Menschenklassen hinwegtäuschen wollte.

Es ist in dieser Beziehung äusserst lehrreich<sup>1)</sup>, die verschiedenen Strömungen in der modernen Litteratur zu verfolgen, in der die Probleme und Irrungen des Geschlechtslebens entsprechend der verhängnissvollen Bedeutung, die sie durch ihre Widersprüche mehr und mehr im wirklichen Dasein des Einzelnen gewinnen, einen sehr breiten Raum beanspruchen. Selbstverständlich steht die lebhafte Diskussion dieser Fragen auch in der bürgerlichen Welt sowie in der gesammten modernen Dichtung in engstem Zusammenhang mit dem Problem der Frauenfrage, die naturgemäss ohne eine radikale Neugestaltung der geschlechtlich - sittlichen Beziehungen eine Lösung nur in dem

<sup>1)</sup> Lehrreicher allerdings nur für den, der Kunst und Dichtung für den Ausdruck des Zeitgeistes hält und nicht der naiven Auffassung lebt, dass die „moderne Litteratur“ die Mitschuld an den sittlichen „Verirrungen“ unsrer Zeit trägt, eine Auffassung, wie sie neulich z. B. in einem Vortrag über freie Liebe in der Berliner Gesellschaft für ethische Kultur von der Vortragenden als tiefste Weisheit verkündet wurde, ohne dass sich diesen und anderen erstaunlichen Oberflächlichkeiten gegenüber aus dieser vielgerühmten Gesellschaft heraus auch nur der leiseste Widerspruch erhob.

kurzsichtigen Geiste der Frauenrechtlerinnen finden könnte. Oder eigentlich umgekehrt: Die soziale Nothlage des weiblichen Geschlechts infolge der rapiden Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft schaffte sich zuvörderst in der Forderung nach Eröffnung neuer Erwerbszweige Ausdruck, bis die vertiefte Beschäftigung mit dem Frauenproblem und vor Allem die Bethheiligung der Frauen selbst an der Diskussion der mannigfachen einschlägigen Fragen erkennen lehrte, dass die eigentliche Quelle derselben nicht allein in der ökonomischen und geistigen Unbefriedigung der modernen Frau, sondern sehr stark auch in der wachsenden Zerrüttung der Familie und der Geschlechtsbeziehungen zu suchen war. Dem entsprechend tritt uns denn in der Litteratur aller modernen Völker die Frauenfrage in diesem weitesten Sinne entgegen. Den geistig unbefriedigten Mädchen in der Dichtung folgen die unbefriedigten Frauen. Niemals in der vormodernen Litteratur hat das Ehe Thema eine irgend erhebliche Rolle gespielt. Heute schiessen die Eheromane und -Dramen wie Pilze aus der Erde, und so verschieden die Stellung der Frau und mithin die Auffassung der Geschlechts- und sittlichen Probleme der Ehe in den Hauptkulturländern gegenwärtig auch noch ist: überall bekundet sich in der Schilderung der wachsenden Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses die Tendenz zur irgendwie gearteten Sprengung dieser Form. Für Frankreich enthält der eine Maupassant allein ein ganzes Kulturgemälde. Und diese Maupassantschen fin-de-siècle-Naturen, diese Damen der grossen Welt, die noch von keiner Emanzipationsidee angekränkt sind, sie suchen mit der gleichen unruhvollen Sehnsucht nach der endlichen Befriedigung ihrer irrenden Triebe, wie die nordischen neuen Frauen, wie Frau Wenke in Kiellands Gift, wie Ibsens Frau vom Meere oder Hedda Gabler, wie Fontanes echt deutsche Effi Briest oder selbst wie Peter Altenbergs leise hingehauchte Frauenseelen, deren ganzes Wollen und Sein sich auflöst in ein traumhaft schmerzvolles Sehnen. Es ist ja selbstverständlich — die Unbefriedigung dieser Frauen fliesst aus hundert verschiedenen und sehr ungleichwertigen Motiven, die äusserlich ganz und gar nicht aus einer Quelle herzuleiten sind. Bei einzelnen unter ihnen liesse sich der Grund des seelischen Zwiespalts sehr deutlich nennen, bei anderen ist es Leere, Müdigkeit, Nervosität und wie die tausend Krankheiten dieses zerrissenen Jahrhunderts sonst noch heissen mögen — aber es ist gerade das Wahrzeichen dafür, dass die Form zu eng geworden ist für den Geist, dass sie zur Fessel zu werden droht für das Wachsthum des Lebens, wenn von allen Seiten her an ihr gerüttelt wird, wenn sie nicht allein aufgehört hat, der ideale Lebensausdruck für die höchst entwickelten Naturen zu sein, sondern Quelle innerer Zerrüttung für die ungleichartigsten Menschenseelen wird.

Dabei offenbart die Ehe nur eine Seite des sozialen Uebels. Die andere ist gegeben durch die Versumpfung und geistige Degeneration des Mannes, der ausserhalb der Ehe die Freuden des Sinnentaumels bis zur völligen seelischen und physischen Zerrüttung durchkostet, da er nur die Hand auszustrecken braucht, um jeden Rausch des Augenblicks befriedigen zu können, und sie ist endlich gegeben durch die marternde physische und seelische Entbehrung einer Anzahl von Mädchen und Frauen, die einem sinnlosen Sittengesetz zu Liebe den klopfenden Pulsschlag des Lebens in ihrem eignen Innern qualvoll ertöden müssen. Degeneration auf allen Seiten, Entartung, Müdigkeit, das ist der Stempel des heutigen Liebeslebens. Diese Zerrüttung der Geschlechtsbeziehungen

ist eine der tiefsten Quellen des fin-de-sièclethums unsrer Zeit, der nervösen Abgespanntheit, der haltlosen Zerfahrenheit, des launenhaften Suchens nach einem ungekannten Ziel, die das geistige Charakteristikum der Jahrhundertwende in gewissen Kreisen des Bürgerthums geworden sind. „Müde Seelen“ sind sie Alle, deren Liebesfähigkeit in den Schmutz gezogen war, so dass sie auch ein reines Gefühl nicht mehr der düstern Skepsis zu entreissen vermag, Menschen wie d'Annunzios Andrea Sperelli, feine und hochdifferenzirte Künstlernaturen, die aber ihres Lebens Mark in der ersten Jugendblüthe in zügelloser Leidenschaft vergeudet haben, Frauen sind es wie Arne Garborgs Fanny, wie Maria Baschkirtsew, die vergeblich nach Entfaltung ihrer seelischen Triebe, nach dem Ausleben ihrer Glücksinstinkte streben, Frauen, die trotz der reichsten Begabung in qualvollen Seelenkonflikten zu Grunde gehen müssen, weil sie das Sittengesetz ihrer Gesellschaft nicht verletzen dürfen und weil die Gesellschaft die Liebe nur unter bestimmten Formen sanktionirt. Ein lächerlicher und furchtbarer Gedanke zugleich, dieses künstliche Knicken zahlloser blühender Lebenskeime um eines todtten Buchstabens willen, dieser unerschütterte Glaube der bürgerlichen Welt an die Heiligkeit einer sogenannten Moral, die doch nur dem selbstsüchtigsten ökonomischen Interesse entspringt. Gewiss, Fanny, Agathe,<sup>3)</sup> Frau Alving und wie die Tausende ihrer lebenden Vorbilder sonst noch heissen mögen, sie sind für den sozial Weiterblickenden das Opfer ihrer eignen Schwäche. Vermöchten sie mit dieser Gesellschaft zu brechen, die für sie nur Zwang und Qual übrig hat, vermöchten sie statt der innern Auflehnung die äussere zu setzen, so wäre die Ursache des Kampfes für sie aufgehoben. Aber hier gilt es für uns nicht, die Möglichkeiten des Auswegs aus den Seelenkonflikten für die einzelnen Opfer der heutigen Gesellschaft zu weisen, es gilt nur, die Unmöglichkeit der Lösung ihrer inneren Widersprüche innerhalb ihres eignen Sittenkodex aufzuzeigen. Auch das ist wahr: Was die moderne Litteratur aller Länder schildert, ist mehr oder weniger nur die Welt der Bildung und des Besitzes. Es sieht auch in dieser Beziehung im Proletarierleben sehr anders aus. Da ist nicht Raum für die schwankende Haltlosigkeit der Lebewelt, für die Form des „Versumpfens“ durch ein Uebermaass der Genüsse, das die gebildete Jugend der bürgerlichen Kreise dezimirt, für den schwächlichen und krankhaften Stimmungskultus der überfeinerten modernen Menschen, für alle die Folgeerscheinungen einer — kraftvoller Natürlichkeit entfremdeten — Hyperkultur. Da ist auch nicht in annähernd gleicher Weise Raum für das physische und seelische Leid der Liebesentbehrung auf Seiten der Frauen. Die Arbeits- und Familienverhältnisse des Proletariats, der Fortfall der Sorgen um die Legitimität der Kinder als Vermögenserben, kurz, die oft und ausreichend geschilderte wirtschaftliche Unabhängigkeit der Proletarierfrau hat hier die Strenge des Sittengesetzes der bürgerlichen Welt so stark zu durchbrechen begonnen, dass in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle geschlechtliche Unberührtheit der Mädchen im Proletarierleben weder existirt noch gefordert wird. Es ist diese ökonomische Unabhängigkeit der Frauen in der Arbeiterklasse, die grössere persönliche Annäherung der Geschlechter, die dort das Leben mit sich bringt, ja eben eine der Ursachen zur Herausbildung eines freieren Begriffs geschlechtlicher Sittlichkeit in der Zukunft; es liegen hier schon im Keime spätere Anschauungen vor-

<sup>3)</sup> In Gabriele Reuters: Aus guter Familie.

gebildet. Dagegen ist die absolute Unhaltbarkeit der heutigen Familienform, auch im Proletariat in den oft traurigen und rohen Zuständen der Ehe, in der die Frau unter der Ueberlast der Pflichten häufig genug zusammenbricht und vor Allem in dem gänzlichen Mangel einer geeigneten Kindererziehung noch markanter ausgesprochen als in der Bourgeoisie. Viel furchtbarer aber ist die Arbeiterklasse als Opfer dieser Zustände in unsrer Gesellschaftsordnung dadurch betheilig, dass eben aus ihren Reihen fast ausnahmslos die Prostitution sich rekrutirt. Das Proletariat liefert also direkt die Menschenopfer, die die oberen Zehntausend brauchen, um auf irgend eine Weise die Ehe überhaupt aufrecht erhalten zu können.

Und damit schliesst sich denn wieder der traurige *circulus vitiosus* bei diesem wunden Punkt der Gesellschaft. Es genügt hier auf alles das hinzuweisen, was von den verschiedensten Seiten über die Ursachen und das Anwachsen der Prostitution gesagt und geschrieben worden ist. Ist sie an sich auch durchaus kein Produkt moderner Verhältnisse, so hat sie doch erst in neuerer Zeit Umfang und Formen so erschreckender Natur angenommen, dass von irgend einer Möglichkeit dauernder Bekämpfung unter nicht gänzlich veränderten Zuständen keine Rede mehr sein kann. Die Vorschläge der Sittlichkeits- und sozialen Apostel, deren Aufmerksamkeit naturgemäss immer von Neuem auf dieses böartige Krankheitssymptom der Gesellschaft gelenkt wird, bewegen sich denn auch ziellos und in absoluter Rathlosigkeit hin und her, zwischen abwechselnder Empfehlung polizeilicher Reglementirung und Wiederaufhebung dieser Maassregel, allgemeiner Hebung der Sittlichkeit und des Glaubens, Bestrafung der Unzucht und was der weisen Gedanken mehr sind. — Dabei gewähren nicht einmal die Zustände in den ländlichen Bezirken, in die die Prostitution in ihrer städtischen Erscheinungsform allerdings noch nicht gedrungen ist, die Berechtigung eines Hinweises auf die soziale Entbehrlichkeit derselben. Denn dort sind nach anderer Seite hin die geschlechtlich-sittlichen Verhältnisse wieder im Sinne der Sittlichkeitsprediger so trostloser Natur, insbesondere ist der voreheliche Geschlechtsverkehr ein so selbstverständlicher und allgemein üblicher, dass die ländlichen Gepflogenheiten in dieser Hinsicht vielmehr die Unmöglichkeit zu ergeben scheinen, den Geschlechtsumgang selbst da rein in den Grenzen der Ehe zu halten, wo die sozialen Umstände eine frühzeitigere Eheschliessung zulassen. Einer weniger zelotischen Auffassung nach scheinen sich allerdings die geschlechtlich-sittlichen Zustände auf dem Lande — soweit nicht Exzesse aller Art aus grösserer Rohheit und Unbildung fliessen — mehr denen der städtischen Arbeiterbevölkerung zu nähern; d. h. es wird dort ebenfalls keine eigentlich moralische Verurtheilung mehr an den nicht vorehelichen Umgang der Geschlechterals solchen geknüpft, selbst dann nicht, wenn spätern Legitimirung des Verhältnisses durch die Ehe stattfindet.

Die ganze armselige Unzulänglichkeit der Reformirerei innerhalb unsrer bestehenden Gesellschaftsordnung spricht sich nun nirgends deutlicher und klarer aus, als gerade bezüglich der geschilderten Zustände. Bleibt die Familie in ihrer jetzigen Form, d. h. als mehr oder weniger unlösliche Lebenseinheit der Gatten und Kinder bestehen, so ist nur ein Weg zur Ausrottung der giftigsten Blüten des Geschlechtslebens übrig; nämlich Beherrschung der Sinnlichkeit ausserhalb der Ehe sowie überall da, wo auch innerhalb derselben ein hygienischer oder sittlicher Grund Keuschheit zu fordern scheint. Das ist denn auch bei allen

modernen Sittenpredigern der Weisheit letzter Schluss. Höchstens erhoffen die Einen dieses Resultat von einer vertieften Religiosität oder einer gründlicheren moralischen Erziehung der Männerwelt, die Anderen — d. h. hauptsächlich die Frauen — von einer allgemeinen Besserung der sozialen Lage des Weibes. Weniger gläubigen Gemüthern bleibt es leider ein Mysterium, wie die Einen und die Anderen sich diese plötzliche sittliche Hebung des Menschengeschlechts etwa ermöglicht denken, woher der Menschheit eine moralische Kraft; die sie niemals zuvor besessen hat, gerade jetzt erwachsen soll. Auf ganz besonderer Höhe erweist sich, wie überall so auch hier, wieder die soziale Erkenntniss der Frauenrechtlerinnen. Sie sind überzeugt von der moralischen Wiedergeburt der Welt infolge des endlichen Sieges ihrer Emanzipationsforderungen, wengleich sich ihre Weisheit dabei meist in einigen dunklen Redensarten erschöpft. Charakteristisch für das Phrasengeklügel solcher Reformideen ist eine Stelle aus dem neuesten Buch von Camilla Theimer, das ganz auf dem geistigen Niveau anderer berühmter Frauenrechtlerinnen steht: „Solches Uebel zu verhüten, nicht die Prostitution von Staats wegen mit grossen Worten leugnen, indem man ihre Existenz aus „sittlichen Gründen“ nicht anerkennt, ist, was wir brauchen. Und dazu müssen wir Alle helfen, Alle, namentlich die Frauen. Wie? Indem wir unsere Töchter zur Selbsterhaltung erziehen und sie darüber aufklären, was bei der Wahl des Gatten das Wort bedeutet: Er hat sich ausgetobt. Die Sittlichkeitsstufe der Gesellschaft richtet sich nach den jeweilig sie beherrschenden Frauen. Stecken sich diese ein höheres Ziel, folgen die Männer von selbst ihrem Beispiel.“<sup>3)</sup> Ob sich dabei die Verfasserin denkt, dass sämmtliche Frauen, auch die Prostituirten, sich demnächst ein „höheres Ziel“ stecken werden, oder ob der Einfluss der studirten oder selbständigen Damen aus der guten Gesellschaft schon genügen soll, die Männer „ihrem Beispiel folgen“ zu lassen, so dass sie alle unsittlichen Gedanken von sich weisen, das erfahren wir leider nicht. Aber gleichviel auch. Weder die Camilla Theimer und ihre Schwestern vom Geiste, die Biber-Böhm der verschiedenen Länder, die die Prostitution verboten oder bestraft wissen wollen, noch auch die gedichteten und lebenden Suavas, die Reinheit des Mannes vor der Ehe „fordern“, haben mit ihren Argumenten die Welt bis jetzt aus ihren Bahnen gelenkt, so wenig wie die männlichen Enthaltensprediger aller Art. Da ist Tolstoj mit seinem Ideal absoluter Keuschheit jedenfalls noch folgerichtiger; er zieht wenigstens die äusserste Konsequenz derartiger Moralvorschriften, die Selbstauflösung der Menschheit. Recht sonderbar wirkt übrigens die Entgegnung seines eignen Sohnes in einer kleinen Novelle,<sup>4)</sup> in der dieser die Gründe der praktischen Vernunft und des thatsächlichen Lebens gegen die Theorien des Vaters ins Feld führt und das Problem durch frühzeitigen Eheschluss zu lösen sucht, indem er sich mit beneidenswerther Sorglosigkeit über die materielle Unmöglichkeit dieser Lösung wie über alle sonstigen Konflikte solcher Frühehen einfach kühn hinwegsetzt und so allerdings leicht genug das soziale Zauber mittel herbeischafft.

Ist es denn also völlig unklar, wie die Ausartungen des Geschlechtslebens vor der Ehe ohne eine gründliche Umwälzung aller sittlichen Moralanschauungen

<sup>3)</sup> Camilla Theimer: Die Frau der Zukunft. Wien 1898; Verlag der Wage; pag 96

<sup>4)</sup> Tolstoj Sohn: Ein Präludium Chopins.

verschwinden sollen, so dürfte sich die Hoffnung zahlreicher Frauen, dass infolge gleicher Erziehungs- und Bildungsmöglichkeiten von Mann und Weib wenigstens die bürgerliche Ehe wieder zu einem glückbringenden Zusammenleben führen könne, innerhalb unserer heutigen sozialen Zustände erst recht nicht erfüllen. Ganz im Gegentheil. So lange die Frau auch selbst in ihrem eignen Bewusstsein die durchaus Untergeordnete war, so lange sie ein eignes geistiges Sichausleben nur für berechtigt hielt, soweit es nicht mit den Lebensansprüchen und Wünschen des Mannes in Konflikt kam, so lange konnte eine von Liebe getragene Ehe wenigstens unbedingt harmonisch bleiben. Heute und in der Zukunft liegt dies anders.

Die höher und geistig selbständig entwickelte Frau und ebenso an ihrer Seite der Mann fordern in der Ehe nicht nur Liebe, sondern auch geistige und seelische Harmonie, und wo diese nicht waltet, entstehen Konflikte, die früheren Zeiten unbekannt blieben. Je differenzirter aber ein Mensch ausgebildet ist, je reicher seine Persönlichkeit, je vielgestaltiger die Formen, in denen das innre Leben zum Ausdruck ringt, desto geringer die Wahrscheinlichkeit völlig harmonischen Ineinanderaufgehens, desto stärker die Möglichkeit, dass sich die ursprünglich zusammenlaufenden Bahnen schliesslich sehr weit voneinander entfernen können, ja desto stärker auch die Schwierigkeit, den Gefährten zu dauernder Lebensgemeinschaft überhaupt zu finden, der das Sehnen nach Liebe und nach Freundschaft in einem Brennpunkt vereint. Clara Zetkin wies unlängst darauf hin, in wie ungleich stärkerm Maasse Künstler und Gelehrte an den Ehescheidungen betheiligt sind wie jeder andre Stand. wie sich also die Ursachen ehelichen Zwiespalts in den geistig differenzirtesten Berufsarten zu vervielfachen pflegen.<sup>5)</sup> Ebenso lehrt ein Blick in die Biographien bedeutender Männer, mehr aber noch in die hervorragender Frauen, dass die Konflikte des Liebes- und Ehelebens hier in schärfster Form hervortreten, statt sich durch die geistige Annäherung von Mann und Frau zu mildern. Es kommt natürlich dazu, dass Frauen, die eine eigne Geistesarbeit zu leisten haben, die künstlerische oder wissenschaftliche Produktivität zu starker Konzentration zwingt, in der heutigen Familienform schon durch den einfachen Pflichtenwiderspruch unendlich zu leiden pflegen. Die Frauenrechtlerinnen suchen auch diesen Widerspruch sehr einfach von sich abzuschütteln, indem sie die Haushaltungs- und Erziehungsaufgaben als eine Art Kinderspiel hinstellen, das sich so nebenbei ganz vorzüglich erledigen lasse. Es wäre überflüssig, hier den Beweis führen zu wollen, wie wenig dies der Fall ist, wie in der Bourgeoisie bereits jetzt die arbeitende Frau ihre Thätigkeit nur dadurch auszuüben vermag, dass sie mehr oder weniger die Mutter- und Hausfrauenpflichten auf die Schultern der Dienstboten abwälzt und dass schon für sie die Unmöglichkeit einer Beschäftigung sich steigern muss, je mehr der Anspruch auf ein menschlich freies Dasein sich auch in dieser wirthschaftlich noch wenig entwickelten Lohnarbeiterklasse durchzuringen beginnt. Im Proletariat enthüllen sich die Folgen der Frauenberufsarbeit bei mangelndem Ersatz durch Dienstboten zur Genüge durch eine Verwahrlosung der Kinder, die ein erhöhtes Rechtsbewusstsein der Gesellschaft hoffentlich dereinst als die schwerste aller gesellschaftlichen Sünden empfinden wird.

<sup>5)</sup> Clara Zetkin: Der Student und das Weib. Berlin 1899; Verlag der Sozialistischen Monatshefte; pag. 16.

So bleibt es denn auch hier einer sozialistischen Zukunft vorbehalten, die Formen zu sprengen, die dem Wachstum der Gesellschaft zu eng geworden sind und der Menschheit neben ökonomischer Freiheit ein Liebesleben zu schaffen, das den Einzelnen wie der Gesamtheit Glück und Kraft nach Möglichkeit sichert. Ich will in einem weitem Artikel versuchen, diese voraussichtliche Weiterentwicklung in ihren Umrissen zu skizzieren.

## Die russische Studentenbewegung.

Von  
Alexej Kirsanow.  
(Bern.)

Die Studentenbewegung der letzten Wochen, welche im Augenblick ihres Entstehens nicht mehr schien, als ein temporäres Auflodern mit dem gewöhnlichen russischen Endresultat, lässt jetzt ernsthaft darüber nachdenken, ob diese Bewegung nicht der Anfang vom Ende ist, die erste Schwalbe, welcher tausend andere folgen werden, die mit vereinten Kräften endlich die Jahrhunderte alten „Säulen“ erschüttern werden. Als Anlass zur Bewegung, welche schon lange vorbereitet war durch die Verstärkung des administrativ-polizeilichen Regimes während des Rektorates von Sergejewitsch, des Professors der Geschichte des russischen Staatsrechts, diente der vor dem 8. Februar (dem Jahresakte der Universität) von ihm gemachte Anschlag, welcher für Zusammenrottung und Unruhen an diesem Tage die Bestrafung auf Grund des Paragraphen über die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung androhte. Dieser Anschlag, welcher die Vormundschaft der Universität auf das Betragen der Studenten ausserhalb der Mauern der Universität ausdehnte, empörte sogar die „Weisswattirten“, wodurch der Kreis der sich empörenden Studentenschaft, welcher sich gewöhnlich auf die mehr oder minder radikale Studentenschaft beschränkt, bedeutend erweitert wurde.

Am 6. Februar fand eine Versammlung statt, in der der Beschluss gefasst wurde, den Anschlag von der Wand zu entfernen und den Rektor während des feierlichen Aktes auszupfeifen. Am 8. Februar wurde in Gegenwart des Metropoliten Antonius und des Finanzministers Witte der Rektor, welcher auf dem Katheder erschien, um eine Rede zu halten, mit einer Katzenmusik empfangen — mit Pfeifen, Zischen, Lärmen. Von 2000 Studenten haben nur 100 bis 200 sich an der Demonstration nicht beteiligt. Der geringste Versuch des Rektors, den Mund zu öffnen, rief ein immer verstärktes Brüllen hervor. Das Publikum erhob sich von den Plätzen und betrachtete neugierig das ihm ungewohnte Schauspiel. Das Konzert dauerte 10 bis 15 Minuten, bis Sergejewitsch sich genöthigt sah, von dem Katheder fortzulaufen, ohne ein einziges Wort gesagt zu haben. Der Akt war zu Ende.

Die Studenten versammelten sich im Festsäle und beschlossen angesichts der von der Polizei getroffenen „besonderen Maassnahmen“ — die Akademie der Wissenschaften und der Künste, die sich in der Nähe der Universität befindet, war von berittener Gendarmerie besetzt —

friedlich nach Hause zu gehen, ohne den gewohnten Spaziergang auf dem Newsky-Prospekt mit Absingen des Liedes Dubinuschka zu machen.

Diejenigen, welche zur Schlossbrücke gingen, fanden den Weg durch die Polizei versperrt (man wollte auf diese Weise verhindern, dass die Studenten vor das Winterpalais gingen), sie mussten also den Weg über die Nikolajbrücke nehmen. Zwischen den Brücken befindet sich eine elektrische Fähre über die Newa. Das Publikum, welches diese benutzen wollte, staute sich hier ganz unabsichtlich; und hier spielte sich eine sonderbare Szene ab. Die Gendarmen und die berittene Polizei benahmen sich den Studenten gegenüber äusserst herausfordernd: es wurden anzügliche Bemerkungen gemacht, die Pferde wurden auf das Trottoir gelenkt, es wurde mit Peitschen gedroht, allen Anzeichen nach wollten sie einen Zusammenstoss herbeiführen. Als ein Student, durch ein Pferd zu Boden geworfen, mit einem Schneeballe nach dem Offizier warf, flog eine Abtheilung berittener Polizisten heran und begann nach rechts und nach links Peitschenhiebe auszuthelen. „Man wird uns doch wegen dieses Gesindels nicht aufhängen!“ sagte ein Offizier. Die Menge stürzte auf die Trottoire und vertheilte sich in einige Gruppen, aber hier wurde jeder Theil umringt, und das wilde Treiben dauerte gegen 50 Minuten. Das wilde Lachen und das gemeine Schimpfen der Gendarmen; andererseits ein lautes Flehen um Erbarmen seitens des Publikums und der Frauen; das Pfeifen der Peitschen und das Schnauben der erhitzten Pferde — Alles dies bot ein erschütterndes Bild; es rief Gedanken an die Bartholomäusnacht wach. Man schlug bis aufs Blut, ohne auf das Alter und das Geschlecht zu achten; einige Professoren bekamen Hiebe, ebenso Studentinnen, Gymnasiasten, welche gerade da waren, und überhaupt das gesammte Publikum, auch wenn es nicht zu der studirenden Jugend gehörte. Eine Studentin wurde von einem Gendarm umgeworfen, er schickte sich an, sie zu peitschen, aber ein Student rettete sie, indem er sie über das Gitter des Ruwjanzewschen Square hinüberwarf. Zwei andere Studentinnen wurden von Polizisten in eine enge Nebengasse verfolgt, in welche sie sich zu flüchten suchten. . . . Eine einzelne Dame, welche zufällig in einer Droschke an den Kampfplatz herangefahren war, gerieth ausser sich und rief laut: Was ist das für eine Ordnung, wie wagen sie das zu thun, das ist ein räuberischer Ueberfall bei hellem Tage. . . .! Und selbst Witte fand das Betragen der Polizei „nicht ganz taktvoll“.

Auf einer Zusammenkunft am 9. Februar wurde die Resolution angenommen — Protest zu erheben durch Nichtbesuchen der Vorlesungen, bis den Studenten eine Unantastbarkeit von der Polizeipeitsche gesichert werde. „Wir fordern, dass wir nicht geschlagen werden, das elementarste Recht der persönlichen Unantastbarkeit, und die Bestrafung der Schuldigen.“

Die Arbeiten in der St. Petersburger Universität hörten auf, die Professoren suspendirten ihre Vorlesungen ausser Wenigen, welche es für nöthig hielten, ihren Verpflichtungen nachzukommen und während der festgesetzten Zeit, wenn auch vor einem leeren Auditorium, da zu sitzen. In den folgenden Tagen dehnte sich die Bewegung auf alle Hochschulen von Petersburg aus und dann auch auf die Lehranstalten in der Provinz. Die Studenten einer jeden Hochschule bildeten aus ihrer Mitte ein Organi-



sationskomitee (nach der Verhaftung eines solchen Komitees wurde es durch eines neues ersetzt), welchem die Leitung der Bewegung aufgetragen wurde, täglich wurden Bulletins herausgegeben und Zusammenkünfte veranstaltet. Die Unterredungen mit dem Petersburger Rektor konnten den gefassten Beschluss nicht abändern, sie überzeugten im Gegentheil nur von der Richtigkeit der eingeschlagenen Taktik. Der Rektor verbreitete sich über das Thema, dass „paradiesische Vögel“ in unserm Klima nicht leben können, dass die Regierung eine Revolution, selbst innerhalb der Universitätsmauern nicht dulden werde, dass natürlich er allein mit dem Inspektor und einigen Subinspektoren die Ruhe nicht wieder herzustellen im Stande sei u. s. w., d. h. er deutete die Absicht an, seine Zuflucht zur Polizei zu nehmen, welche denn auch am 12. Februar in der Universität erschien. Die Frechheit des Stadthauptmanns ging so weit, dass er zu versichern begann, es könnte nicht geschlagen worden sein, da die Polizei nicht einmal Peitschen hätte — er rief einen in der Nähe stehenden Schutzmann herbei und fragte ihn: „Hast Du eine Peitsche?“ Der Schutzmann antwortete: „Gewiss Excellenz!“ und zog gleichzeitig eine Peitsche aus dem Stiefelschaft hervor. Die Ermahnungen des Stadthauptmanns, in welchen er sich unter Anderm auf die christliche Handlungsweise der Polizei berief, machten auch keinen Eindruck auf die Studenten, sondern riefen nur eine entrüstete Entgegnung des Professors des Kirchenrechts, Gortschakow, hervor. Mehrere andere Versuche der Polizei — so z. B. legte sie Feuer an die Universität an, in der Absicht, die Studenten mit dem Wasser aus den bereit gehaltenen Feuerspritzen zu begiessen — misslangen gleichfalls. Die Polizei füllte die Ein- und Ausgänge, hatte aber keine Gelegenheit zum Eingreifen infolge des friedlichen Betragens der Studenten. Nur in einigen Universitäten nahm die Bewegung eine etwas andre Form an — z. B. Kiew wurde die Thür in einem verschlossenen Hörsaal erbrochen, um eine Versammlung abzuhalten; in der Warschauer Universität wurden den Professoren, die mit den Vorlesungen nicht aufhören wollten, die Stühle unter dem Leibe fortgezogen, meistens aber wurde das Lesen der Vorlesungen nur durch eine Katzenmusik verhindert.

Die Zahl der Obstruktionisten wuchs auf 15000 an. Es begannen Massenverhaftungen und -Ausweisungen. Am 20. Februar erfolgte der Befehl des Zaren, der dem Generaladjutanten Wannowskij die Untersuchung der Ursachen der in Petersburg seit dem 8. Februar entstandenen Studentenunruhen übertrug. Das war ein verhältnissmässig mildes Verhalten gegenüber den Studentenunruhen. Es wird erklärt durch den in den Augen der Regierung rein studentischen Charakter der Bewegung: die erfreuliche Thatsache der Abwesenheit einer jedweden politischen Färbung der Bewegung, im Gegensatz zu den vorangegangenen, wurde von Witte zu wiederholten Malen betont; im Ministerrathe, welcher jener Verfügung voranging, wurde unter Anderm darauf hingewiesen, dass die Nationalhymne mit ehrfurchtsvoller Aufmerksamkeit und Beifallklatschen angehört und wiederholt worden sei. Dazu kam, dass nach den Worten desselben Witte aus einer blossen „Schülerunart“ eine Thatsache von allgemeiner Bedeutung geworden war. „Ein beunruhigendes Gefühl herrscht nicht nur unter der studirenden

Jugend, sondern unter dem grössten Theil der Gesellschaft. In einer solchen Lage kann die Sache nicht durch Repressionsmaassregeln allein entschieden werden. . . Das empörte Ehrgefühl, welches bei der Jugend und namentlich bei dem besten Theile der Studentenschaft so sensibel ist, konnte beleidigt werden durch eine Aufforderung, die Ordnung nicht zu stören, wodurch sie in den Augen der Gesellschaft mit einem kleinen Haufen von Leuten von unwürdigem Betragen zusammengeworfen wurden.“ Damit ist in den Augen Wittes der Inhalt der Bewegung erschöpft.

Die Ernennung der Kommission hat aber nur auf kurze Zeit und nur in einigen Universitäten den Streik aufgehoben. Die Unbestimmtheit der Vollmachten, welche Wannowskij gegeben waren, die beständigen Ausweisungen, die keineswegs aufhörten, alles dies war nicht geeignet, die Bewegung zu beenden. Zudem konnten die Studenten, welche ihrer Bewegung den Charakter eines allgemeinen Protestes nicht nur gegen einen vereinzeltten Vorgang beilegte, sich keineswegs mit der Kommission, welche nur einen einfachen Fall untersuchte, zufrieden geben. „Der Charakter und die Bedeutung der gegenwärtigen Bewegung“, heisst es in einem Aufruf des studentischen Unterstützungsvereins, „ist, wie von der Regierung so auch von einem Theile der Gesellschaft ganz falsch aufgefasst worden. Unserm Protest wird der enge, einseitige Charakter eines Protestes gegen das traurige Ereigniss vom 8. Februar beigelegt. Entsprechend einer solchen Auffassung der Ursachen wird die Anordnung der Untersuchung durch den General Wannowskij für einen Alles erschöpfenden Ausgang der gesammten Bewegung gehalten. Das Organisationskomitee hat aber beharrlich auf den wahren Charakter und die Motive unsres Protestes hingewiesen. Wir erheben Protest nicht gegen einen vereinzeltten Fall, sondern gegen die Möglichkeit solcher Akte einer rohen Gewalt, gegen die Wehrlosigkeit der Persönlichkeit einer solchen Erniedrigung gegenüber. Unsere Forderungen haben keinen egoistischen Charakter. Wir wollen keine Vorrechte für die Studenten. . .“

Der Konvent der vereinigten Landsmannschaften in Kiew sandte Aufrufe an die Hochschulen, welche den Streik bereits eingestellt hatten, unter Hinweis darauf, dass sie ihre allgemeinen bürgerlichen Pflichten vergessen hätten. Die Losung hiess jetzt: Bewilligung der früheren Forderungen und freie Rückkehr aller Kommilitonen! Die Streiks wurden überall wieder aufgenommen. Die Forderungen erhielten die folgende Form: 1. Sicherung der Unantastbarkeit der Person, Beseitigung der Ausweisungen ohne Voruntersuchung und Gerichtsverhandlung. 2. Einrichtung einer öffentlichen Universitätsgerichtsbarkeit. 3. Freies Versammlungsrecht für die Studenten. 4. Autonomie der Universität. 5. Reorganisation der Universitätsinspektion. 6. Verminderung des Kollegengeldes. 7. Beseitigung der Unterschiede unter den Studirenden auf Grund ihrer Nationalität und Religion. 8. Aufnahme auf Grund des Zeugnisses aller mittleren Lehranstalten.

Obwohl auch in dieser zweiten Periode die Bewegung in ihren Forderungen nicht über den akademischen Rahmen hinausging — abgesehen von der Forderung der persönlichen Unantastbarkeit — begannen doch schon Stimmen laut zu werden, welche den politischen Charakter der Bewegung hervorhoben und auf die Nothwendigkeit eines Kampfes

hinwies, der auf Polizeireformen abzielte. In diesem Geiste wurde am 17. März ein „äusserst dreister“ Aufruf herausgegeben, welcher mit einer Handpresse gedruckt und mit dem Stempel der Petersburger Kasse für gegenseitige Hilfe versehen wurde. „Wir halten den gegenwärtigen Fall nur für eine von den Thatsachen des in Russland herrschenden Systems, welches auf Willkür, Unterdrückung der Redefreiheit und Fehlen der fundamentalsten Rechte der Entwicklung der Persönlichkeit beruht. Wir protestiren daher gegen die Herrschaft der Willkür und der Gewaltthätigkeit, wogegen nur das Gesetz und seine Unverbrüchlichkeit die einzige Garantie bilden. Indem wir alle Parteizwecke im engen Sinne vermeiden, haben wir der Bewegung einen weiten gesellschaftlichen und wahrhaft politischen Charakter beigelegt.“

Dieses Vorgehen rief den Tadel des Kiewer Konvents hervor. Dieser hatte bis dahin nur auf die Nähe jenes Tages hingewiesen, an dem aus der Bewegung der Studenten eine Bewegung der Gesellschaft herauswachsen werde, hatte aber, obwohl er diese Bewegung nicht für ein momentanes, schnell erlöschendes Emporlodern des empörten Gefühls, sondern für einen bewussten und standhaften Protest gegen das allgemeine Regime hielt, keinen Versuch gemacht — abgesehen von jener einen Forderung der Unantastbarkeit der Person — die Forderung irgend welcher politischen Rechte in das Programm einzufügen. Der Petersburger Aufruf, welcher sogar einen Protest seitens des grössten Theils der Mitglieder der vorher erwähnten Unterstützungskasse erfuhr, hat auch keine grosse Verbreitung erfahren und rief, nachdem die Regierung ihn öffentlich bekannt gegeben, sogar Entrüstung hervor, sowie die Erklärung, dass das Komitee „nicht ehrlich handle, indem es der Sache eine unerwünschte Färbung“ gebe; aber für die Regierung genügten diese Stimmen im allgemeinen Chore der früheren Forderungen, um die Verfolgungen zu verstärken. Die zeitweilig erlaubten Zusammenkünfte wurden wieder verboten, die Verhaftungen und Haussuchungen gingen ins Ungemessene, die Gefängnisse wurden bald überfüllt — nach einer privaten Mittheilung wurde eine Abtheilung der Bank für die Verhafteten hergegeben. In Kiew erfolgte ein ernsthafter Zusammenstoss, welcher von Verwundungen und selbstverständlich auch von neuen Verhaftungen begleitet war. Es erfolgten sogar Verbannungen nach Sibirien. Als man nun gar merkte, dass die aufrührerischen Studenten durch die russischen Sozialdemokraten unterstützt wurden, verordnete die Regierung, diese letzteren streng zu beaufsichtigen, und richtete 160 neue Polizeiamter in den Fabrikgegenden ein. Die Stimmung unter den Studirenden war nun eine im hohen Grade nervöse. In Moskau erschoss sich ein Student in dem Augenblick, als die Polizei bei ihm erschien. Eine Studentin stürzte sich aus einem Fenster des vierten Stockes, blieb aber am Leben.

Die Unmöglichkeit, die Bewegung zu verheimlichen, führte zum Erscheinen eines Regierungsberichts, welcher den Gang der Unruhen in den verschiedenen Städten mit einer für das russische Publikum ungewohnten Aufrichtigkeit darstellte; es wurden die bei den Studenten gefundenen verbotenen Schriften aufgezählt und der Inhalt der an sie gerichteten Aufrufe wiedergegeben.

Aber die russische Regierung verwöhnte das Publikum nicht mit zu grosser Oeffentlichkeit, und auf diesen gewissermaassen sonderbaren Bericht, welcher von allen Zeitungen abgedruckt wurde, folgte das Verbot, etwas über die Studentenunruhen zu drucken.

Der Regierungsbericht schloss mit der Versicherung, dass dieselben Maassnahmen (Verhaftungen und Ausweisungen) auch in Zukunft angewendet werden würden, da auf Verlangen der Studirenden keine Abweichung von den Statuten, Bestimmungen und Reglements, welche in den Hochschulen Geltung haben, wie auch von der festgesetzten Ordnung in den Hochschulen und während der Zeit der Prüfung zugelassen werden können. „Die Anwendung diesser Maassregel beraubt Diejenigen, welche von der Verirrung ernüchtert sind, in die sie durch ihre jugendliche Unkenntniss und Unerfahrenheit geriethen, nicht der Möglichkeit, wieder in die Hochschulen aufgenommen zu werden und ihre Bildung zu vollenden; aber diese Nachsicht wird an Denen geübt, die ihre Schuld bekennen; sie wird nicht erreicht durch Zusammenrottungen, die durch die irrhümliche Berechnung geleitet werden, dass eine bedeutende Zahl von aus den Hochschulen Ausgeschlossenen diese in eine schwierige Lage versetzen wird. Was endlich Diejenigen anlangt, welche die Gelegenheit benutzen, um die studirende Jugend auf den Weg verbrecherischer Handlungen hinüberzuziehen, die gegen die Regierung gerichtete Ziele verfolgen und nichts Gemeinsames mit der Bestimmung der Lehranstalten haben, so werden bezüglich dieser Personen unnachsichtlich die von dem Gesetze festgesetzten Strafmaassnahmen angewendet werden.“

Also die Regierung hat nicht die Absicht, auf Verlangen der Studirenden irgendwelche Veränderungen von ernsthaftem Charakter zu treffen, sie wird „eine Revolution selbst in den Mauern der Universität nicht dulden“. Die eingesetzte Kommission kann also im besten Falle nur die Bestrafung der Schuldigen und die Reglementirung der Fälle bewirken, in denen die Studenten nicht geschlagen werden dürfen. Aber die Forderung der Veränderung der Universitätsstatuten, insbesondere die Zusicherung der Unantastbarkeit der Person, deren Rechtslosigkeit zum Prinzip des gesammten Staatswesens erhoben worden ist — das würde die Preisgabe der ganzen Staatsverfassung bedeuten — zu einer solchen Konzession wird die Regierung sich offenbar auf Verlangen der Studirenden nicht verstehen, selbst nicht in dem Falle, wenn diese Studirenden von der „Gesellschaft“ unterstützt werden.

Aber diese „Gesellschaft“ ist bis aufs Aeusserste erregt. Sie, die gleichgiltig mit ansieht, wie der Bauer täglich auf jede Weise misshandelt wird, hat nun die Peitsche auf ihrem eigenen Rücken gefühlt — auf dem Rücken ihrer Kinder, ihrer Verwandten, der Angehörigen ihrer sozialen Klasse — und nun bemächtigt sich ihrer eine für sie ungewohnte Stimmung. Selbst in den nichts weniger als liberalen Kreisen der höhern Bureaukratie werden Reden laut wie: Man braucht sich nicht darüber zu wundern, dass wir Sozialisten haben, wenn Alles gethan wird, um sie zu züchten. — es wird also quasi eine *raison d'être* der Sozialisten anerkannt; mit dem Namen Sozialist belegt man aber in diesen Kreisen Jeden, welcher gegen die Regierung sich auflehnt. Nicht nur die Hochschulen, sondern

auch die wissenschaftlichen Vereine und eine Masse der Intelligenz boykottiren die Zeitung Nowoje Wremja, indem sie diese Zeitung abbestellten und keine Annoncen mehr in ihr aufgeben — und das, weil Suworin, der Herausgeber dieser Zeitung, drei „kleine Briefe“ über die Studentenunruhen gebracht hatte, in denen die Bewegung darauf zurückgeführt wurde, dass die Studenten faulenzen wollten. Suworin wird im Theater ausgepiffen; für die Studenten werden Geldsammlungen veranstaltet, mit einem Worte: die „Gesellschaft“ bewegt sich.

Was nun? Wird auch diese Bewegung im Sande verlaufen, wie alle früheren? Wird die Gesellschaft, welche zu erwachen begann, wieder in ihren chronischen Schlaf verfallen? Wird nicht die Peitsche wieder auf ihren Rücken niedersausen oder doch wenigstens über ihr hängen bleiben?

Der Protest im Namen der Unantastbarkeit der Person — dieser Versuch, einen Stein aus dem Gebäude des Absolutismus herauszunehmen, und so das morsche Gebäude zusammenfallen zu lassen — hat zu tiefe Wurzeln geschlagen; man kann nicht mehr auf lange einschlafen, selbst wenn die Peitsche nicht auf den „edlen Rücken“ spazieren wird.

Nicht nur die Intelligenz, welche durch Ideologie, wie durch ein lebhaftes materielles Interesse auf den Weg der „Freiheiten“ gestossen wird und weder durch antisemitische noch durch nationale Politik von ihm abgelenkt werden kann; nicht nur die kleine und mittlere Bourgeoisie, welche über die räuberische Politik im Interesse eines kleinen Haufens von Grosskapitalisten empört ist; auch der Adel, welcher sich nicht mit dem Betteln um Liebesgaben begnügt und zum Bewusstsein der Nothwendigkeit von allgemeinen Reformen im Interesse seiner Wirthschaft gelangt ist, ja selbst die Grosskapitalisten, welche mit den doppelsinnigen Maassnahmen nicht zufrieden sind — werden von dieser Bewegung lebhaft berührt; vor Allem kann dieser Protest Adepten finden in der Volksmasse. Und in der Möglichkeit dass die Bewegung in eine Volksbewegung übergeht, liegt die Bürgschaft ihres positiven Erfolges.

Abgesehen von dem sich entwickelnden politischen Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse, ist die Peitsche schon an und für sich für das Volk ein genügender Grund dazu. Im Volksleben ist die Peitsche eine konstante Erscheinung; vor nicht so langer Zeit (im Dezember) wurden die Arbeiter in der Fabrik von Maxwell in Petersburg geschlagen; die Bauern dürfen nach dem Gesetze körperlich gezüchtigt werden; zur Zeit der Hungersnoth steigt aber die Gelegenheit, geschlagen zu werden, ins Unermessliche beim Einziehen der Steuern und der Steuerrückstände; die Bauernerhebungen werden durch ganze Wagenladungen von Ruthen unterdrückt; aber der jugendliche Theil der Bauernschaft, welcher mit den Fabrikelementen in Berührung kommt, zeigt kein stoisches Verhalten mehr gegenüber der körperlichen Züchtigung.

Selbst wenn die Studentenbewegung in ihrer endgiltigen Form auch den Rahmen einer rein studentischen Bewegung nicht überschritte, einer Bewegung zu Gunsten des egoistischen Privilegiums, nicht geschlagen zu werden, ohne in eine demokratische Bewegung auszuwachsen, selbst dann kann, wenn nicht die Gemeinsamkeit der Forderungen, so die Gemeinsamkeit der Stimmung, eine gleichzeitige Attacke von allen Seiten hervor

rufen; aber je demokratischer, allgemeiner die Forderungen sind, umso wahrscheinlicher ist der Erfolg. Ob die an sich antagonistischen Elemente es fertig bringen werden, im kritischen Momente für einander einzutreten — das muss freilich erst die Zukunft zeigen.

## Rundschau.

### Aus der Zeit.

**Ludwig Büchner** †. Am 1. Mai starb in seiner Vaterstadt Darmstadt als 75jähriger der bekannte Verfasser von Kraft und Stoff, Ludwig Büchner. Wenn er auch seit länger als einem Jahrzehnt ziemlich vergessen war, so ist sein Einfluss auf die Gedankenrichtung seiner Zeit doch ein ganz ungeheurer gewesen; in den sechziger und siebziger Jahren, als das deutsche Bürgerthum noch hoffnungs- und zukunftsfreudig war und in Bismarcks Kampf gegen Rom eine unsterbliche Grossthat erblickte, genossen Büchners Schriften hohes Ansehen, und in jener Zeit gab es wohl kaum irgend einen geistig regsamen jungen Menschen, der Büchners Einfluss nicht verspürt hat.

Dabei war Büchner keineswegs ein besonders tiefer und origineller Denker; sein Einfluss beruhte vielmehr auf der grossen Kunst des Popularisirens, auf der einfachen und verständlichen Darstellungsweise, in der er die Resultate der modernen Naturforschung und die Gedanken der Aufklärer und Materialisten vom Ende des vorigen Jahrhunderts deutlich zu machen wusste. Dass diese Gedanken zu jener Zeit einen so gewaltigen Widerhall wecken konnten, liegt zum nicht geringen Theile an der Reaktion, die von Seiten der Naturwissenschaften gegen die in Deutschland verbreitete Naturphilosophie aus der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erfolgte.

Während die Philosophen die Welt begrifflich erfassen wollten und sich sogar der kühnen Hoffnung hingaben, durch reines Denken die Wirklichkeit konstruiren zu können, wobei sie freilich oft ein klägliches Fiasko erlitten, suchten die Naturforscher das Wirkliche und die Gesetze seiner Veränderung durch Beobachtung kennen zu lernen und sahen ihre Aufgabe in einer möglichst vollständigen Beschreibung der beobachteten Veränderungen. Bei den grossen Erfolgen, welche die Naturwissenschaft erzielte — man braucht nur an das Eindringen der physikalischen Betrachtungsweise in die Medizin durch Helmholtz, du Bois-Reymond, Brücke u. A. zu denken,

sowie an den grossartigen Versuch Darwins, auch in der Botanik und Zoologie die mechanische Auffassung zum Durchbruch zu bringen — bei diesen Erfolgen war es natürlich, dass in den Kreisen der Naturforscher eine gewisse Verachtung der Philosophie Platz griff, und dass in weiten Kreisen der platteste Materialismus für der Weisheit letzten Schluss gehalten wurde, über den hinaus keine philosophische Entwicklung mehr geben könne, wenigstens nicht, soweit sie auf Wissenschaftlichkeit Anspruch machen wolle.

Zu diesen starren Materialisten gehörte Büchner, und er hat in erster Linie zu seiner Verbreitung und unbedingten Herrschaft im deutschen Bürgerthum beigetragen. Er vertrat einen starren Monismus, der lediglich das rein Materielle als wirklich anerkannte und in der Konstruktion des Geistigen kein Problem erblickte; Bewusstsein und Denken sind eben Eigenschaften, die unter bestimmten Bedingungen, bei gewissen Bewegungen, an den materiellen Theilen auftreten, und Aufgabe der Wissenschaft ist es, diese Bewegung näher zu erforschen, während die Thatsache des Bewusstseins an sich nichts Wunderbares und Erforschenswürdiges darbietet.

Bei dieser Denkweise findet sich kein Raum für eine irgendwie geartete religiöse Betrachtung, und ein unermüdlicher Kampf gegen jeden kirchlichen Aberglauben, sowie gegen jedes kirchliche Bekenntniss war eine der Lebensaufgaben Büchners. Wenn er hierbei in den letzten 10–20 Jahren seines Lebens nicht mehr den früheren Widerhall und Beifall im Bürgerthum fand, so liegt das nur zum geringern Theile in dem neu erwachten philosophischen Bedürfniss; der hauptsächlichste Grund ist der, dass das liberale Bürgerthum den idealen Schwung seiner Jugendzeit verloren hat und auf seine alten Tage zwar nicht fromm geworden ist, aber doch Frömmigkeit heuchelt. Der Arbeiterbewegung gegenüber wird Alles hervorgeholt, was die Autorität zu stärken geeignet ist, und hierzu gehört in erster Linie auch die Kirche. Deshalb muss man vor dem Volke fromm und gläubig erscheinen, und Männer mit kirchlich so destruktiven Tendenzen, wie Büchner, müssen verleugnet werden.

Büchner wurde am 28. März 1824 in Darmstadt geboren; nach Vollendung seiner Studien, die er 1843 begann, habilitirte er sich 1852 als Privatdozent in Tübingen. Sein 1855 erschienenes Buch: *Kraft und Stoff* erregte bei seinem Erscheinen das grösste Aufsehen und verwickelte ihn in heftige litterarische Feinden, infolge deren er seine akademische Stellung aufgab. Er kehrte in seine Vaterstadt Darmstadt zurück und liess sich dort als Arzt nieder. Ausserdem verfasste er bis in sein hohes Alter hinein zahlreiche populäre naturwissenschaftliche Werke, von denen ich *Natur und Geist*, *Die Darwinsche Theorie*, *Der Mensch und seine Stellung in der Natur*, *Der Gottesbegriff* und seine *Bedeutung in der Gegenwart*, *Das künftige Leben* und die *moderne Wissenschaft* erwähnen will. Doch hat keines seiner Bücher einen ähnlichen Erfolg gehabt, wie *Kraft und Stoff*.

Der modernen Arbeiterbewegung stand er völlig verständnislos gegenüber; er glaubte, der Sozialismus sei mit der Lehre Darwins unvereinbar und als eine Verirrung der menschlichen Natur zu bekämpfen.

Bruno Borchardt.

## Bücher.

**W. Bölsche: Das Liebesleben in der Natur.** Eine Entwicklungsgeschichte der Liebe. Florenz und Leipzig 1898. Verlegt bei Eugen Diederichs.

Es gab eine Zeit, sie liegt nicht allzufern hinter uns, wo der höchste Ruhm des Gelehrten darin bestand, auch als „Poeta“ anerkannt zu werden, und wenn in jener Periode, die wir als Renaissance bezeichnen, eine verhältnissmässig grosse „allgemeine“ Bildung den Menschen eigen war, so ist das wohl nicht nur auf den Umstand zurückzuführen, dass die geringre Menge des Wissens eben an und für sich leichter zu übersehen war, sondern sicherlich auch auf die Thatsache, dass das gesammte Wissen mit dem künstlerischen Empfinden so eng verbunden war. Späterhin flüchtete sich die Wissenschaft in die Studierstuben und erstarkte in der Einsamkeit zu der Riesenmacht, die nach und nach alle Verhältnisse umgestalten sollte, allgemein verständlich ist sie aber nicht geworden. Man hat sie freilich dann popularisirt, vom idealen Standpunkt ausgehend, dass sie nur wirken kann, wenn sie Gemeingut wird. Man hat damit aber zum grossen Theil Halbwissen gezüchtet. Wie sollte es anders möglich gewesen sein, wo doch fast jedes Gebiet

der Wissenschaft in jedem einzelnen Spezialfach einen ganzen Menschen und eine ganze Lebensarbeit beansprucht? Aber eins könnte man doch geben, und dadurch würde man das Allgemeinwissen wirklich heben, in grossen Zügen den geistigen Zusammenhang der Dinge herausgestalten: so dass für den Laien die Welt nicht mehr in so und so viel für ihn zusammenhanglose Gebiete zerfiel, sondern dass er den grossen Zusammenhang aller Dinge, das Kausalitätsgesetz, das doch gerade in unsrer Zeit die Grundlage alles Wissens ist, zum festen Grundstock seiner Weltanschauung machte. Wie viel würde dabei die „Seelengeschichte“ gewinnen!

Mir scheint nun, dass Bölsche in seinem Buch einen wichtigen Schritt auf diesem Weg gemacht hat. Der strenge Wissenschaftler, der gründlich humanistisch gebildete Mann, der feinsinnige Kenner und Verehrer moderner Kunstideale und der Humorist, der in guten Stunden immer seinen Vers aus dem alten Busch zur Verfügung hat, die Alle haben sich zusammengethan und ein Buch geschrieben, das wohl Seinesgleichen sucht.

Als ich zu lesen anfang, wurde mir beinahe bange. Wohin will Bölsche mit dieser Form? Ich lese doch kein Gedicht! Er nimmt sich zum Thema das Liebesleben der Natur, aber er spricht doch nicht von der Liebe, von der die Dichter singen, er spricht von der Liebe im naturwissenschaftlichen Sinne, und da ist sie eben die Quelle alles Lebens, das treibende Moment, das zur Zeugung führt, und auch dazu, glaubte ich, braucht es keine poetische Schilderung. Als Ketzler begann ich das Buch, und mit dem heitern Glücksgefühl, das uns Alle überkommt, wenn wir etwas wirklich Schönes genossen, legte ich es aus der Hand.

Und nicht einmal der Vorwurf kann bestehen, dass Bölsche den Begriff Liebe in rein physischen Sinn gedeutet — das ist wohl der Vorwurf, der ihm von „moralischer“ Seite gemacht worden ist — denn wenn auch die Entwicklung des Liebesaktes seit dem Urbeginn der Zeiten und von rein physischen Funktionen, die mit dem „Fressen“ auf gleicher Stufe stehen, das Grundmotiv der Arbeit ist, so sind gleichzeitig durch den Hinweis darauf, wie gerade diese Funktionen sich nach und nach zu den Elementen des ethischen Lebens umgestaltet haben, wie aus ihnen Familie und Staat mit den charakteristischen Licht- und Schattenseiten sich herausgebildet, die grossen Linien gegeben, die das rein Physische mit dem

Psychischen verbinden. In dieser Verbindung der beiden Gebiete liegt aber der Grund zu dem harmonischen Eindruck, den das Buch hervorruft. Bölsche darf drum auch, sozusagen im selben Athenzug, die heissen Liebeskämpfe verschiedener lebender und ausgestorbener Thiere schildern und die Sixtinische Madonna in innigem Verstehen preisen, er kann vom „dunklen Ehrenmann“, dem Bandwurm, sprechen und mit der Ehrfurcht des tiefen Menschen die Heiligkeit der menschlichen Mutterschaft anerkennen.

Bölsche führt uns, bald wie ein weiser Lehrer erklärend, bald in kecken Strichen kecke Dinge zeichnend, bald wieder mit stillem Humor und mit dem Zucken der Mundwinkel des Menschen, von dem es heisst: er hat Alles hinter sich, von der Eintagsfliege zum Hering zur Madonna Rafaels, zum Zeugungsvorgang im Menschenweib, zum Ichthyosaurus, zum Wurm, zum Bazillus, zur Siphonophore, zur Biene u. s. f. von der einfachen Spaltung der Einzeller bis zu den komplizirten Vorgängen, die erst nach zwei und drei Generationen wieder Geschöpfe entstehen lassen, die dem eigentlichen Elternpaar entsprechen, und wieder zweigeschlechtlich zeugungsfähig sind.

Es liegt auf der Hand, dass Bölsche ganz auf dem Boden der darwinistischen Naturauffassung steht. Alles ist ihm Entwicklung, und überall leuchtet wie ein Axiom der Satz heraus: Es gab nur Wesen, die einmal Menschen werden sollten. Die logische Folgerung, die Hypothese, dass das Anorganische schon die Fähigkeit in sich gehabt, zum Bazillus zu werden, und dass diese Entwicklung sich thatsächlich über die bestimmten äusseren Verhältnissen vollzogen habe, ist eine der eigenen und eigenartigen Ideen Bölsches, deren wissenschaftliche Bedeutung hier aber nicht beurtheilt werden kann.

Es ist unmöglich, eine Inhaltsangabe des Buches zu geben. Die Thatsachen sind zum Theil allgemein bekannt oder dann in den verschiedenen Lehrbüchern klar und deutlich auch zu lesen. Dadurch, dass sie in einem einheitlichen Rahmen zusammengestellt sind, erläutern sie sich aber gegenseitig, dadurch, dass sie gerade in dieser Form gegeben werden, erscheinen sie in ganz neuem Licht. Wenn man sicherlich das Lehrbuch, nachdem man einmal nachgeschlagen, ruhig auf's Bücherbrett legt zu sanftseliger Ruhe, nimmt man Bölsches Buch wieder und immer wieder zur Hand, liest ein Kapitel, liest eine Stelle und es ist jedes Mal, als werde wieder ein frisches Lichtlein aufgesteckt, das Geist und Flerz erhellt.

Ja, sogar den berüchtigten „höheren Töchtern“ möchte ich, entgegen der Ansicht namhafter Kritiker, das Buch geben. Warum sollte nicht der Jugend meines Geschlechts die grosse, grosse Wohlthat zu Theil werden, zur Klarheit und Wahrheit geführt zu werden in der einen Frage zunächst, die für sie von so unendlicher Wichtigkeit ist? Warum sollte nicht gerade die Jugend wissen, dass sie Theil hat an dem unendlichen Zusammenwirken der Natur? Warum sollte nicht das Mädchen die letzten Fragen des Lebens zu verstehen suchen, wenn sie ihm dazu noch so geboten werden, dass es gleichzeitig denken muss und träumen darf?

*Ida Häny-Lux.*

**Gustav Maier: Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung.** Leipzig 1898; Verlag von B. G. Teubner.

Wer sich bemüht, im knappen Rahmen eines noch nicht 200 Seiten starken Bändchens die sozialen Bewegungen und Theorien von den orientalischen Kulturvölkern an bis zur modernen Arbeiterbewegung zu behandeln, der muss naturgemäss von vornherein auf eine eingehende Würdigung der verschiedenen Theorien verzichten und sich mit einem kurzen Abriss begnügen, der kaum mehr als eine Inhaltsangabe sein kann. Dessen scheint sich auch der Verfasser des vorliegenden Buches bewusst gewesen zu sein, denn nach seinem eignen Geständniss sollen seine „gedrängten Schilderungen weniger eine Anleitung, als eine Anregung bieten“, damit der Leser sich frei von Vorurtheil und Leidenschaft soweit als möglich ein eigenes Urtheil über die Existenzfragen der Gesellschaft bilden kann. Betrachtet man die Maier'sche Schrift lediglich von diesem Gesichtspunkte aus, so kann man dem Verfasser die Anerkennung nicht vorenthalten, dass er sich seiner Aufgabe gewachsen gezeigt hat. Leider macht seine Darstellung gerade an dem Punkte, wo manchem Leser ein Wegweiser ganz besonders nöthig wäre, Halt; die moderne Arbeiterbewegung ist in dem Buche nicht geschildert, obwohl es eine dankbare Aufgabe gewesen wäre, Demjenigen, der theoretisch in die moderne Arbeiterbewegung eingeführt werden will, der aber infolge eines gewissen Vorurtheils sozialdemokratische Schriften ungelesen bei Seite legt, eine von gegnerischer Seite stammende, aber doch die Beweggründe der Sozialisten würdigende, gerechte Anleitung zu bieten.

Auf eine eingehende Kritik der verschiedenen Theorien muss der Verfasser infolge des sich gesteckten Zieles meistens



verzichten; nur hin und wieder begegnen wir einigen kritischen Bemerkungen. So theilt er die Ansicht der Vertreter der heutigen Gesellschaftsordnung, dass eine durchaus sozialistische Gestaltung der Produktion den Fortschritt unterbinden würde. Eine zu weit gehende; unserer Vergangenheit widersprechende Gleichmachung in der Lebenshaltung und vornehmlich in der Erziehung würde uns vielleicht in den allgemeinen relativen Glückszustand der Chinesen, aber auch in deren Kulturstillstand zurückwerfen. Wenn Maier trotzdem an einer andern Stelle seines Buches die Nothwendigkeit „einer gründlichen Umwandlung unseres gesammten Staatslebens“ betont, so hätte er wohl als Gegner des Sozialismus die Pflicht, anzugeben, wie anders als auf dem Wege der gesellschaftlichen Regelung der Produktion diese Umwandlung vor sich gehen kann. Dass der moderne Staat, wie Maier zugiebt, seiner Mission nur dann gerecht werden kann, wenn er die ihm anvertrauten wichtigen gesellschaftlichen Interessen von seiner fiskalischen, bureaukratischen und polizeilichen Vergangenheit emanzipirt, wenn er aufhört, in wirtschaftlichen Fragen Partei und Interessent zu sein und sich auf die hohe Stellung des obersten gerechten Richters aller Interessen beschränkt — das ist gewiss richtig. Maier vergisst nur, dass mit dem Augenblicke, wo dies geschieht, der moderne Staat, d. h. der Klassenstaat, aufgehört hätte, zu existiren. Rein ethische Beweggründe werden aber Diejenigen, die ein Interesse an dem Fortbestehen des modernen Staates haben, nicht veranlassen, ihr Theil dazu beizutragen, damit auch nur die bescheidenen Forderungen erfüllt werden, die der Verfasser in dem Schlusskapitel aufstellt. *Paul Hirsch.*

**Edgard Milhaud: Le congrès socialiste de Stuttgart.** Avec une préface de Jean Jaurès. Paris 1899; George Bellais, Éditeur.

Meines Wissens ist es das erste Mal, dass die französischen Genossen einen Bericht über einen deutschen sozialdemokratischen Parteitag in Broschürenform veröffentlichen. Genosse Milhaud, an dessen Anwesenheit in Stuttgart sich noch viele Theilnehmer des Kongresses erinnern werden, hatte im Januarheft der *Revue socialiste* den hier in Broschürenform herausgegebenen Bericht veröffentlicht. Dass dieser Bericht als Broschüre edirt wurde, hat einen ganz besonderen Zweck, der bereits durch das Motto des Büchleins: *Pour l'union socialiste*, angedeutet und in der vom Genossen Jaurès verfassten Einleitung im Einzelnen klar gestellt wird. Die imponirende geschlossene Einheit der deutschen Sozialdemokratie, die trotz der grossen Gegensätze innerhalb der

Partei, wie sie gerade auf dem Stuttgarter Parteitage in wichtigen theoretischen und taktischen Fragen hervortreten, bestehen bleibt, diese ist es, die den französischen Genossen in der Broschüre lebhaft vor Augen gestellt werden soll. Unser Beispiel soll in Frankreich Nacheiferung erwecken; die französischen Genossen der verschiedenen Richtungen sollen an den Stuttgarter Verhandlungen lernen, dass auch sehr verschieden denkende Leute Glieder einer grossen Organisation sein können, und dass sie sich dadurch nicht schaden, sondern als Glieder eines grossen untergeordneten Ganzen erst recht zur Entfaltung ihrer Kräfte kommen.

Das ungefähr ist es, was Genosse Jaurès in seiner Einleitung klar und beredt seinen Landsleuten auseinander zu setzen sucht. *Unissons-nous! organisons-nous!* ruft er am Schlusse den Lesern zu. Er scheint überzeugt zu sein, dass die Thätigkeit des bekannten Einigungskomitees zu guten Resultaten führen wird, dass eine einheitliche Gesamtorganisation der französischen Sozialdemokratie schon in nächster Zukunft, vielleicht schon auf einem nächsten gemeinsamen Kongress, den er einzuberufen empfiehlt, zu Stande kommen werde. — Ob diese Erwartung nicht etwas zu optimistisch ist?

Des Genossen Milhaud Bericht selbst verdient alle Anerkennung. Milhaud ist ein feiner Beobachter und zeigt das auch in seinem Berichte. So kurze und schlagende Charakteristiken, wie sie Milhaud von einigen hervorragenden Parteigenossen, die sich an den Debatten in Stuttgart beteiligten, bringt, haben wir in deutschen bürgerlichen und parteigenössischen Blättern noch nicht gefunden. Mit grossem Geschick hat Milhaud das aus den Verhandlungen herausgehoben, was wichtig ist, so dass sogar deutsche Genossen seine Darstellung mit Nutzen lesen können, da sie der Mühe überhebt, aus dem offiziellen Protokoll, das Wichtiges und Unwichtiges gleichmässig nebeneinander bringen muss, jenes sich selbst herauszusuchen. Eine Anzahl eigener feiner kritischer Bemerkungen, die mit dem Bericht als solchem nichts zu thun haben, schadet diesem durchaus nicht. *August Wüster.*

## Revue.

Ueber die agrarische Frage in Holland spricht sich W. H. Vliegen im **Mouvement Socialiste** in folgender Weise aus:

Fast ganz Holland lebt von Ackerbau und Viehzucht. Nun ist aber in den letzten Jahren, vielleicht von 1880 an, die Einfuhr von amerikanischem und australischem Vieh, aus-

ländischem Korn, Käse und anderen Produkten der Landwirthschaft derart angewachsen, dass der Werth des Landes und der Bauernhöfe 30—40 % zurückgegangen ist. Die bäuerische Bevölkerung Hollands setzt sich aus sechs Gruppen zusammen: 1. Eigenthümer, die ihr Land nicht selbst verwalten, 2. Pächter, 3. Bauern, die ihr eigenes Land bebauen, 4. solche, die daneben noch Land gepachtet haben, 5. Arbeiter, die auf Taglohn gehen und noch etwas eigenes Land haben, und 6. die Tagelöhner.

Von 1884—1893 weist die Statistik eine Verminderung der aus dem Terrain gezogenen grossen Einnahmen auf, konstatiert aber eine Zunahme der mittleren und kleineren Einkommen. Der Grosse Grundbesitz, namentlich der alten Familien, zertheilt sich immer mehr, der mittelgrosse Besitz verschwindet fast ganz, und der Bauer, der früher jedes Stückchen Land zu erhaschen suchte, verpachtet es lieber an den Arbeiter. Die Gemüsezuucht, die sich mehr ausbreitet, bedingt auch ihrerseits eher kleinere Terrains als grosse.

Die Butter wird nun fast überall in Fabriken bereitet, der Bauer verkauft seine Milch an den Kapitalisten oder bringt bei Kooperativgenossenschaften seine Milch in die Fabrik und holt sich die Butter zurück.

Die Entwicklung der kleinen Kulturen ist aber nicht etwa ein Zeichen des wachsenden Wohlstands unter den kleinen Leuten, im Gegentheil: die Hypothekarschuld ist von 1874—1895 beinahe um das Doppelte gestiegen und muss zu 5 % und mehr verzinst werden.

Die Lage des holländischen Landarbeiters ist sehr traurig. Durchschnittlich hat er nur zweihundert Tage Arbeit beim Bauern und verdient also 200 Gulden im Jahre. Alle Versuche, eine Lohnerhöhung herbeizuführen, scheiterten daran, dass die Pächter selbst so verschuldet sind, dass sie einfach nicht mehr bezahlen können.

Auf dem Kongress von Utrecht (1896) vertrat Genosse Troelstra die Idee einer Allianz zwischen Bauern und Landarbeitern. Der Gedanke wurde als zur Ausführung unmöglich erachtet. Späterhin (1897) wurde ein Wahlprogramm für die Landarbeiter angenommen folgenden Inhalts:

„Pächter und Tagelöhner haben entgegengesetzte Interessen, die ersteren sind die Kapitalisten, die letzteren die Arbeiter. Ihnen beiden gegenüber steht der eigentliche Besitzer, der gewöhnlich ausserhalb wohnt, und nicht einmal etwas von den Gemeindelasten beiträgt. Wie der Arbeiter, verarmt auch der bäuerische Mittelstand, die Reichen

ziehen sich in die Städte zusammen. So bleibt schliesslich der gemeinsame Gegner der Landeigenthümer, der Bankier, der Notar, und gegen diesen versucht sich das Wahlprogramm zu richten.

Es verlangt bessere Regulirung der Pachtverträge, indem man nur von dem wirklichen Reinertrag eine Abgabe erheben darf; eine gewisse Summe muss von vornherein als nothwendig zum Lebensunterhalt des Pächters und als „Betriebskapital“ (Löhne etc.) frei von Abgaben sein.

Ferner müssen die Gesetzesparagrafen, nach denen in Missjahren der Bauer von Abgaben frei gesprochen wird, wieder in Kraft treten, was schon lange nicht mehr der Fall gewesen war.

Weiterhin hat der Pächter das Recht, Verbesserungen auf seinem Hof auf Kosten des Besitzers einzuführen.

Der Pächter muss sich verpflichten, während des ganzen Jahres eine gewisse Minimalzahl von Arbeitern einzustellen.

In jedem Dorf wird eine Kommission erwählt von den Besitzern, Pächtern und Arbeitern, die über die Verträge zu entscheiden hat. Jeder Vertrag, der nicht durch diese Instanz gegangen, ist ungiltig.

Die Gemeinde hat das unbedingte Expropriationsrecht, wo es sich um gesundheits-schädliche Wohnungen oder um irgend welche Institutionen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter handelt; sie muss auch den im Orte wohnenden Arbeitern das Handwerkszeug möglichst billig und gut verschaffen können.

Jedes Jagdprivilegium muss aufgehoben werden, die Gemeinde hat das Recht, über die Steuern zu verfügen und den Landbesitzer zur Steuer heranzuziehen, auch wenn er anderwärts domiziliert ist.

Die Gesetze zum Schutze der Arbeiter müssen erweitert werden.“

In diesem Programm ist die Tendenz, die Gemeinde in den Besitz des Bodens zu setzen, besonders beachtenswerth. Es liegt im Gedanken der Sozialdemokratie, dass man der Parzellirung des Landes in lauter kleine Grundstücke entgegenarbeitet und das Kooperativsystem begünstigt, das von der Gemeinde ausgeht und daher im Interesse Aller liegt. Durch diese Umgestaltung der Verhältnisse würde auch dem kolossalen Zufluss des Proletariats zu den Städten hin gesteuert.

Die Praxis hat die sozialdemokratischen Forderungen als durchaus angemessene anerkannt; es wäre darum für die ländlichen Arbeiter das Beste, wenn sie sich der Sozialdemokratie anschliessen wollten, sie sind willkommene Kampfgenossen.

Sehr lesenswerth sind eine Reihe von Artikeln und Skizzen, die die letzten Hefte der *Revue de Paris* gebracht haben. Nun ist es ja im Allgemeinen kein Kunststück, über Derartiges zu referiren, hie und da mal ist es aber doch eins, nämlich wenn es sich darum handelt, den Inhalt eines Artikels anzugeben, der in Bezug auf Stil und Form ein kleines Kunstwerk ist, dessen Inhalt aber zu einem winzigen Kern festgeformten Stoffes zusammenschumpft.

So geht es mir nämlich mit dem Essay, das Camille Saint-Saëns unter dem Titel: *L'illusion Wagnérienne* veröffentlicht hat. Es funktelt und sprüht von Leben, Geist und Liebenswürdigkeit und ist voll von jenem Charme, den eben nur der Romane besitzt, aber er sagt nichts wesentlich Neues.

Dass es einen fanatischen Wagnerkultus giebt, dass in gewissen Kreisen Wagner nicht nur der grosse Künstler, sondern sogar der Messias ist, ist den ruhiger urtheilenden Kreisen in Deutschland ebenso bekannt, wie wenig sympathisch. Auch das Ausspielen Wagners als des Mannes, der sozusagen keinen Vorgänger gehabt, der ganz aus sich selbst geworden, trifft bei all Denen, die sich klar sind, dass nirgends Sprünge in der Welt- und Menschengeschichte gemacht werden, auf ein leises Lächeln, dagegen brauchte also Saint-Saëns sich nicht ins Zeug zu legen. Interessant ist eigentlich nur das Urtheil des Künstlers über den Künstler, wodurch er begründet, warum Wagners Kunst nicht die Kunst überhaupt, nicht die Wahrheit, also die Vollkommenheit bedeute. Erstens vermag der menschliche Geist überhaupt nicht Vollkommenes zu schaffen, zweitens wird durch Wagners meisterhafte Orchestrirung das edelste Musikinstrument, die Stimme, in die zweite Reihe gedrängt, die Instrumente, die wir fabriciren, die also schon nicht mehr eigenes Leben haben, werden die Interpreten der Kunst, statt der Stimme. Drittens versetzt die Wagnersche Musik den Hörer in einen solchen Zustand von nervöser Ueberreizung — nicht nur durch die Länge der Opern, sondern vielmehr durch ihre Komplizirtheit und die fast unerhörten rein sinnlich entzückenden Klangwirkungen — dass sie schon deshalb nicht als vollkommen gelten kann. Mit Victor Hugo theilt Saint-Saëns die Ansicht, dass der Weg der Kunst einer steilen Leiter zu vergleichen ist, deren oberste Sprosse immer leer blieb und leer bleiben wird zum Segen aller Derer, die sich künstlerisch bethätigen und das nicht erreichte Ziel zu erreichen suchen.

Nächst diesem Essay, das mehr wegen des Verfassers, als wegen seines Inhalts be-

deutsam ist, dürfte am meisten wohl eine längere Studie über Japan die Aufmerksamkeit des Lesers fesseln.

Japan hat von den asiatischen Ländern wohl die interessanteste Rolle in der Neuzeit gespielt, namentlich dadurch, dass es mit eigentlich bewundernswürdiger Beweglichkeit Elemente europäischer Kultur in seine eigene alte Kultur aufnahm und in wenigen Jahrzehnten eine Entwicklung durchmachte, die in Europa Jahrhunderte gebraucht. In der *Revue de Paris* giebt nun Marquis de la Mazelière eine Uebersicht über die japanische Geschichte, eine eingehende Schilderung japanischer Verhältnisse, die wir hier kurz resumiren wollen.

Im VII. oder VIII. Jahrhundert v. Chr. eroberten Piraten, die wahrscheinlich von Korea herkamen, das Gebiet, das ungefähr dem jetzigen Japan entspricht. Die Sieger, die nach der Sprache zu schliessen dem altaisch - uralischen Stamm angehörten, mischten sich mit den Eingeborenen doch immerhin so langsam, dass jetzt noch Herren und Diener verschiedene Typen repräsentiren.

Bald hielten sich auch die Sieger für ein autochthones Volk, wie die Hellenen, mit deren Kultur der japanische Shintoismus viel Aehnlichkeit hat. Sie hatten keinen Götzendienst wie die Inder, ihre ganze Umgebung war von Gottheiten belebt und während nach ihrer Meinung alle anderen Länder durch natürliche Entwicklung sich gebildet, so war Japan die Schöpfung der Götter. Die Götter sind auch die Ahnen der Mikados, man unterscheidet die Geister der Fürsten und die der grossen Männer (Heroenkultus) und den Ahnen widmet man im vornehmsten Raum des Hauses einen Altar. Die Heldengeschichte bezieht sich auf die Kämpfe, die die Gebietserweiterung mit sich brachte; ca. 200 Jahre n. Chr. eroberte sich Japan auch Korea, das ihm dann chinesische Kultur übermittelte. Da zeigt sich schon der charakteristische Zug der Japaner, ein fieberhaftes Erfassen des Neuen neben dem Hass gegen den Fremden, der dasselbe gebracht, und daraus die unerquicklichen Verhältnisse, in denen weder das Alte noch das Neue sich segnenbringend entfalten. Nach und nach entnervte der Buddhismus das Volk, Fürsten und Grosse zogen sich in die Klöster zurück, das Volk selber wurde schlaff und die ganze Geschichte Japans spielte sich ab unter den mystischen Mönchen, den Schriftstellern und Künstlern. Die Wälder wurden niedrigerissen und Reis gepflanzt, statt des Heroenkultus herrscht das Patriarchenthum, sogar die Schriftzeichen verändern sich.

794 wurde die Residenz nach Kioto verlegt. Um den Mikado gruppirten sich die Kugesen, die Nachkommen des Kaiserhauses, und die Fujiwaras, die Nachkommen der Götter, zur Erinnerung an die alte Kultur behielt man die Farben des Shintoismus, weiss und roth, bei.

Es folgte die Zeit der Courtisanenherrschaft, und im XI. Jahrhundert eine blühende Kunst: feinsinnige Gedichte in klarer, einfacher Sprache, phantastische Romane, die einer Madeleine de Scudéry Ehre gemacht hätten.

Kämpfe zwischen den vornehmen Familien um den Thron, Grausamkeit und Unterwürfigkeit, Thaten des höchsten Egoismus und solche der höchsten Selbstentäusserung, ein Auf- und Niederwogen in allen Verhältnissen füllten die Zeit bis 1542, wo der Portugiese Mendez Pinto und andere Abenteurer in Japan eindringen. Die europäische Kultur stürzt den morschen Bau der japanischen, Kaufleute werden zu geachteten Bürgern, während sie vorher gleich Parias behandelt worden waren, Gesandte werden nach Europa herübergeschickt, die Jesuiten machen haufenweis Convertiten, und am Ende des XVI. Jahrhunderts zählt Japan 2000000 Christen. In kaum 50 Jahren hatte sich die Wandlung vollzogen, und es tauchten Persönlichkeiten auf, die an persönlichem Muth, an Keckheit und Einfluss auf die Massen nur mit den berühmten Condottieri der Renaissance zu vergleichen sind. Die Abenteurer protegirten die Europäer, auswärtige Mächte wurden als Bundesgenossen gesucht, bis am Anfang des XVII. Jahrhunderts sämtliche Europäer mit Ausnahme der Holländer, denen man die Insel Deshima überliess, verjagt, alle Werke, die an Europäer erinnerten, zerstört, das Christenthum ausgerottet und bei Todesstrafe das Land an der japanischen Küste verboten wurde.

Zwei Jahrhunderte lang herrscht unter drakonischen Gesetzen in Japan Frieden, über die in 4 Kasten (ausser den Parias) eingetheilten Einwohner herrscht der Tradition gemäss der Mikado. Der andauernde Friede, der Reichthum verändert aber die Verhältnisse in und zwischen den Kasten so, dass sich wieder das Bedürfniss nach einem Umsturz fühlbar macht.

Von Yeddo aus, wo der Shogun als eine Art Roi Soleil residirte — er musste nicht einmal mehr dem in Kioto wohnenden Mikado huldigen —, verbreitete sich Kunst und Kunsthandwerk über das ganze Land, künstlerische Strömungen und Kämpfe, Realismus und Idealismus machen sich geltend, und ein sehr scharfes Ceremoniell sorgt für die Wahrung der öffentlichen Sittlichkeit.

Trotz der glatten Oberfläche war das Leben in Japan ein sehr bewegtes, unfähige Fürsten, korrumpirte Minister, ein allmächtiger Reichthum auf der einen Seite, erweckten die schlummernde Intelligenz und die gesunde Kraft der Deklassirten auf der andern, so dass die Revolution unvermeidlich wurde. Ausser dem immer nur durch Gewalt darniedergehaltenen Antagonismus zwischen den Bewohnern der verschiedenen Landestheile, regte sich auch der geistige Antagonismus zwischen den Anhängern der Geistesrichtungen, die das Land beherrscht hatten. Offiziell bekannte sich Japan zum Buddhismus, dagegen stellten sich die Anhänger des Confucius und des alten Shintoismus, und es spielten sich philosophische Streitigkeiten ab, die von wirklichem wissenschaftlichem Werth sind.

Zwischen 1810 und 1850 suchten die europäischen Mächte auf jede Weise mit Japan in Kontakt zu kommen. Die Revolutionspartei wünschte den Krieg mit dem Ausland, um den Krieg im Lande selbst hervorzurufen. 1854 verlangte Amerika die Freieibung des Hafens von Yeddo für den Handel. Der Shogun, der sich vor dem Krieg mit dem Ausland fürchtete, unterzeichnete Vertrag auf Vertrag mit Amerika, England, Frankreich, und doch waren diese Verträge ohne die Unterschrift des Mikado ungiltig. 1861 ist die Unordnung im ganzen Land, der Shogun sucht die Hilfe des Mikado, und das ganze Leben konzentriert sich wieder in Kioto. Die Aufregung verbreitet sich überall, das Volk will das Shogunat aufheben, und 1866 demissionirt der Shogun Keiki, und der Mikado Mutsuhito ist Alleinherrscher.

Keiki stellt sich aber an die Spitze der Rebellen gegen den Kaiser und wird geschlagen, man stiehlt ein Kind aus dem kaiserlichen Haus und will dieses zum Mikado machen, die blutigen Kämpfe dauern bis 1870.

Die Rätthe des Mikado wollten aber auch eine neue Verfassung; durch ein Dekret des Jahres 1870 wurde eine andere Landeseintheilung vorgenommen, die Feudalität, das tausendjährige Grundelement des politischen Lebens Japans wurde gestürzt und daraufhin kam die ganze Umwälzung. Abschaffung der Staatsreligion, Säkularisation der Kirchengüter, Aufhebung der verachteten Kasten, Eheerlaubniss zwischen den verschiedenen Kasten, Abschaffung der Tortur, Gründung von höheren Schulen, Aufhebung der Edikte gegen die Christen etc.

Die Samurais, denen das Waffentragen verboten wurde, versuchten der Tradition gemäss ihre Rebellenrolle weiter zu spielen.

Im blutigen Kampf wurden auch sie 1877 überwältigt.

1884 als neue, junge, zum Theil in Europa gebildete Minister ans Ruder kamen, entstand beinahe wieder eine Revolution, da noch weitere Reformen eingeführt wurden. 1889 wurde die Konstitution öffentlich bekannt gemacht, nachdem man vorher die Menschenrechte proklamirt hatte. Jeder Bürger ist gleich vor dem Gesetz, das Haus ist heilig, Glaubensfreiheit, Gedankenfreiheit, Pressfreiheit, Vereinsfreiheit sind gewährleistet, die Regierung bildet sich aus zwei Kammern, einem Oberhaus und einem Unterhaus. Im Oberhaus sitzen die Angehörigen des neuen 1884 geschaffenen Adels, 99 vom Kaiser auf Lebenszeit gewählte Mitglieder und 45 Mitglieder, die von den fünfzehn höchst besteuerten Bewohnern jedes Distriktes gewählt werden. Das Unterhaus besteht aus 300 auf vier Jahre gewählten Mitgliedern, sie müssen mindestens 30 Jahre alt sein und werden durch allgemeines Wahlrecht gewählt. Wählen kann jeder Bürger, der über fünf- undzwanzig Jahre alt ist und mehr als 15 Yen (50—60 Mk.) Steuern bezahlt.

Es ist selbstverständlich, dass Widerstand auf allen Seiten sich regte, und um die Bewegung abzulenken, beschloss die Regierung, dem Drängen der Offiziere nachzugeben und den Krieg gegen China zu führen (1894—95). Japan siegte, und dadurch war auch auf einige Zeit der innere Friede garantirt. Bald aber zeigten sich die Schwierigkeiten aufs Neue, und neben den Anhängern der älteren Staatsformen traten die Verfechter des republikanischen und des sozialistischen Gedankens auf.

Ob eine Umwälzung in der Form, dass Japan nach amerikanischem Muster zu einem republikanischen Staatenbund würde, schon in der nächsten Zeit wahrscheinlich ist, ist sehr zweifelhaft, denn im Grunde hängt der Japaner an der Tradition, und es ist auch grade in allerjüngster Zeit der Shintoismus als eine Art patriotischer Kultus wieder zu Ehren gekommen. Auch beruht die ganze Moral auf den alten Ansichten, in den niederen Schichten hat der Buddhismus mit seiner Lehre von der Demuth und Entsagung noch zahlreiche Anhänger; dort wird z. B. meistens noch die Fleischnahrung aus Mitleid mit den Thieren zurückgewiesen.

Politisch ist Japan gegenwärtig eine Weltmacht, die finanziellen Verhältnisse sind günstig, Handel und Industrie entwickeln sich ebenso rasch, wie in Amerika und Deutschland, die Lage der Arbeiter und Bauern bessert sich zusehends, selbst die überzeugtesten Anhänger des alten Regime stellen ihre Kraft

in den Dienst der Entwicklung, eine rege Bau-thätigkeit, Eisenbahnanlagen, Bankgeschäfte, blühender Handel, Alles scheint darauf hinzudeuten, dass Japan eine grosse Zukunft haben wird. Eine Gefahr könnte nur darin liegen, dass der Erfolg die Japaner verblendete und sie zu Waghalsigkeiten hinarbeiten könnte.

Das Problem für Japan ist das folgende: Wird Japan, das auf ganz anderen Grundlagen der Weltanschauung sich aufbaut, jemals wirklich auf den Standpunkt der übrigen zivilisirten Völker kommen, die doch alle im Grossen und Ganzen dieselbe Entwicklung durchgemacht haben? Wird seine Philosophie und seine Wissenschaft jemals mit der unsern Hand in Hand gehen können? Es ist nicht ausgeschlossen, dass Japan die Grundpfeiler seiner moralischen und geistigen Welt umstösst, auf Japan passt das Wort Schopenhauers: Leben heisst leben wollen, und leben wollen heisst Alles das wollen, was zum Leben nöthig ist.

Ueber das, was zum Leben nöthig ist, können freilich die Ansichten sehr auseinandergehen. Ein Theil des amerikanischen Volkes hält z. B. jetzt eine Politik der Eroberung für eine Lebensnothwendigkeit. Damit hängt aufs Engste jene bedenkliche Erscheinung zusammen, die man den amerikanischen Imperialismus genannt hat. Der amerikanische Imperialismus ist eines der charakteristischsten Symptome für die Wege, die die grosskapitalistische Demokratie geht. Es dürfte nicht uninteressant sein, die Meinung, die Paul de Rousiers, gleichfalls in der Revue de Paris, darüber ausspricht, etwas näher zu betrachten. Vor Allem ist für den Amerikaner die Frage, ob eine Terrain-erweiterung durch Waffengewalt, ob eine Veränderung der politischen Verhältnisse praktische Vortheile mit sich brächte oder nicht, das entscheidende Moment für die Stellungnahme in der Angelegenheit und natürlich kollidiren da die verschiedenen Interessen.

Bis dahin hatten die Amerikaner mit stolzer Verachtung die Regierungsformen des alten Europa ignorirt, die individuellen Vortheile gingen allen voran, und die Verwaltungsbehörde war zum grossen Theil auch eine Vereinigung von geschickten Spekulanten, die statt für die Landesfinanzen, für die eigenen Taschen arbeiteten. Trotzdem kam Amerika pekuniär immer vorwärts. Auch eine Flotte, ein Heer hielten sie nicht für nothwendig, sicherte ihnen doch ihre kommerzielle Stellung das friedliche Entgegenkommen der event. in Betracht kommenden feindlichen Mächte. Durch die ständige Erweiterung Amerikas, durch seine zunehmende

Bedeutung im Kulturleben der Welt, werden die Amerikaner schliesslich doch genötigt, ihre staatlichen Verhältnisse etwas fester zu normiren, und sie fangen auch an, den Schaden zu ermassen, der der Gesamtheit dadurch erwächst, dass die Eisenbahnen beinahe unkontrollirbar in den Händen Einzelner liegen, dass Monopole bestehen, die nur den Millionenkönigen gehören, und man verlangte nach Reformen und Aenderungen. Junge Leute, die nach beendigten Studien aus Europa zurückkehrten, versuchten wohl schon durch Privatinitiative die Lage der Dinge zu ändern, aber es blieb bei ungeschickten Versuchen.

Am meisten dringen die alten Republikaner auf eine straffere Staatsordnung, sie wollen auch den immerwährend eindringenden Fremdelementen gegenüber als Nation auftreten. Allgemein ist die Ansicht, dass der Krieg mit Cuba das Nationalgefühl gestärkt, ja vielleicht sogar einen nochmaligen Kampf zwischen dem Süden und dem Norden direkt verhindert habe. Ein Beweis dafür, dass im Amerikaner Patriotismus schlummert, gab das Jahr 1896 mit der begeisterten Stellungnahme für Mac Kinley; gab doch ein einzelner Bürger 100000 Dollars direkt in die Kasse des demokratischen Komitees, da vor einer grossen allgemeinen Gefahr jede Parteimeinung schweigen müsse. Der spanisch-amerikanische Krieg fiel in eine Stimmung hinein, die dem Imperialismus an und für sich schon günstig war, denn auch die stolze Haltung von Cleveland England gegenüber hatte das Nationalbewusstsein mächtig gehoben.

Erst hatte Amerika versucht, auf friedlichem Wege die Konflikte mit Spanien zu lösen, als aber die Entscheidung nur durch einen Krieg möglich wurde, da fand es im eigenen Lande eine sehr starke Opposition von Seiten Derer, die aus Prinzip gegen jede Eroberungspolitik waren. Nach errungenen Sieg noch erklärten verschiedene Abgeordnete, dass sie einer Annexion unter keinen Umständen zustimmen würden. Der Imperialismus führte nun die Momente der Gerechtigkeit und der Menschenliebe ins Feld, indem er die Misshandlungen, denen die Cubaner unter den Spaniern ausgesetzt waren, in all ihren Schrecken darstellte. Natürlich spielten überall noch Privatinteressen unter der Oberfläche mit. Es wäre aber trotzdem nicht zum Krieg und so dringend zu der Frage des Imperialismus gekommen, hätte Mac Kinley eine ebenso würdevolle Rolle gespielt, wie Cleveland in der Venezuelafrage. Er wollte aber der Verantwortung ausweichen und liess den Kongress nach Belieben schalten. Der vernünftige Theil

der Amerikaner missbilligte dieses Vorgehen, konnte aber nach der getroffenen Entscheidung nicht durch öffentliche Kundgebungen die oberste Behörde blossstellen. Der Imperialismus deutete das Schweigen zu seinen Gunsten.

Es ist direkt betrübend, wenn ein Land wie die Vereinigten Staaten von den ersten Grundzügen seines nationalen Charakters abweicht, ohne dass man noch irgend welche äussere Nothwendigkeit als mildernden Umstand anführen könnte. Und was macht das Land nun mit dem einmal geschaffenen Heer und der Flotte? Wie sollen die Amerikaner ein fremdes Land verwalten, nachdem sie im eigenen eine so lässige Administration haben? Es liegt die Vermuthung sehr nahe, dass der Imperialismus da den Ausweg zu finden vorgiebt, und dass dadurch gerade das Kraftvolle des Amerikaners, das rücksichtslose Vorwärtsdringen gehemmt und unterdrückt wird.

Gegenwärtig schlägt man ein stehendes Heer von 100 000 Mann vor. An sich würde nun in einem so volkreichen Land eine weit grössere Armee noch keine Hemmung des Volkslebens bedeuten. Aber es wäre freilich möglich, dass die Amerikaner durch das neue Moment in ihrem Volksleben weiter geführt würden, als jetzt vorherzusehen ist. Doch wird wohl immer wieder der praktische Grundcharakter des Volkes sein Recht verlangen; die Amerikaner werden eine Bahn nur so lange verfolgen, als sie ihnen von praktischen Erfolgen begleitet ist. Ihr Imperialismus ist auch durchaus opportunistisch und hat mit Ehrgeiz oder Schwärmerei etc. durchaus nichts zu thun.

Wenn nun auch gegenwärtig der Imperialismus die Oberhand zu haben scheint, so sind doch direkte Vermuthungen unmöglich. Jedenfalls wird Amerika in der neuen Aera, in die es durch die Vergrösserung der administrativen Verantwortlichkeit getreten ist, ein theures Lehrgeld bezahlen; es wird vielleicht bis zu einem gewissen Grad von seinem Ansehen verlieren, und das so lange, bis der Staatsdienst auch von guten Bürgern gesucht und nicht, wie bis dahin, von den anständigen Elementen beinahe gänzlich gemieden wird. Ein Anfang für diese neue Organisation ist darin gemacht, dass in den letzten Jahren die ausgezeichneten Universitäten weit mehr, als früher, junge Leute politisch heranzubilden. Und Amerika hat vor anderen Ländern das voraus, was sich auch im Kriege glänzend bewährt hat, dass es nicht Beamte, wohl aber eine ganze Armee von tüchtigen Männern hat, die, sobald sie an einen Posten gestellt werden, ihre Pflicht als freie, grosse Menschen ohne Ueberschwänglichkeit, ohne Unklarheit und vollständig thun. *Ida Häny-Lux.*

Verantwortlich für die Redaktion: Hugo Warschawski in Berlin.

Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Gleditsch St. 23, Berlin W. (Eigentümer: Dr. R. Friedeberg in Berlin).  
 Druck von Max Bading, Bouth St. 2, Berlin SW.